TECHNIK UND WIRTSCHAFT

MONATSCHRIFT DES VEREINES DEUTSCHER INGENIEURE • REDIGIERT U. HERAUSGEGEBEN VON D. MEYER UND W. MATSCHOSS •

7. JAHRG. MÄRZ 1914 3. HEFT

TECHNIKER ALS HÖHERE VERWALTUNGSBEAMTE.

Von Professor W. FRANZ, Charlottenburg.

Der „Emanzipationskampf" der Techniker ist zur Zeit in fast allen Kulturländern im Gange. In Deutschland, Österreich-Ungarn, Belgien, Holland, in der Schweiz, in den skandinavischen Ländern und neuerdings auch in den Vereinigten Staaten [1]) sind die Berufsgenossen eifrig an der Arbeit, ihren Mitbürgern, den Gemeinde- und Staatsverwaltungen klarzumachen, daß die ungerechtfertigte und törichte Zurückdrängung des technischen Elementes ihrer Volksgemeinschaft und ihrem Staatswesen auf die Dauer nur schädlich sein muß.

Die Erfolge, die diese harte und mühsame Arbeit gezeitigt hat, sind aber leider noch immer sehr klein — wenn man das Ziel nicht so sehr in einer äußeren und öffentlichen Anerkennung der jeweils amtierenden Techniker sieht, als vielmehr in der eindringlichen Verwertung technischen Könnens bei allen wichtigen Stellen der Lebensführung. In den letzten dreißig Jahren und besonders in der letzten Zeit hat es nicht an schönen Reden gefehlt, in denen die Herren Oberbürgermeister, Landräte und Regierungspräsidenten die Bedeutung ihrer technischen Beamten und der Technik hoch gepriesen haben. Die Techniker (meist die oberen) sind auch reichlich mit Orden und Titeln geschmückt worden. Aber die Verwertung der technischen Intelligenz für das Ganze unserer nationalen Kultur ist damit kaum einen Schritt weitergekommen. Wenn z. B. in den vielen Städten der großen

[1]) So hat sich kürzlich das American Institute of Consulting Engineers in einer Eingabe an den Präsidenten der Vereinigten Staaten gewandt, in die Interstate Commerce Commission, welche die Aufsicht über die Eisenbahnen führt, Techniker als Mitglieder zu berufen (Engineering Record, Dezember 1913).

preußischen Rheinprovinz in 20 Jahren kaum 20 „technische“ Beigeordnete angestellt wurden, so bedeutet dies für die Durchsetzung der Stadtverwaltungen mit naturwissenschaftlich-technisch-wirtschaftlichem Geiste nicht viel; es bedeutet um so weniger, als selbst diese Berufungen in die Verwaltung der Städte in der Mehrzahl der Fälle nur als eine Auszeichnung der betreffenden Techniker betrachtet werden können; denn die Techniker sind sämtlich als technische Dezernenten und meist auch als Fachtechniker, nicht als Beigeordnete (beigeordnete Bürgermeister) in des Gesetzes ursprünglicher Bedeutung angestellt worden. Wirklich leitender Beamter, der der Stadtverwaltung und der städtischen Politik die Richtung gibt, ist keiner geworden.

Ich führe die Ergebnisse der Technikerbewegung unter den Verhältnissen der rheinischen Städteverwaltung an, weil die Entwicklung hier, im Geltungsbereiche der eigentümlichen Städteordnung [2]), am deutlichsten zeigt, daß in dem Ziel, das sich die Technikerschaft gesteckt hat, anscheinend ein Fehler liegen muß.

Die ganze Bewegung geht hier darauf aus, in möglichst vielen Städten die „leitenden“ Techniker zu Beigeordneten zu machen, d. h. die Stadtbauämter (in den Großstädten auch die anderen technischen Ämter für Wasser-, Licht- und Kraftversorgung, Straßenbahnen u. a.) Beigeordneten zu unterstellen, die als Fachtechniker, und immer nur als solche, die betreffenden Ämter leiten sollen. So ist es im Laufe der Jahre erreicht worden, daß einige Städte einen Hochbau-Beigeordneten, einen Tiefbau-Beigeordneten, einen Kleinbahn-Beigeordneten usw. haben; es sind immer tüchtige hervorragende Fachmänner eines Teilgebietes der Technik.

Wenn dieses Ziel richtig wäre, so müßte in absehbarer Zeit (besonders wenn sich die Entwicklung etwas rascher vollziehen würde) jede rheinische Stadt statt des Stadtbaumeisters oder des Stadtbaurates mindestens einen technischen Beigeordneten haben, und dann müßte — so wäre doch anzunehmen — der Kampf zu Ende sein. Damit aber wäre meiner Meinung nach selbst für das Ansehen und die Bewertung der Techniker noch nicht

---

[2]) Nach der rheinischen Städteordnung besteht die Verwaltung, die Obrigkeit, der Stadt — ähnlich dem französischen Präfektensystem — nur aus einer Person, dem Bürgermeister, dem zu seiner Unterstützung in gesetzlich festgesetzter Reihenfolge ein erster, zweiter usw. Beigeordneter beigegeben ist. Der Vertreter des Bürgermeisters in allen Geschäften ist der erste Beigeordnete. In größeren Städten (mit mehreren Beigeordneten) sind die Beigeordneten der höheren Nummern Dezernenten, die den Bürgermeister gewöhnlich nur in bestimmten, ihnen als Fachmännern zugewiesenen Geschäften vertreten.

Einen Magistrat (Obrigkeitskollegium) haben die rheinischen Städte nicht, also auch keine Magistratsräte, Stadträte usw. Die Amtsbezeichnung „Beigeordneter und Stadtbaurat“ entspricht nicht dem Sinne des Verfassungsgesetzes. Ein Techniker der rheinischen Stadt ist entweder Beigeordneter oder Gemeindebeamter (Stadtbaumeister, Stadtbaurat). Beides zugleich ist nicht möglich, ist sinnwidrig.

viel erreicht, wenn nicht gleichzeitig auch da, wo mehrere Beigeordnete angestellt und tätig sind, die „technischen“ Beigeordneten den gleichen Rang mit den nicht technischen erhalten, das heißt, wenn nicht die „technischen“ auch nach oben aufrücken und in gleicher Zahl zu Bürgermeistern (den eigentlichen leitenden Beamten) gewählt werden.

Die bisherige Entwicklung deutet nicht darauf hin, daß dies eintreten wird. Soweit sich übersehen läßt, werden auf absehbare Zeit gerade die nicht technischen Beigeordneten, die meist aus der Juristenschule hervorgehen, die Stellen der ersten Beigeordneten, der Bürgermeister und der Oberbürgermeister einnehmen. Die Techniker werden auch künftig nur an zweiter, dritter usw. Stelle stehen und nicht in die leitenden Stellen aufrücken. Das aber ist nach mehr als einer Richtung bedenklich, denn es wird damit wieder die gewiß irrige Ansicht gestärkt, daß die juristische oder die nichttechnische Vorbildung für die leitende Tätigkeit in der Gemeindeverwaltung doch besser und wirkungsvoller sein müsse. Und damit wird gerade das verfehlt, was doch schließlich das oberste Ziel sein müßte: die Durchdringung der ganzen Verwaltung in allen ihren Teilen (nicht nur den technischen Ämtern) mit dem Geiste der Erfahrungswissenschaften, den wir als Ausgleich und im Zusammenwirken mit der humanistisch-formal-juristischen Intelligenz zu einem gesunden Fortschritt brauchen. Wenn die Techniker, oder genauer: die aus dem naturwissenschaftlich-technisch-wirtschaftlichen Studium hervorgehenden Akademiker auf die technischen Ämter beschränkt bleiben, so kann sich doch nichts in unserem öffentlichen Leben ändern — auch wenn diese Ämter in ihrem Rang erhöht werden oder wenn die beamteten Techniker mit Ehren überhäuft würden. Was nutzt die Dekoration, wenn der Weg wirksamster Kraftäußerung versperrt bleibt?

Ich übersehe dabei durchaus nicht den Wert der Anerkennung und möchte auf keinen Fall die, wenn auch kleinen, Erfolge missen, die mit der Wahl von technisch vorgebildeten Beigeordneten erreicht sind — wenn nur das Ziel höher gesteckt würde. Meines Erachtens ist es nicht ausreichend und in besonderen Fällen sogar hemmend, wenn immer nur die als Fachtechniker hervorragenden Berufsgenossen in den Vordergrund geschoben werden und wenn nur sie „leitende Verwaltungsbeamte“ werden sollen. Um es noch einmal zu sagen: das genügt nicht. Ein solches System hemmt die Entwicklung, weil es ein Herauswachsen der jungen Kräfte aus der selbstverständlichen Beschränkung der technischen Facharbeit und ein Hineinwachsen in die anderen Aufgaben der Lebensführung (der öffentlichen Ämter, der höheren Verwaltung usw.) aufhält.

Eine starre fast doktrinäre Anschauung hält zur Zeit an dem Gedanken fest, die Technischen Hochschulen hätten den einzigen Zweck, nur Techniker vorzubilden. Jeder Akademiker der Technik müsse danach streben, so wird behauptet, die höchste Vollkommenheit in seinem Fach, d. h. also immer auf einem Teilgebiete der Technik zu erreichen. Wer nicht ein ganzer Fachtechniker werde, tauge nichts. Technisch geschulte Köpfe auf anderem Weg als dem der Fachtechnik (des Spezialistentums) für die große Gesamtheit nutzbar zu machen, wird verworfen. Man sagt: Wer

nicht in die Lage gekommen ist, bedeutende Bauten auszuführen oder gute Maschinen zu konstruieren oder auf irgendeinem „technischen“ Gebiete Hervorragendes zu leisten, der müsse für leitende Stellen überhaupt ausscheiden. Das ist deshalb so bedauerlich, weil sich unter unserem Nachwuchs viele Köpfe finden, die durch langjährige ausschließlich fachtechnische Betätigung überhaupt nicht zur vollen Entfaltung ihrer Fähigkeiten gebracht werden können.

Es ist eine eigentümliche Erscheinung in der derzeitigen Technikerbewegung, daß man eine Analogie mit anderen Berufsständen, z. B. dem der Juristen, nicht zugeben will, trotzdem oder vielleicht gerade weil man weiß, daß die höhere Wertung der juristischen Intelligenz garnicht in dem juristischen Fachwissen begründet ist. Es ist auch allgemein bekannt, daß der große Einfluß, den die aus der Juristenschule hervorgegangenen Akademiker in Deutschland erlangt haben, gerade von denjenigen Juristen ausgeht, die das geringste Maß an Zeit bei ihrer Ausbildung und Fortbildung der juristischen Wissenschaft und der juristischen Berufstätigkeit gewidmet haben — die überhaupt keine Juristen im Sinne der Facharbeit sind. In dem großen Berufstand der Juristen ist niemals das Bestreben hervorgetreten, den Nachwuchs erst zu möglichst guten, in der Jurisprudenz bewanderten Fachleuten heranwachsen zu lassen, um dann diejenigen, die die besten und erfolgreichsten Juristen (Richter, Anwälte) geworden sind, den Weg zu den maßgebenden Stellen der höheren Verwaltung freizumachen. Man hat im Gegenteil gerade Wert darauf gelegt, juristische Wissenschaft und die fachwissenschaftliche Berufsarbeit nach dem Hochschulstudium auf ein geringes Maß zu beschränken, um Zeit und Gelegenheit zu ganz anders gearteter Schulung zu erlangen. Der Erfolg zeigt sich in der allmählich entstandenen Laufbahn der höheren Verwaltungsbeamten, welch letztere fast ohne Ausnahme aus dem juristischen Studium hervorgehen und in großer Zahl nur sehr unvollkommene Juristen sind. Daß dies der Fall ist, haben die höchsten Verwaltungsbeamten für ihre Person häufig genug bekannt. Hat doch auch kürzlich noch ein Doktor der Rechte durch eine sehr bekannt gewordene Publikation gezeigt, daß man mit unvollkommenen juristischen Fachkenntnissen ein hervorragender Verwaltungsbeamter sein kann. Verwalten, Leiten, Regieren, die Tätigkeit, die für die Bedeutung der Persönlichkeit sowohl wie die eines ganzen Berufstandes entscheidend ist, ist keine auf Fachwissen gegründete Berufstätigkeit. Jedenfalls gehört vieles andere dazu, um gerade in dieser Tätigkeit Erfolge zu erzielen. Wenn man den Begriff des „höheren Verwaltungsbeamten“ weiterfaßt als den des Amtsvorstandes, so kommt man immer wieder zu der zwingenden Folgerung, daß ein Fachmann garnicht höherer Verwaltungsbeamter, nicht Führer im öffentlichen Leben, nicht Politiker und nicht Inhaber der Regierungsgewalt sein sollte. Die Fähigkeit, zu regieren, setzt Fähigkeiten (Wissen und Können) voraus, die, von Ausnahmen abgesehen, ein Fachmann der heutigen Zeit garnicht haben kann.

Die Verkennung dieses Umstandes hat — so will mir scheinen — die Technikerbewerbungen in Bahnen gelenkt, die niemals zum höchsten Ziel führen können: dem Emporsteigen der technischen Intelligenz zu den obersten

Stellen, den wirklich leitenden Stellen des öffentlichen Lebens. Diese Stellen erfordern nicht Fachleute, sondern Intelligenzen mit vielseitigem Wissen und mit Erfahrungen auf mehr als einem Gebiete menschlicher Tätigkeit. So lange wir nur für unsere hervorragenden Berufsgenossen, und nur für diese, Anerkennung durch Höherstellung auf der Stufenleiter des Amtes, der Behörde, des Ressorts verlangen und nicht auch dem jungen Nachwuchs neue Betätigungsgebiete erschließen, wie es die Juristen für ihren Nachwuchs getan haben und neuerdings mehr denn je tun, so lange ist die Technikeremanzipation zum Stillstand verurteilt.

Das hat sich in den letzten Jahren bei vielen Gelegenheiten gezeigt: bei der Berufung von Bürgermeistern, von Repräsentanten großer Gemeinschaften, bei den Wahlen zu den Parlamenten und in die öffentlich-rechtlichen Körperschaften der verschiedensten Kreise. Überall sind die Kandidaten der Juristenschule siegreich gewesen. Die Techniker haben vielfach gar keine Kandidaten stellen können, die den Wettbewerb mit den anders vorgebildeten Persönlichkeiten überhaupt hätten aufnehmen können. Während die Juristen und selbst die Kaufleute ihren Nachwuchs auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens vorschicken und ihm die Wege zur Lebenserfahrung freimachen, richten wir unsere ganze Arbeit auf die Fachbildung und die Anerkennung der Spitzen. Und wenn dann oben eine Stelle frei wird, reden wir von der „Bedeutung der Technik im modernen Wirtschaftsleben", von der Notwendigkeit, „Techniker in die obersten Verwaltungsstellen" zu berufen und die „technische Intelligenz an der Lebensführung teilnehmen" zu lassen.

So haben auch kürzlich die Techniker Hamburgs verlangt, ihre Mitbürger möchten freigewordene Senatsstellen mit Technikern besetzen: das Ergebnis war die Wahl von Nichttechnikern. Bei den dieserhalb geführten Erörterungen ist in der Hamburger Presse (von offenbar sachkundiger Seite) auf den Widerspruch hingewiesen worden, der darin besteht, daß man in den Senat des Stadtstaates Fachmänner wählen solle, um dadurch seine Regierung zu verbessern.

Die Richtigkeit oder Zweckmäßigkeit der Wahl eines Technikers wollte man den Wählern wieder mit Worten von der Wichtigkeit der Technik klar machen, statt die für Hamburg richtige Persönlichkeit zu nennen. So sagt ein ungenannter Mitarbeiter im Hamburger Fremdenblatt (1. Jan. 14) und mit denselben Worten auch in den Hamburger Nachrichten (1. Jan. 14): „Es kann nach unserer Kenntnis dieser Verhältnisse keinem Zweifel unterliegen, daß es unter den Technikern, genau so wie unter den Juristen und Kaufleuten, Männer gibt und geben kann, die nicht nur den engeren Kreis ihrer Vorbildung und ihrer besonderen Tätigkeit beherrschen, sondern die mit weiterem Blicke die größeren Gesichtspunkte und Zusammenhänge umfassen können, die nicht etwa durch ihre technische Wirksamkeit gehemmt sind, größeren Gesichtspunkten zu folgen, sondern gerade durch diese Wirksamkeit in der Lage sind, in der Regierung erfolgreich mitzuarbeiten". Das ist ja richtig, daß ein Senator, der 20 oder gar 30 Jahre als Techniker wirksam gewesen ist, gerade durch diese seine technische Wirksamkeit in die Lage versetzt ist, dem Senat ein

guter Berater zu sein — aber doch nur für diejenigen Angelegenheiten, für die ihm seine frühere Tätigkeit die Erfahrungen gebracht hat. Das ist bei dem Techniker nicht anders als bei dem Juristen. Nur gibt es in der großen Berufsgruppe, deren Mitglieder wir Juristen nennen, weil sie sämtlich als Studenten bei einer juristischen Fakultät eingeschrieben waren, sehr viel mehr Persönlichkeiten, die die 10 auch 20 Jahre nach dem Studium ganz anders verwendet haben. Das Charakteristische der Regierungsgeschäfte (höhere Verwaltung) ist die Vielseitigkeit. Deshalb muß ein höherer Verwaltungsbeamter ein vielseitig gebildeter oder doch ein auf den verschiedensten Gebieten des Gemeinschaftslebens orientierter Mann sein, und er ist es auch in der Regel. Wir Techniker vergessen oder verkennen aber diese Forderung; wir lassen uns auch allzu leicht mit dem Hinweis darauf täuschen, daß die Technik weit verzweigte Ausstrahlungen hat und nach allen Seiten Einblicke gewährt. Aber wie eng ist doch die Berufstätigkeit des normal beschäftigten Baumeisters im Vergleich mit der eines Assessors. Man bedenke deshalb doch, welche Wirkung es haben muß, wenn man einem jungen strebsamen Mann alle Hülfsmittel gibt, sich fortzubilden, ihm überall Zutritt gewährt, ihn Einblick nehmen läßt in die vielen Geschäfte der täglichen Verwaltungstätigkeit (in der Staatsverwaltung, bei den Kommunen, in der Rechtspflege usw.), wenn man ihn stetig steigen läßt von Stufe zu Stufe, wenn man ihn schließlich selbst seine Kräfte erproben läßt in den tausendfältigen Beziehungen der Menschen untereinander und der Behörden zu den Einzelwesen. Es ist richtig, daß es auch unter den Technikern (wenn man analog der vorgenannten Kennzeichnung darunter Akademiker versteht, die ihre geistige Schulung auf einer Technischen Hochschule gefunden haben) „Männer geben kann", die mit weiterem Blicke „Zusammenhänge umfassen können", auch Männer geben könnte, die 10 und 20 Jahre lang gerade diejenigen Kenntnisse und Erfahrungen sammeln konnten, die für die Übernahme der ernsten und verantwortungsvollen Geschäfte eines Senators erforderlich sind. Und doch: Wer in einem Regierungskollegium seinen Mann stehen will — und das gilt für den rheinischen Beigeordneten wie für den hanseatischen Senator, das gilt schließlich für jeden höheren Verwaltungsbeamten — der kann und darf nicht Fachmann sein.

Wenn die Techniker nicht ebenso wie die Juristen denjenigen Persönlichkeiten ihres Nachwuchses, die mit Begabung und festem Willen dem Berufe der Verwaltung zustreben, auch die Wege ebnen, so werden sie noch auf unabsehbare Zeit im Wettbewerb um die Führerstellen des öffentlichen Lebens den Juristen und auch den Kaufleuten unterliegen und nur deshalb unterliegen, weil sie keine Kandidaten stellen können.

BETRACHTUNGEN ÜBER ARBEIT UND KAPITAL IN DER ENGLISCHEN INDUSTRIE.[1])

Von Dr.-Ing. Dr. WALDEMAR KOCH, London.

Arbeiter.

Der englische Arbeiter ist in seinen besseren Exemplaren wohl dem deutschen physisch überlegen, steht aber im Durchschnitt trotz der besseren Ernährung hinter ihm zurück. Grund hierfür sind meines Erachtens die weniger gute häusliche Pflege, der Fortfall der militärischen Erziehung, vor allem aber die weniger gediegenen und gesunden Lebensgewohnheiten. Seine reichliche Beschäftigung mit Sport wiegt dies nicht auf; die Konzentration seiner Gedanken auf sportliche Angelegenheiten zusammen mit der demoralisierenden Wettleidenschaft ist im Gegenteil eine der ungünstigsten Erscheinungen.

Sonst ist der englische Arbeiter, wenn nicht physisch so leistungsfähig wie der unsrige, diesem vielleicht an Initiative und Selbständigkeit überlegen. Man klagt in England über einen Mangel an guten gelernten Arbeitern. Dies liegt einmal an dem niedrigen Stande des Handwerkes; man hat sich bei weitem nicht so spezialisiert wie bei uns, und ein Handwerker übernimmt Arbeiten, die uns völlig unvereinbar erscheinen. Die Folge ist geringe Geschicklichkeit und vor allem mangelnde Gründlichkeit. Es gibt keine Meister im eigentlichen Sinne des Wortes. Mangelhaft und unrichtig entwickelt ist auch das Lehrlingssystem, auf das die Fabrikanten weit mehr Aufmerksamkeit verwenden sollten. Es fehlt aber auch an Einsicht und Ehrgeiz bei den arbeitenden Ständen. Während bei uns der Arbeiter den lebhaften Wunsch hat, seine Kinder etwas lernen zu lassen, legt man in England Gewicht auf rasches Verdienen.

Auch quantitativ sind die Verhältnisse der Industrie nicht günstig. Die Arbeitslosenstatistik zeigt im allgemeinen recht mäßige Zahlen, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß es überall Arbeitsunwillige gibt. Um so empfindlicher ist die Entwicklung, die die Auswanderung genommen hat. Während in früheren Jahren meist die weniger Erfolgreichen dem Lande den Rücken kehrten, sind es jetzt gerade die besten, gesundesten Kräfte, die über eigene Mittel verfügen. Die Kolonien, die fast in allen Fällen das Ziel sind, wirken selbst hierauf hin. Die Zahlen sind ganz bedenklich. Daß Irland heute nur halb so viel Einwohner hat wie vor 60 Jahren, berührt weniger die Industrie. Aber während vor 15 Jahren jährlich durchschnittlich 50 000 Menschen auswanderten, waren es vor 10 Jahren schon 120 000, 1910 jedoch 234 000 und 1912, zur Zeit der besten Konjunktur, 268 000. Gerade die gelernten Arbeiter sind hier in großer Zahl vertreten, und so fühlt die britische Industrie mehr und mehr eine Knappheit an geeignetem Material.

Lebenshaltung.

Der englische Arbeiter lebt verhältnismäßig billiger und besser als der deutsche. Er ernährt sich besser und verwendet hierauf etwa 65 vH seines Einkommens gegenüber 60 vH bei uns. Dabei ist noch zu berücksichtigen,

---

[1]) Vorbemerkungen zu einem Aufsatz über die englische Elektroindustrie.

daß sein Einkommen höher und daß in diesem Lande des Freihandels die Preise der Nahrungsmittel, insbesondere des Fleisches, niedriger sind. Dies liegt z. T. auch an der guten Organisation des Vertriebes. So spielen Konsumvereine in den Industriestädten eine große Rolle. Ihre Mitgliederzahl betrug 1911 über $2^1/_2$ Millionen und ihre Umsätze $1^1/_4$ Milliarden M, wovon ein Drittel in eigenen Betrieben hergestellt war. Auch die Entwicklung der Nahrungsmittelpreise war günstig. Sie stiegen von 1900 bis 1912 um 15 vH gegenüber 30 vH in Deutschland (Baden).

Auf Miete verwendet der Arbeiter hier nur 15 vH seines Einkommens gegen 20 vH in Deutschland. Dabei wohnt er zu fast den gleichen Mieten weit geräumiger, in der Regel in einem Einfamilienhaus mit drei Zimmern und Küche. Höchstens sind die kleinen Wohnungen (2 Zimmer) in Deutschland etwas billiger. Die englischen Zahlen schließen dabei jedoch die Gemeindesteuern ein. Die Durchschnittszahl der Bewohner eines Hauses betrug 1901 in England 5,2 Personen, in Deutschland 8,9, dagegen für zehn große Industriestädte in England 4,9 Personen gegen 26,5 in Deutschland, in London 7,9 gegen 46,6 in Berlin. Wichtiger noch ist die Belastung der Zimmer. Nur 8 vH der britischen Bevölkerung leben dichter als zwei Personen pro Zimmer. Gleiche Zahlen gibt es für Deutschland nicht; wo aber einzelne Zahlen zur Verfügung stehen, sind sie weit höher. Selbst in der bekannten Kruppschen Arbeiterkolonie kamen zur gleichen Zeit schon durchschnittlich 2,1 Personen auf ein Zimmer, in Berlin bei einer größeren Stichprobe 3,03. Ein Gegengewicht bildet die Tatsache, daß die Wohnungen in Deutschland bedeutend besser sind, was indessen hauptsächlich mit der Akkuratesse unserer Arbeiterbevölkerung, mit ihrem größeren Bedürfnis nach Reinlichkeit zusammenhängt. Kleidung dürfte für den englischen Arbeiter etwas teurer sein als bei uns. Die Belastung seines Haushaltes hierdurch ist aber trotzdem wohl nicht höher, da er nicht so viel Wert auf saubere und gute Kleidung legt.

Im allgemeinen erhält er demnach die meisten Bedürfnisse zu niedrigeren Kosten befriedigt. Trotzdem sind die Kosten der Lebenshaltung, die übrigens in London rd. 10 bis 12 vH höher sind als in den Provinzstädten, insgesamt nicht niedriger als bei uns. Statistiken zeigen, daß die jährlichen Ausgaben einer sechsköpfigen Familie des unteren Mittelstandes in England 1170 M betragen, gegen 1020 M bei uns. Der englische Arbeiter lebt also bedeutend besser, trinkt auch mehr als der deutsche, und vor allem steht ihm seine Frau hierin oft nicht nach. Daß er zu dieser besseren Lebenshaltung in der Lage ist, weist schon darauf hin, daß seine Einnahmen höher sein müssen; man muß allerdings auch berücksichtigen, daß er mehr als der deutsche Arbeiter das Verdiente ausgibt.

Löhne.

Die Löhne sind in England etwa ein Drittel bis ein Viertel höher als bei uns. Man sagt anderseits, daß die Leistungen des englischen Arbeiters etwas höher sind als bei uns. Mir erscheint dies jedoch insbesondere in den Industrien nicht wahrscheinlich, in denen, wie in der Elektroindustrie, in Deutschland vorwiegend nach dem Akkordsystem gearbeitet wird, in England dagegen vielfach im Stundenlohn. Über die Höhe der Löhne veran-

staltete die englische Regierung 1905 Erhebungen in 94 englischen und 33 deutschen Städten. Dabei wurden festgestellt:

Vorwiegende Löhne im Maschinenbau in Schilling pro Woche.

	England	Deutschland	
Schlosser . . .	32 bis 36	26 bis 32	85 vH der englischen Löhne
Dreher	32 » 36	27 » 33	88 » »
Schmiede . . .	32 » 36	28,5 » 33	90 » »
Modelltischler .	34 » 38	28,5 » 30	77 » »
Arbeiter . . .	18 » 22	18 » 22	100 » »
Arbeitstunden .	53	59½	112 vH der englischen Arbeitzeit.

Die Zahlen geben, selbst wenn sie nicht überall stimmen, ein Bild der Verhältnisse, wobei vielleicht noch zu erwähnen ist, daß die deutschen Löhne eine stärkere Richtung nach oben haben, und daß ferner die Elektroindustrie in Deutschland mindestens zur Hälfte die Berliner Löhne zu zahlen hat, während sie in England vorwiegend in der Provinz sitzt. Der Unterschied der Löhne wird anderseits wieder vermehrt durch die längere Arbeitzeit in Deutschland. Einen weiteren Einblick gewähren die von Gewerkschaften anerkannten Löhne, die bezirksweise festgestellt werden. Viele der städtischen Verwaltungen machen des Stimmenfanges halber die Einhaltung dieser Löhne zur Vorschrift.

Standardlöhne der Gewerkschaften (1. Juli 1913) in Schilling pro Woche.

Ort	Dreher	Schlosser	Wochenstunden	Elektriker	Ankerwickler	Kabelleger	Mechaniker	Wochenstunden	Lebensmittel in vH	Lebensmittel und Miete in vH
London . . .	40,0	40,0	48 bis 52	42,0	42,0	42,0	42,0	53	100	100
Birmingham	38,0	38,0	50 » 53	38,5	40,8	38,5	38,5	53	93	87
Manchester.	39,0	39,0	53	40,9	40,9	37,8	39,0	53	94	88
Sheffield . .	39,0	39,0	48 » 53	37,8	37,8	39,8	37,8	53	94	86
Glasgow . .	38,3	38,3	53	37,8	42,0	42,0	—	51 bis 54	99	93
Belfast . . .	41,0	41,0	54 bis 56½	39,8	39,8	39,8	39,8	54	103	92

Dabei sind z. T. Stundenlöhne in Wochenlöhne umgerechnet, wobei 53 Stunden zugrunde gelegt wurden. Es zeigt sich, daß das Verhältnis der Einnahmen der einzelnen Gruppen nicht überall das gleiche ist, was insbesondere daran liegt, daß die für Dreher und Schlosser mitgeteilten Löhne von einer anderen Gewerkschaft festgesetzt wurden als der Rest. Ich füge ferner einige Zahlen über die verhältnismäßigen Kosten des Lebensunterhaltes bei, aus denen man ersieht, wie augenscheinlich neben den Kosten der Lebenshaltung auch Angebot und Nachfrage mitwirkt.

Um die Lohnverhältnisse wirklich übersehen zu können, haben wir aber noch weiter auf die Entwicklung und Bewegung der Löhne und der Preise einzugehen. Ich gehe dabei nur auf die Zeit seit 1900 ein. Legt man dieses Jahr zugrunde, so vollzog sich die Entwicklung bei den Metallarbeitern wie folgt (Abb. 1):

1900	100,00	100,00
1901	100,29	100,40
1902	100,29	101,00
1903	99,93	102,80
1904	99,93	102,4
1905	100,05	102,8
1906	100,83	102,0
1907	102,00	105,0
1908	101,68	107,5
1909	101,32	107,6
1910	102,03	109,4
1911	103,26	109,4
1912	104,24	114,5

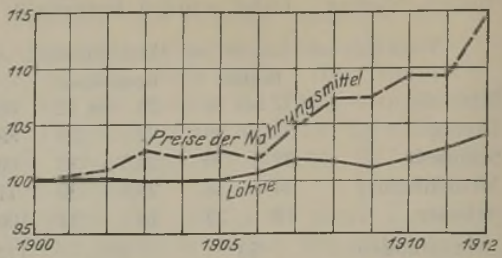


Abb. 1.

Diese Zahlen zeigen recht ungünstige Verhältnisse für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die ersteren stehen steigenden Kosten gegenüber und können sich höchstens damit trösten, daß das Steigen in Deutschland noch viel rascher vor sich ging. Die Verhältniszahl würde hier für 1912 gar 142 sein. Der Arbeiter aber befindet sich in einer schlimmen Lage; er sieht dauernd den Ertrag seiner Arbeit sinken. Die Ausgaben für Nahrungsmittel sind allerdings nur ein Teil seines Haushaltes, aber auch die Gesamtkosten stiegen allein von 1905 bis 1912 nach Feststellungen des Board of Trade um 10 vH, während die Löhne nur etwa um 4 vH stiegen. Bei anderen Arbeitergruppen sind die Verhältnisse noch ungünstiger; bei den Bergarbeitern sanken sogar die absoluten Löhne seit 1900 um 6 bis 7 vH. Es ist selbst zweifelhaft, ob im Durchschnitt überhaupt eine Erhöhung eingetreten ist. Allgemein festzustellen ist vielleicht nur ein Ausgleich des Lohnstandes, d. h. eine Besserung der niedrig Entlohnten. Der Grund für das unproportionale Folgen der Löhne liegt an der begreiflichen Zurückhaltung der Arbeitgeber.

Arbeiterbewegung.

Es ist selbstverständlich, daß es unter diesen Verhältnissen zu fortwährenden Kämpfen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern kommen muß.

Daran hat es nun in der Tat in den letzten Jahren in England nicht gefehlt. Der Kampf ist immer umfangreicher und auch erbitterter geworden. Die nachstehenden Zahlen veranschaulichen dies.

Jahr	Zahl der Kämpfe	beteiligte Arbeiter	verlorene Arbeitstage	erfolgreich in vH der beteiligten Arbeiter für		
				Arbeiter	Arbeitgeber	Kompromiß
1901	642	179 546	4 142 287	27,5	34,7	37,3
1902	442	256 667	3 479 255	31,8	31,8	36,1
1903	387	116 901	2 338 668	31,2	48,1	20,7
1904	355	87 208	1 484 220	27,3	41,7	30,9
1905	358	93 503	2 470 189	24,7	34,0	41,2
1906	486	217 773	3 028 816	42,5	24,5	33,0
1907	601	147 498	2 162 151	32,7	27,3	40,0
1908	399	295 507	10 834 189	8,7	25,7	65,6
1909	436	300 819	2 773 986	11,2	22,3	66,5
1910	531	515 165	9 894 831	16,3	13,8	69,7
1911	903	961 980	10 319 591	6,6	9,3	84,1
1912	821	1 437 032	40 346 400	74,5	14,3	11,1

In den letzten beiden Jahren ist von mehr Leuten und länger gekämpft worden, als in den vorhergehenden zehn Jahren zusammen, wozu die gute Wirtschaftslage beigetragen haben mag. In einem Falle, bei den Bergarbeitern (1912), war es zur Beilegung notwendig, daß das Parlament Mindestlöhne einführte, die durch von beiden Parteien beschickte Ortsausschüsse festgesetzt wurden. Ob dies das Einschlagen einer neuen Richtung bedeutet, läßt sich noch nicht absehen. Abb. 2 gibt einen Überblick über Wesen, Ursache und Verlauf der Arbeitseinstellungen.

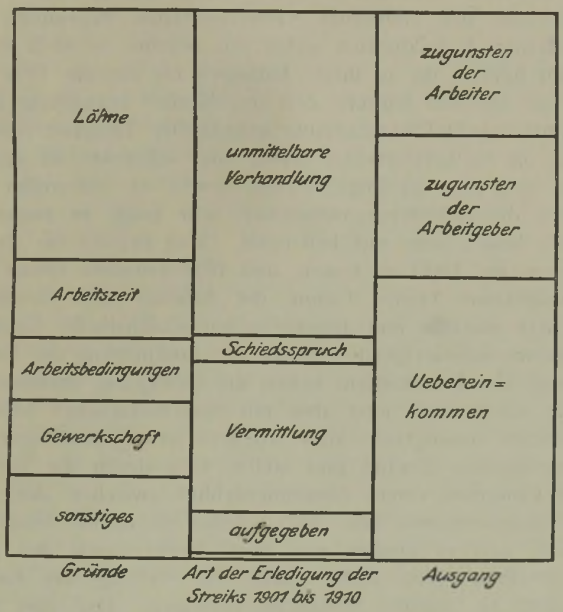


Abb. 2.

Daß übrigens durch diese Kämpfe im wesentlichen Lohnsteigerungen, sofern sie diese zum Gegenstand hatten, erreicht werden mußten, ist nach der Entwicklung der Kosten der Lebenshaltung nicht auffällig, wenn auch diese Kosten, wie aus dem über die Lebenshaltung des englischen Arbeiters Gesagten hervorgeht, keineswegs in der Nähe des Existenzminimums liegen. Es unterliegt aus diesem und einem im nächsten Abschnitte behandelten Grunde auch wohl keinem Zweifel, daß auch für die nächsten Jahre mit weiteren Kämpfen zu rechnen ist, die Produktionsschwierigkeiten und weiter gesteigerte Produktionskosten bringen werden.

Die dauernden Schwierigkeiten haben auch die Gesetzgebungsmaschine in Bewegung gesetzt. Zur Beilegung von Streitigkeiten errichtete man Versöhnungsämter für die verschiedenen Industrien. Solcher gab es 1911 insgesamt 292. Außerdem schickt der Board of Trade auf Ersuchen einen Vermittler oder auch einen Schiedsrichter; diese haben in der Tat oft mit

Erfolg eingegriffen. 1911 gingen 92 derartige Gesuche ein, davon 42 von beiden Parteien gemeinsam. In 35 Fällen griff man ein, bevor es zu einer Arbeitsniederlegung kam. Es gibt ferner seit 1908 einen ständigen Schiedsgerichtshof, der 1911 siebenmal tätig war. Im allgemeinen sind aber beide Seiten den bindenden Schiedsprüchen durchaus abgeneigt. Als eine Ergänzung mehr allgemeiner Natur ist schließlich noch der Industrierat vorhanden, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der großen Industrien umfaßt.

Außer in den steigenden Kosten der Lebenshaltung liegt das Anwachsen der Kämpfe zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern weiter in der lebhaften Entwicklung der englischen Gewerkschaften begründet. Wie England den modernen Fabrikbetrieb gebar, so brachte es auch die modernen Gewerkschaften hervor, die in ihren Anfängen bis auf das 18te Jahrhundert zurückgehen, wo sie sich längere Zeit ungehindert entwickeln konnten. Als das Manchestertum jede Einschränkung industrieller Tätigkeit verdammte, verbot man auch die Gewerkschaften (1799) oder schränkte sie zum mindesten sehr ein, sah sich aber genötigt, dieses Gesetz zu widerrufen (1824), und jetzt gewannen die Arbeiterorganisationen sehr rasch an Boden, wozu die Auswüchse des laissez faire nur beitrugen. Man begann die Zentralisierung der Bewegungen ins Auge zu fassen, und 1834 gründete Owen seine Grand National Consolidated Trades Union, die Arbeiter aller Gewerbe, Bezirke und Geschlechter umfaßte und ausgesprochen sozialistische Neigungen hatte. Innere und äußere Schwierigkeiten, zumal die Aussperrung der Gewerkschaftsmitglieder durch die Fabrikanten, ließen die Bewegung abebben. Erst nach 1848 lebte sie wieder auf, jetzt aber mit manchesterlichen Ideen, die Freiheit des Arbeiters verlangten. Man arbeitete jetzt planmäßiger, suchte und fand parlamentarischen Einfluß und stellte 1868 durch die Einrichtung des Trade Union Congress einen Zusammenschluß zwischen der großen Zahl unabhängiger Organisationen her. 1871 wurden die Rechte dieser Vereinigung noch erweitert, und es blieben nur noch Verletzungen des gewöhnlichen Strafrechtes strafbar. Vor allem wurde die Stellung der Gewerkschaften genau umgrenzt, sie wurden juristische Personen. Daß dies zweischneidig war, zeigte erst das bekannte Taff Vale-Urteil (1900), das eine Gewerkschaft gelegentlich eines Streikes zu Schadenersatz verurteilte, ein Schlag, der die Gewerkschaftsbewegung vernichten konnte. Sein nächstes Ergebnis war eine starke Belebung der Bewegung sowie vor allem der bisher vernachlässigten politischen Tätigkeit; während es 1900 im englischen Parlament erst vier Gewerkschaftsvertreter gab, stieg deren Zahl 1906 auf 52. Inzwischen war auch eine liberale, ja radikale Regierung ans Ruder gelangt, die auf die Unterstützung der Arbeitspartei angewiesen war und sie auch noch heute genießt. Diese sah sich dafür genötigt, noch im selben Jahr ein Gesetz durchzubringen, das nun im ähnlichen Maß in der entgegengesetzten Richtung sündigte. Es erlaubt auch ausdrücklich das Streikpostenstehen, um Nachrichten zu erlangen oder jemanden zu überreden, nicht zu arbeiten, und erschwert so die Stellung der nichtorganisierten Arbeiter nicht wenig. Es verbietet vor allem, die Gewerkschaft für ungesetzliche und strafbare Handlungen ihrer Führer und Beamten haftpflichtig zu machen. In jedem Falle bleibt das Vermögen der Gewerkschaften unbelangbar.

Äußerlich bezieht sich das Gesetz zwar ebenso auf Arbeitgeber- wie auf Arbeitnehmerorganisationen, von Bedeutung ist es aber nur für diese.

Unter diesen Umständen haben sich die Gewerkschaften in den letzten Jahrzehnten sehr entwickelt. Die Zahl der Mitglieder stieg von 1 970 937 im Jahre 1900 auf 3 010 954 im Jahre 1911, entsprechend 50 vH der erwachsenen Arbeiter (in Deutschland 3 923 687). Dabei brachte das Jahr 1911 einen Zuwachs von 23 vH gegenüber dem Vorjahre, die stärkste Zunahme seit zwanzig Jahren. Insbesondere bei den Metallarbeitern stieg die Zahl von 342 334 auf 414 104, d. h. auf etwa 33 vH der Arbeiterschaft. Die Verteilung der Mitglieder auf die verschiedenen Zweige industrieller Betätigung hat sich in den letzten Jahrzehnten nicht erheblich geändert, abgesehen davon, daß die Erfolge dort am besten waren, wo die Organisation schon festen Fuß gefaßt hatte. Besonders lebhaft war der Zuwachs bei den Bergleuten, den Textil-, Metall- und Transportarbeitern. Das Vermögen der Gewerkschaften hat sich in den letzten Jahrzehnten verdreifacht. Es betrug 1911 schon 115 Millionen M gegenüber 73 Millionen M in Deutschland. Auch innerlich zeigte sich ein Erstarken. Die Qualität der Führer und Beamten stieg; die Verwaltungsbeamten nahmen zu, während die Agitatoren etwas zurücktraten. Waren die englischen Gewerkschaften für andere Länder vorbildlich, so hatte das größere Alter aber auch einige Ergebnisse im Gefolge, die nicht gerade ihre Stellung stärken. Während wir z. B. in Deutschland nur drei Gruppen von Gewerkschaften besitzen, von denen eine Gruppe, die sozialdemokratische, über 75 vH der organisierten Arbeiter umfaßt, die von einer Stelle, der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, geleitet wird, gab es in England Ende 1911 insgesamt 1168 Gewerkschaften, davon 206 für Metallarbeiter. Bei den Arbeitgebern findet sich allerdings das Gleiche; die Verbände auf dem Gebiete der Metallbearbeitung beliefen sich ebenfalls 1912 auf 191. Wie überall fällt es auch hier dem Engländer schwer, das geschichtlich Entwickelte methodisch zu reorganisieren. Dabei ist man sich über die Nachteile völlig im klaren. Man verschmilzt auch soviel als möglich, und die Zahl der Gewerkschaften nahm von 1908 bis 1910 trotz 79 Neugründungen um 68 ab. Aus den Verbänden schälen sich allmählich Zentralverbände heraus, von denen einer, die Federation of Engineering and Shipbuilding Trades, seinen Sitz in Manchester hat. Insgesamt entfallen von den drei Millionen Mitgliedern dieser 1168 Gewerkschaften 1 816 506 auf die hundert größten, die auch fast das gesamte erwähnte Vermögen besitzen.

So ist ein Zusammenarbeiten der Gewerkschaften schwierig, und obendrein ist man selbst bei den Versuchen, zusammenzufassen, nicht einheitlich vorgegangen. Nebeneinander bestehen die Labour Party, die General Federation of Trades Unions und der Trade Union Congress, die alle drei mehr oder minder von den gleichen Gewerkschaften getragen werden, so daß die Organisation unnötig teuer und unbequem ist; sogar ihre Politik ist unter Umständen voneinander verschieden. Die Schwierigkeit, sie zu vereinheitlichen, besteht im wesentlichen darin, daß es eine eigentliche politische Arbeiterparteiorganisation nicht gibt. Die Gewerkschaften sind ausschließlich wirtschaftliche Unternehmungen, mehr unseren Hirsch-Dunckerschen Vereinen entsprechend; ihre Mitglieder fühlen im wesentlichen zwar demokratisch, nicht aber sozialistisch. Als eine Entscheidung kürzlich die Gewerkschaften

zwang, darüber abzustimmen, ob man sich überhaupt politisch betätigen solle, entschied man sich hierfür mit z. T. sehr geringen Mehrheiten. Die politische Organisation besteht heute beinahe nur aus den 41 Unterhausmitgliedern, und die Notwendigkeit, sie zu finanzieren, hat zu einem losen Zusammenschluß von 172 Gewerkschaften geführt. Diese, die Träger des politischen Gedankens, sind dabei auch am entschiedensten für eine straffere Organisation der Gewerkschaften, für eine Verschmelzung der bestehenden zu größeren Einheiten, eingetreten. Die General Federation of Trades Union ist eine Zusammenfassung von 132 der wichtigsten Gewerkschaften mit Ausnahme der Bergarbeiter (1911). Sie entspricht ungefähr unserer Generalkommission, ist aber weniger straff organisiert. An ihrem Widerspruche scheiterte ein Versuch im Rahmen der Labour Party, alle drei Organe zu vereinigen. Wahrscheinlich wird es jedoch mit der Zeit zu einer Verschmelzung der Federation mit dem Trade Union Congress, der älteren aber noch loseren Zusammenfassung, kommen. Dieser ist das alte Zentralorgan aller bestehenden Gewerkschaften. Die Zahl der angeschlossenen Mitglieder ist von 118 367 im Jahre 1868 auf zwei Millionen im Jahre 1912 gewachsen. 1910 umfaßte er über drei Viertel aller Gewerkschaftsmitglieder. Er ist aber nur ein Kongreß und keine eigentliche Organisation. Aus ihm heraus wird ein Parliamentary Committee gewählt, hauptsächlich aus den (16) Führern der großen Gewerkschaften, das nun ebenso wie die Labour Party eine politische Tätigkeit entfaltet.

Das Erstarken der Gewerkschaftsbewegung hat zu einer lebhaften Steigerung der Lohnkämpfe geführt. Oft handelt es sich auch nicht um Lohnfragen, sondern um die Anerkennung der Gewerkschaften, d. h. im Grunde um den Versuch, Nichtmitglieder in die Gewerkschaften hineinzupressen. Im übrigen sind diese bei den Arbeitgebern allgemein anerkannt und sie werden jedenfalls auch nie mit der Abneigung betrachtet, die man bei uns den Gewerkschaften entgegenbringt. Man erkennt ihr Streben nach Verbesserung der Lage ihrer Mitglieder als berechtigt an; man erkennt aber vor allem an, daß ihr Dasein eine größere Beständigkeit in das Verhältnis von Arbeitnehmer zu Arbeitgeber hineingebracht hat. Man hat etwas Greifbares. Sogar die städtischen Behörden versteifen sich, wie bemerkt, vielfach auf die von den Unions festgesetzten Löhne. Man wirft ihnen höchstens ihren Widerstand gegen neue Maschinen, ihre Einmischung in Verwaltungsangelegenheiten und ihr Vorgehen gegen die nichtorganisierten Mitglieder vor. Es zeigt sich jetzt aber, wo die Arbeiter ihre Gewerkschaften als ihre nicht zu übersehende Organisation durchgesetzt haben, daß ihre Führer, mit denen sich viel vernünftiger verhandeln läßt, als mit in wirtschaftlichen Fragen ungeschulten und durch die vorliegenden Fragen oft erbitterteren örtlichen Wortführern, nicht immer in der Lage sind, ihre Anhänger zu einer Anerkennung oder Einhaltung der als notwendig erkannten Vereinbarungen zu bringen. Der Syndikalismus, die gewalttätige Richtung, beginnt den englischen Arbeiterführern zu schaffen zu machen, ebenso die Disziplinlosigkeit in dem Beginnen der Streiks, die oft ohne Einwilligung der Zentralorgane ausbrechen, mitunter auch gegen deren Willen um nichtiger Ursachen, insbesondere infolge Entlassung einzelner Arbeiter aus Gründen der Disziplin. Arbeitseinstellungen haben, wie schon gezeigt, in stark wachsendem Maße

stattgefunden. Es ist schwierig, insbesondere wenn man die vorausgeschickten Ausführungen über Löhne im Auge behält, festzustellen, ob man die Gewerkschaften hierfür zu tadeln hat. Für den Arbeitgeber haben sie ohne Zweifel die Produktionskosten erhöht. Man darf aber nicht vergessen, daß in Deutschland, wo die Gewerkschaften in weit rascherem Schrittmaße wuchsen, die Zahl der Kämpfe noch größer war, ebenso in den Vereinigten Staaten.

Zahl der Streiks und Aussperrungen.

Jahr	England	Deutschland	Ver. Staaten
1900	648	1468	1839
1901	642	1091	3012
1902	442	1105	3240
1903	387	1444	3648
1904	355	1990	2419
1905	358	2657	2186

Diese Zahlen, die von der Regierung der Vereinigten Staaten mitgeteilt wurden, sind nicht ohne weiteres schlüssig. Vergleicht man aber die Zahl der entsprechenden verlorenen Arbeitstage, so findet man ein ähnliches Verhältnis. Man darf übrigens nicht annehmen, daß sich die Tätigkeit der Gewerkschaften in Kämpfen mit den Arbeitgebern erschöpft. Sie gleichen in ihrem Charakter, wie schon bemerkt, weit mehr unseren Hirsch-Dunckerschen als den sozialdemokratischen Gewerkschaften.

Sie entfalten fast alle eine lebhafte Tätigkeit auf dem Gebiete der Versicherung und Wohlfahrt, zumal es bis Anfang 1913 an staatlicher Fürsorge fehlte, und sind daher auch als Organe der großen staatlichen Arbeiterversicherung anerkannt, wodurch die radikale Regierung ihnen ohne Zweifel zahlreiche Mitglieder in die Arme treibt; jeder Arbeiter muß, wenn er nicht erhebliche Nachteile erleiden will, irgend einer „friendly society“ beitreten. Die Regierung zahlt sogar den Gewerkschaften, deren Mitglieder nicht von der staatlichen Arbeitslosenversicherung berührt werden, ein Sechstel der von der Gewerkschaft gewährten Unterstützung. Anderseits nehmen allerdings die Arbeiterfürsorgegesetze den Trade Unions vielfach den Wind aus den Segeln. Die Verteilung der Ausgaben auf die einzelnen Tätigkeitsgebiete gibt einen Anhalt über deren Bedeutung.

Die Ausgaben der 100 größten englischen Gewerkschaften im Laufe der Jahre 1901 bis 1910 in Höhe von 450 Millionen M verteilen sich wie folgt:

	vH		vH
Streiks	10,7	Pensionen	13,5
Arbeitslosigkeit	27,2	Sterbegelder	9,7
Krankheit und Unfall	18,1	Verwaltung	20,8

In Deutschland haben sich die 1911 von den freien Gewerkschaften ausgegebenen 60 Millionen M dagegen folgendermaßen verteilt:

	vH		vH
Arbeitslosigkeit	10,4	Verbandsorgan	4,0
Reise	2,3	Agitation	4,0
Sterbegelder	21,0	Verwaltung	17,5
Streiks	30,4	Sonstiges	10,4

Die neuen Versicherungsgesetze befreien die Gewerkschaften von einer nicht geringen finanziellen Bürde, wenn auch anderseits der Arbeiter nun Beiträge für die staatliche Versicherung, in der Regel an die Gewerkschaft, zu zahlen hat, so daß der vorher hierfür gezahlte Betrag nicht ohne weiteres frei wird, falls man nicht die Gesamtbeiträge steigern will. Die Beiträge der 100 größten Gewerkschaften wuchsen von 1901 bis 1910 von 34 M auf 37 M, die Ausgaben von 27 M auf 36 M und das Vermögen von 69 M auf 72 M pro Mitglied, während sich 1911 in Deutschland Beiträge und Vermögen auf 29 M bezw. 26 M pro Mitglied beliefen.

Jedenfalls haben die englischen Trade Unions einen nicht zu übersehenden Einfluß auf die Güterherstellung, mit dem sich die Arbeitgeber schlecht und recht abgefunden haben. Die günstige politische Lage hat ihnen ohne große Anstrengungen wesentliche Erfolge gebracht. Sollte sich der heutige Stand ändern, so dürften sie weit mehr in das politische Fahrwasser gedrängt und sich dadurch ihrer Macht noch mehr bewußt werden; wahrscheinlich würden sie dann trotz geringerer Stärke die ausschlaggebende Partei, ein Ergebnis, dem die Industrie mit Beklemmung entgegensehen dürfte.

Wohlfahrtsgesetzgebung.

England wurde bekanntlich mehr als irgend ein Land von physiokratischen Ideen beherrscht. Brachte dies zwar seiner Industrie große Blüte, so blieb trotzdem die Lage der arbeitenden Klassen höchst erbärmlich. Die Verhältnisse, die noch vor 100 Jahren bestanden, sind für uns jedenfalls unverständlich. Die Notwendigkeit einer Arbeiterschutzgesetzgebung wurde damals allerdings erkannt. Der Schutz erstreckte sich zunächst auf Kinder, dann auf Frauen, später auf die gesundheitlichen Verhältnisse gewisser Produktionszweige und schließlich auf Löhne und Ähnliches.

Heute dürfen Kinder unter 12 Jahren (bei uns 13) nicht, solche von 12 bis 14 Jahren nur einen halben Tag beschäftigt werden. Von 14 bis 18 Jahren genießen jugendliche Arbeiter etwa den gleichen Schutz wie Frauen; der Arbeitstag beträgt für sie höchstens 12 Stunden und liegt zwischen 6 Uhr morgens und 12 Uhr nachts. Diese Bestimmungen sind etwas strenger als bei uns. Eine große Anzahl für alle Arbeiter gültiger Bestimmungen betreffen allgemeine Verhältnisse, wie Gesundheitliches, Sicherheit, Lohnzahlung, Strafen und Abzüge. Diese Gewerbegesetze sind in England in ihren allgemeinen Vorschriften strenger und weniger elastisch als bei uns; anderseits ziehen sie der Gewerbeinspektion engere Grenzen. Die Durchführung ist weniger streng als in Deutschland. Die Inspektion wird teils nach Bezirken, teils nach Industriezweigen ausgeübt; 1902 gab es 158 Gewerbeinspektoren. Von den vorhandenen fünf Oberinspektoren entstammt einer der Elektroindustrie.

All dieses betrifft aber mehr Verbote und Anordnungen und läßt sich als eine negative Gesetzgebung bezeichnen. Die schöpferische Wohlfahrtsgesetzgebung, wie sie bei uns 1892 einsetzte, kam in England sehr verspätet. Seitdem jedoch 1905 die liberale Partei wieder zur Herrschaft gelangt ist, hat die Gesetzgebungsmaschine in einem fast überschnellen Schrittmaß alles Versäumte nachzuholen gesucht. Insbesondere hat der gegenwärtige Finanzminister Lloyd George einschneidende Gesetze durchzusetzen

vermocht. Zunächst wurde die Unfallversicherung, die 1897, angeregt durch das deutsche Vorgehen, eingerichtet wurde, 1907 reorganisiert. Sie macht den Fabrikanten für Nachteile aus allen Betriebsunfällen und Gewerbekrankheiten haftbar. Die Leistungen betragen bei Invalidität den halben Lohn bis zu 20 M für die Woche auf ein halbes Jahr und dann eine einmalige Zahlung, bei tödlichen Unfällen eine einmalige Zahlung des dreifachen Jahreslohnes, mindestens 3000 und höchstens 6000 M. Die Leistungen sind also geringer als in Deutschland, bedeuten aber immerhin einen Fortschritt. Die Zahlungen beliefen sich 1911 für sieben Gruppen mit 7 Millionen Versicherten auf 55 Millionen M, d. h. auf durchschnittlich 7,90 M. Dieser Durchschnitt betrug bei der Gruppe Kraftmaschinen- und Schiffbau 13 M, dagegen in der Gruppe Arbeitsmaschinen und Werkzeuge 5,15 M.

Weit wichtiger ist die seit Anfang 1913 arbeitende Krankenversicherung; sie umfaßt alle Handarbeiter und außerdem Angestellte mit einem Einkommen unter 3200 M, im ganzen etwa 12,3 Millionen Personen. Anregungen gaben auch hier die deutschen Einrichtungen. An die Stelle unserer Ortskrankenkassen treten hierbei Hülfsvereine der verschiedensten Art, z. B. auch Gewerkschaften, sofern sie gewisse angemessene Bedingungen erfüllen. Gewährt wird insbesondere ärztliche Behandlung bei freier Arztwahl, die erforderlichen Heilmittel und in gewissen Fällen Heilstättenbehandlung. Auf 26 Wochen wird ferner ein Krankengeld von 10 s für die Woche (Männer), dann Invalidengeld im Betrage von wöchentlich 5 s bis zum siebzigsten Lebensjahre gezahlt. Versicherte Frauen und die Frauen der Versicherten erhalten außerdem eine Unterstützung von 30 s bei der Niederkunft. Die Beiträge sind erheblich niedriger als in Deutschland, die der Arbeiter schwanken zwischen 0 und 34 Pf (meist 34 Pf), die der Arbeitgeber zwischen 25 Pf und 50 Pf (meist 25 Pf) für den Arbeiter und die Woche. Dies ergibt auf das Jahr einen Beitrag der Arbeiter von 17 M gegenüber 30 M in Deutschland (1912), der Arbeitgeber von 12,7 M gegenüber 19 M bei uns. Dagegen soll der Staatszuschuß 1912/13 etwa 35 Millionen M, 1915/16 rd. 92 Millionen M betragen, wozu noch Altersrenten kommen, die sich 1909 auf 160 Millionen M beliefen, gegenüber insgesamt 55 Millionen M, die 1912 bei uns für all diese Zwecke vorgeschossen wurden. Die Versicherung, die manche Unvollkommenheit aufweist, ist alles andere als beliebt. Dies gilt auch für die Arbeiter, obwohl ihnen sehr große Vorteile erwachsen. Der Gedanke einer Zwangsversicherung ist indes zu ungewohnt, und die leidige Tatsache, daß in England alles vom Parteistandpunkte behandelt wird, veranlaßt die Konservativen, dem Arbeiter immer wieder die unsympathische „Steuer" vorzuhalten. Man konnte bei der Einführung das seltene Schauspiel erleben, daß an allen Straßenecken illustrierte Riesenplakate dem Vorübergehenden die segensreichen Wirkungen der neuen Regierungsmaßnahme vor Augen führten.

Die interessanteste Einrichtung ist die gleichzeitig in Kraft getretene Arbeitslosenversicherung. Sie ist wohl die erste staatliche Versicherung ihrer Art und daher zunächst mehr ein Versuch, auf den sich aber schon die Augen der deutschen Gesetzgeber gerichtet haben. Die Versicherung umfaßt vorläufig nur eine Reihe von Industrien, darunter auch die Maschinen- und Elektroindustrie, insgesamt etwa $2^1/_4$ Millionen Arbeiter. Die Beiträge

betragen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber für den Mann und die Woche 20 Pf, die Leistungen nach einer Wartewoche 7 M für die Woche auf 15 Wochen eines jeden Jahres. Diejenigen Arbeiter, die ohnehin in ihrer Gewerkschaft versichert sind, erhalten bei ihr die dort übliche, gelegentlich höhere Unterstützung, während diese den beim Staate fälligen Betrag bis zur Höhe von 75 vH der von ihr gezahlten Unterstützung, höchstens 7 M, einzieht. Dies drängt die Unions dazu, ihre Arbeitslosenunterstützung auf mindestens 9,50 M zu bemessen. Man hat die Gewerkschaften herangezogen, weil man auf diese Weise am ehesten den Arbeitsunwilligen beizukommen hofft. Der staatliche Beitrag fällt jedoch fort, wenn Streik oder Aussperrung die Ursache der Arbeitslosigkeit ist. Bei regelmäßiger Beschäftigung werden die Beiträge teilweise an beide Parteien zurückgezahlt, d. h. das Gesetz prämiiert eine Stetigkeit der Beschäftigung. Die jährlichen Einnahmen der Versicherung belaufen sich zur Zeit insgesamt auf 49 Millionen M, die Ausgaben des letzten, wirtschaftlich sehr günstigen Jahres auf $14^1/_2$ Millionen M. Etwa 400 000 Arbeiter wurden, meist auf kurze Zeit, beschäftigungslos. Die Einführung dieser Versicherung durch den Staat gab 21 Gewerkschaften Veranlassung, eine bei ihnen vorher nicht vorhandene Arbeitslosenunterstützung einzurichten.

Den Abschluß in der Reihe der Wohlfahrtsgesetze bildet die 1909 wirksam gewordene Altersversicherung, die allen über 70 Jahre Alten, deren Einkommen 630 M nicht übersteigt, ohne weiteres eine wöchentliche Pension bis zu 5 M gewährt. Beiträge sind nicht zu leisten. Der Staatshaushalt weist 1912/13 für diese Zwecke 250 Millionen M an. Die Zahl der Pensionäre beträgt schätzungsweise 800 000.

Die Industrie hat durch all diese im Verlaufe weniger Jahre durchgeführten Maßnahmen nicht geringe Lasten aufgebürdet bekommen, die um so weniger bequem sind, als der Freihandel die Abwälzung der Leistungen erschwert. Man muß aber bedenken, daß der Hauptmitbewerber, Deutschland, diese Lasten seit langem trägt und in seinen Preisen zum Ausdruck brachte. Allerdings ändert dies nichts an der Tatsache, daß die englischen Produktionskosten steigen, nicht aber die der Mitbewerber, so daß Englands Wettbewerbfähigkeit beeinträchtigt wird. Aber auch der Fabrikant hat Vorteile. Nicht nur die Lage seiner eigenen Arbeiter wird ausgeglichen, indem sie bis zu einem gewissen Grade versorgt, gewissermaßen zwangsweise zum Sparen gebracht werden. Auch die Lage der ganzen Bevölkerung, die unter der in England besonders ungleichen Verteilung der Vermögen leidet, wird besser, so daß das ganze Land kaufkräftiger wird.

Angestellte.

Hier ist der Unterschied gegenüber deutschen Verhältnissen weit ausgesprochener als bei den Arbeitern, und zwar entschieden zuungunsten Englands. Um zunächst auf das kaufmännische Personal zu kommen, so genießt nach meinem Empfinden in diesem ersten Handelslande der Welt die kaufmännische Tätigkeit, abgesehen von der des Handelsherrn, nicht das gleiche Ansehen wie bei uns. Die Söhne großer Kaufleute ziehen oft das Leben ohne Tätigkeit auf eine Anzahl Jahre der Tätigkeit im Geschäfte vor. Das mangelnde Ansehen wirkt ebenso hemmend auf den Zudrang eines

geeigneten Nachwuchses, wie das Nichtvorhandensein einer planmäßigen kaufmännischen Lehre. Der angehende Kaufmann tritt, wenn er entsprechend vermögende und einflußreiche Eltern besitzt, als Volontär in ein Geschäft ein und empfängt dann eine in der Regel nicht schlechte Ausbildung. Die überwiegende Mehrheit fängt jedoch als Bureaujunge an, wird hier dauernd gesiebt, wechselt unter Umständen häufig die Firma und arbeitet sich mit der Zeit zu einem brauchbaren Handlungsgehülfen empor. Tüchtige Leute leisten auch bei dieser Ausbildung Tüchtiges und man kann nicht sagen, daß es dem Engländer an Initiative, Tatkraft und Intelligenz fehlt. Aber das richtige System ist dieses Von-der-Pike-auf-Dienen jedenfalls nicht. Vor allem ist es auch ein Grund dafür, daß man wenig gutes Rohmaterial zur Verfügung bekommt, obwohl es schwer ist, hier Ursache und Wirkung zu unterscheiden. Jedenfalls hat man nicht, wie bei uns in Deutschland, bei offenen Stellen diesen Andrang von gut vorgebildeten Bewerbern, deren Ehrgeiz es ist, vor allem viel zu lernen. Der Durchschnitt der Angestellten, auch der besseren Firmen, entstammt kaum dem Mittelstand, und seine Qualität ist nach unseren Begriffen mäßig.

An höheren kaufmännischen Lehranstalten fehlt es ganz, abgesehen von kaufmännischen Abteilungen, die sich bei den einzelnen Universitäten finden. Es gibt auch nur wenig Fortbildungsschulen, dagegen die den unsrigen etwa entsprechenden privaten Handelslehranstalten. Große Verdienste hat sich die Londoner Handelskammer um die kaufmännische Erziehung erworben. Die Tatsache, daß fast die Hälfte der in der City tätigen Handlungsgehülfen Ausländer waren, veranlaßte sie vor 15 Jahren, dem Erziehungswesen größere Aufmerksamkeit zu schenken. Man stellte zunächst ein Durchschnittsmaß fest und begnügte sich mit Prüfungen, schritt dann aber, als man sah, daß die Lehranstalten nicht folgten, zur Erteilung von Unterricht, auf den man erst 1904 verzichten zu können glaubte. Die Senior-Prüfung ist auf junge Leute von 18 bis 21 Jahren, die entweder eine höhere Schule ganz durchmachten oder in den Abendstunden eine Fortbildungsschule besucht haben, zugeschnitten. Pflichtfächer sind Englisch, zwei Fremdsprachen, Rechnen, Handelsgeschichte, Geographie und Elemente der Volkswirtschaftslehre; ferner sind zwei Wahlfächer vorgeschrieben, die mehr praktische Dinge zum Gegenstande haben. Die Prüfungen wurden mit der Zeit über das ganze Land ausgedehnt und haben ohne Zweifel viel getan, den Stand zu heben. Ihren Einfluß zeigt die Übersicht S. 154.

Immerhin bemerkt man doch gerade im täglichen Leben, wie wenig diese Zahlen noch bedeuten. Eine wirkliche Reform müßte die kaufmännische Erziehung dem allgemeinen Schulwesen angliedern. Das wird aber wohl noch eine Weile dauern. Der Engländer ist eben von altersher gewohnt, alle möglichen Berufe, selbst diejenigen, die wir wissenschaftlich nennen, handwerksmäßig zu erlernen.

Dies galt vor nicht langer Zeit auch für den Ingenieurberuf und gilt z. T. noch heute, wie überhaupt viel von dem eben Gesagten auch für die technischen Angestellten zutrifft. Sind die Verhältnisse auch nicht so kraß, so machen sich die Nachteile hier jedenfalls sehr viel empfindlicher bemerkbar.

Die Lage der englischen Ingenieure ist im Verhältnis nicht so günstig wie die der Arbeiter. Das Einkommen ist nicht höher als bei uns, vielfach

Prüfungen der Londoner Handelskammer.

Jahr	Junior		Senior		Handelslehrer		insgesamt		Prüfungsorte
	geprüft	bestanden	geprüft	bestanden	geprüft	bestanden	geprüft	bestanden	
1890	65	17	—	—	—	—	65	17	1
1891	87	42	—	—	—	—	87	42	1
1892	81	40	—	—	—	—	81	40	1
1893	81	46	—	—	—	—	81	46	2
1894	90	55	17	4	—	—	107	59	2
1895	75	53	21	19	—	—	96	72	3
1896	49	27	74	49	—	—	123	76	3
1897	69	51	118	75	—	—	187	126	5
1898	179	89	218	113	—	—	397	202	10
1899	171	112	395	225	—	—	566	337	10
1900	151	107	771	443	—	—	922	550	38
1901	754	557	1 119	651	—	—	1 873	1 208	84
1902	1 295	885	1 279	770	—	—	2 574	1 655	92
1903	2 249	968	1 856	1 010	—	—	4 105	1 978	113
1904	2 541	1 350	2 181	1 198	—	—	4 722	2 548	126
1905	2 723	1 269	2 251	1 127	144	96	5 118	2 492	172
1906	2 756	1 893	2 584	1 244	292	150	5 632	3 287	195
1907	4 961	2 245	2 469	1 229	318	143	7 748	3 917	202
1908	6 009	3 159	2 516	1 301	370	189	8 895	4 649	220
1909	6 725	3 775	3 274	1 652	381	212	10 380	5 639	227
1910	7 230	4 128	3 976	1 609	399	195	11 605	5 932	233
1911	8 564	3 810	3 849	1 892	354	207	12 767	5 909	241
1912	7 465	4 088	3 540	1 769	427	240	11 432	6 097	261

wohl niedriger. Die Anfangsgehälter betragen etwa 25 bis 30 M wöchentlich bei wöchentlicher Kündigung; sie steigen aber leidlich rasch in dem Maß, in dem der Ingenieur anfängt, nützlich zu werden. Insbesondere von den Angestellten der elektrischen Betriebsunternehmungen wird geklagt, daß Wochenlöhne von 20 M keine Seltenheit sind; sie haben sich neuerdings auf gewerkschaftlicher Grundlage zusammenzuschließen versucht, doch ist ein Erfolg noch nicht zu bemerken, auch noch nicht zu erwarten. Ebenso sollen Bestrebungen im Gange sein, die Ingenieure der Elektroindustrie allgemein gewerkschaftlich zu organisieren, ähnlich dem Bunde der technisch-industriellen Beamten. Solange die Ziele vernünftig sind, sind die zu erwartenden Lasten für die Industrie nicht sehr schlimm, da sie alle Firmen gleichmäßig treffen, die im übrigen ein Interesse daran haben, den Stand der Ingenieure zu heben. Gute Ingenieure sind in England teurer als bei uns und erheblich schwerer zu haben. Daß zu geistig selbständigem Arbeiten erzogene Ingenieure selten sind, scheint auch aus der Tatsache hervorzugehen, daß ein großer Teil der Chefelektriker der großen Fabrikationsunternehmungen Deutsche sind. Dagegen sind die englischen Ingenieure in bezug auf Praxis den unsrigen mindestens gleichwertig. Veranlagung und Erziehung tragen hierzu bei. Der angehende Ingenieur weist mit 24 bis 25 Jahren, wenn unsere Diplomingenieure fertig sind, schon eine zweijährige Werkstattätigkeit, dreijährigen Schulbesuch und eine etwa dreijährige Praxis auf, anderseits ist seine Allgemeinbildung und seine theoretisch-technische Bildung geringer. Jeden-

falls erziehen wir die hochwertigeren Ingenieure nicht infolge der höheren Intelligenz unseres Materiales, sondern infolge des ungleich höheren Standes unseres gesamten Erziehungswesens. Das ganze Ingenieurwesen baut sich bei uns auf wissenschaftliche Forschung, in England noch immer wesentlich auf praktische Erfahrung auf.

Technische Erziehung.

Das Erziehungswesen ist in England gering entwickelt und dabei gänzlich regellos. Privatschulen überwiegen gegenüber den öffentlichen. Der Stand der Schulen ist sehr ungleich und nicht hoch. Die Lehrkräfte sind schlecht besoldet. An den höheren Schulen fehlt es an einer einheitlichen Abgangsprüfung, und da auch die Lehrpläne sehr verschiedenwertig sind, so fällt die Aufgabe, einen gewissen Ausgleich in der Vorbildung derer, die weiteren Studien nachgehen wollen, zu schaffen, den Hochschulen zu, die keinen Bildungsgang, hingegen eine Eintrittsprüfung vorschreiben; diese ist aber ebensowenig einheitlich, noch bereitet die Secondary School auf sie vor, so daß oft noch eine Preparatory School einzuschalten ist. Dieser Eintrittsprüfung haben sich aber im wesentlichen nur diejenigen zu unterziehen, die später einen akademischen Grad erwerben wollen, der äußerlich unserem Dipl.-Ing. entspricht. Diese Immatrikulationsprüfung umfaßt Englisch, eine Fremdsprache, die auch Latein sein kann, und zwei Wahlfächer, z. B. Physik und Mathematik. In der letzteren verlangt man ungefähr das der Kenntnis quadratischer Gleichungen entsprechende Maß. Es wird dabei geklagt, daß das Examen oft absichtlich leicht gemacht wird, um Schüler zu gewinnen. Das ganze Examen entspricht daher auch nicht unserer Reifeprüfung, sondern etwa der Reife für die Obersekunda. In der Tat sind die Universitätsstudenten bei ihrem Eintritt etwa 16 Jahre alt.

Während in Deutschland im ersten Viertel des 19ten Jahrhunderts vier technische Hochschulen gegründet wurden, gab es in England mit Ausnahme einer Admiralitätsschule für Schiffs- und Schiffsmaschinenbau (1843) vor 1870 keine technische Lehranstalt. Die Rückständigkeit der technischen Erziehung hängt besonders mit der schon erwähnten, besonders früher verbreiteten Ansicht zusammen, daß man Ingenieurwesen als Schüler eines Meisters lernen sollte, eine Auffassung, die auch heute in England nicht ganz ausgerottet ist; sonst wäre es nicht möglich, daß noch jetzt elektrotechnische Firmen Volontäre in einem etwa vierjährigen sehr kostspieligen Kursus in ihrer Fabrik zu „Ingenieuren" erziehen. Immerhin gibt es etwa 32 technische Schulen, wovon eine Anzahl Universitäten mit technischen Fakultäten sind, darunter auch Oxford und Cambridge. Von diesen Schulen kann man vielleicht die Universitäten Birmingham, Manchester, Glasgow und z. T. London in eine erste Klasse einreihen, die aber immer noch nicht unseren Technischen Hochschulen entspricht, für die es schon wegen des mangelnd vorgebildeten Schülermateriales in England keine Parallele gibt. Die Universität London ist in ihrem heterogenen Aufbau typisch für das Chaos im Schulwesen; sie ist als Gesamtheit nur eine Prüfungsbehörde, setzt sich im übrigen aber unter anderem aus acht unabhängigen technischen Lehranstalten zusammen, von denen das Central Technical College und das Royal College of Science an die Universität Birmingham heranreicht, während andere nur Mittelschulen

sind. Die zweite Klasse umfaßt dann 16 Mittelschulen und die dritte zwölf Schulen. Wie unübersichtlich das ganze System ist, läßt sich aus der Tatsache erkennen, daß auch die Schüler dieser letztklassigen Schulen einen akademischen Grad auf der Universität London erwerben können.

Alle diese Schulen sind nicht staatliche Anstalten. Zum Teil sind sie privat oder kommunal, insbesondere aber in ihren Grundlagen der Mehrheit unserer Handelshochschulen vergleichbar. An diesen Universitäten folgen dann auf die Eintrittsprüfung in vorgeschriebenen Zwischenräumen Vor- und Schlußexamen. Das letztere ist teils mündlich, teils schriftlich, verlangt aber nichts, das entfernt der bei uns üblichen Diplomarbeit entspricht. Am kennzeichnendsten für die Hochschulen ist aber die Tatsache, daß sich nur etwa 5 vH der Schüler diesem Examen unterziehen. Alle anderen verlassen die Hoch- oder Mittelschule, die sie mit etwa 16 Jahren bezogen haben, nach zwei bis drei Jahren, ohne andere Prüfungen durchzumachen als die halbjährlichen und jährlichen, die etwa unserer Versetzung entsprechen. Der junge, 21 Jahre alte Ingenieur hat daher seine Erziehung größtenteils in der Praxis zu vervollständigen. Die Industrie erhält nicht diese regelmäßige Zufuhr von methodisch weitgehend in die Behandlung technischer Probleme einexerzierten Arbeitskräften, ein z. B. für die mehr auf wissenschaftlichen Grundlagen arbeitende Elektroindustrie besonders fühlbarer Nachteil. Das mangelhafte Interesse, das man den Erziehungseinrichtungen entgegenbrachte, hat der Industrie mindestens in gleichem Maß in anderer Hinsicht geschadet. Unsere Hochschulen sind gleichzeitig Forschungsinstitute, und hierauf ist gerade die Elektroindustrie mehr angewiesen als andere. Man findet auch nicht diesen Austausch hervorragender Ingenieure, wie er in Deutschland zwischen Schule und Industrie nicht selten ist. Der höhere Stand der Schulen ist nicht unwesentlich für die überlegene Entwicklung der deutschen Elektroindustrie gewesen.

Die jetzige liberale Regierung beabsichtigt nach dem Plane Lord Haldanes, der nebenbei bemerkt der Justizminister ist, das gesamte Schulwesen von der Volksschule bis zur Universität zu reorganisieren und zu vereinheitlichen, und wird diese Aufgabe wahrscheinlich durchführen. Bemerkenswert ist aber das Ergebnis der Verhandlungen der Institution of Civil Engineers (1911) über Ingenieurerziehung. Sie hieß insbesondere eine humanistische Schulbildung gut und erklärte einen akademischen Ingenieurgrad für unnötig, sanktionierte also die vorhandenen ungeordneten Verhältnisse.

Anzuerkennen ist jedoch eine englische Einrichtung, nämlich die Abendschulen, die eine gute Möglichkeit zur Ausbildung geben und für die unsrigen mehrfach vorbildlich gewesen sind. Sie dienen denen, die bereits einen Beruf ausüben, und ermöglichen es ihnen, sich im Laufe der Jahre eine abgerundete technische Erziehung anzueignen. Vor allem dienen sie der Fortbildung der Arbeiter, von denen sie hunderte und manchmal tausende zu ihren Schülern zählen. So wies das Glasgow and West of Scotland Technical College 1906 gegenüber 530 Tagesschülern 4490 Abendschüler auf. Überhaupt ist es bei den unteren und mittleren Schulen einer der grundlegenden Unterschiede, daß in England vorzugsweise Angehörige der Arbeiterklasse zu Werkmeistern und Werkstattechnikern herangezogen werden, bei uns aber Angehörige des Mittelstandes zu Beamten und Sachverständigen. Dement-

sprechend sind unsere Schulen mehr zentral gelegene Fachschulen, die englischen mehr allgemein und zerstreut.

In diesem Zusammenhang ist noch die praktische Ausbildung in der Werkstatt zu erwähnen, die in England nicht so unumgänglich ist wie bei uns, bei denen, die sie genießen, in der Regel aber länger dauert als in Deutschland. Sie ist differenzierter als bei uns. Außer den Volontären hat man noch zwei Gruppen von Lehrlingen, eine aus künftigen Ingenieuren, die andere aus künftigen Arbeitern bestehend. Die letzteren treten im Alter von 14 bis 16 Jahren ein und sind mit 21 Jahren fertig. Sie sind während dieser Zeit in nicht so vielen Werkstätten tätig wie die Ingenieurlehrlinge, die zwei bis fünf Jahre arbeiten. Die praktische Ausbildung der Ingenieure geschieht vorzugsweise nach Absolvierung der technischen Schule oder zwischen den Schuljahren; dies letztere, das Sandwichsystem, wird besonders in Schottland bevorzugt. Die praktische Tätigkeit als Volontär dauert vielfach ebenso lange wie die als Lehrling; im Durchschnitt erfordert sie zwei bis drei Jahre, d. h. weit mehr Zeit als bei uns. Dabei ist sie auch noch sehr teuer und kostet bei guten Firmen vielfach 2000 M im Jahr. Nur manchmal wird ein Teil der Summe in Lohn zurückgezahlt. Dies ist eine kleinliche und auch unkluge Politik der Fabrikanten, die selbst ein Interesse an gediegener Vorbildung der technischen Beamten haben. Die Folge ist bei manchen, daß sie auf eine praktische Ausbildung verzichten; andere behelfen sich z. B. mit der billigeren, aber gänzlich einseitigen praktischen Tätigkeit bei Elektrizitätswerken. Neuerdings geht man aber bei den besten Firmen dazu über, die praktische Ausbildung kostenlos zu machen, aber nur die tüchtigsten Bewerber anzunehmen. Einzelne Firmen betrachten ihre Volontäre, wie bemerkt, nach Beendigung der Ausbildung als Ingenieure und beschäftigen sie als solche, ein Brauch, der nicht mehr lange vorhalten dürfte.

Kapital und Industrie in England.

Zweifelsohne ist der nationale Reichtum Englands, wenn nicht absolut, so doch relativ, größer als unserer, der erst in den letzten vierzig Jahren rascher gewachsen ist. So teilen insbesondere Frankreich und England sich darin, die Kapitalansprüche des Weltmarktes zu befriedigen. England hat dabei aber vor Frankreich wie vor allen anderen Ländern voraus, daß seine Handelsbeziehungen alle Länder der Erde umfassen. Es eignete sich daher mehr als ein anderes Zentrum dazu, das Clearinghouse des Geldmarktes zu werden, eine Stellung, die es sich in der Tat errang und die ihm Einfluß und gute Verdienstmöglichkeiten schaffte. London ist der Sitz von 42 ausländischen Banken.

Das Ergebnis ist vor allem ein niedriger Zinsfuß. Er betrug von 1845 bis 1900 im Durchschnitt 3,12 vH. Das ist nicht unwesentlich weniger als bei uns, wie auch aus der folgenden Zusammenstellung hervorgeht.

Durchschnittliche Diskontsätze in vH.

	Deutsche Reichsbank	Bank of England	Banque de France
1908	4,76	3,01	3,04
1909	3,93	3,10	3,00
1910	4,35	3,72	3,00
1911	4,40	3,47	3,14
1912	4,95	3,77	3,38
1913	5,50	4,50	4,00

Trotzdem befindet sich die englische Industrie in einer keineswegs beneidenswerten Lage, wenn es sich um die Aufbringung von Kapital handelt. Es fehlt der bei uns so enge Zusammenhang zwischen Banken und Industrie, und der Grund hierzu liegt in der ganz anders gearteten Entwicklung des englischen Bankwesens.

Obschon die Bank of England die älteste der bestehenden europäischen Banken ist, hinkt das englische Bankwesen doch dem des Festlandes nach. Es entwickelte sich eigentlich erst, als sich Charles I. die Depositen der Londoner Kaufleute in der königlichen Münze anzueignen versuchte und damit das Vertrauen zu Staatsdepositen verschwand. 1694 kam es dann zur Gründung der Bank of England, die vor allem 1709 ein Verbot der Notenbanken-Aktiengesellschaften durchsetzte. Dadurch machte man starke Banken, abgesehen von der privilegierten, unmöglich, während anderseits jeder Krämer zur Notenausgabe berechtigt war. So gab es 1793 400 derartiger Zwergbanken. Man sah dann aber mehr und mehr ein, wie das Monopol der Bank of England den Geldmarkt schädigte; insbesondere, die Krise von 1825 veranlaßte, daß man auch größeren Gesellschaften, soweit sie nicht in oder unmittelbar bei London ihren Sitz hatten, die Ausgabe von Noten gestattete. 1839 gab es dann bereits 72 Aktienbanken. Aber auch jetzt war die Entwicklung noch gehemmt durch die gesetzliche Bestimmung, die die Aktionäre solcher Banken solidarisch haften ließ. Die Folge war, daß reiche Leute die Geldanlage in Bankunternehmungen zu gefährlich fanden, daß das Kapital in nicht sehr starken Kreisen aufzubringen war und daß daher alle Banken mit nicht sehr großem eigenem Kapital arbeiteten, eine Erscheinung, die noch heute, wo die Bestimmung nicht mehr besteht, bemerkenswert ist und insbesondere für die Beziehungen zur Industrie sehr wichtig wurde.

Die Entwicklung führte dahin, daß heute die Bank of England praktisch die einzige Notenbank ist. Sie ist gleichzeitig im wesentlichen die Depositenbank für alle anderen Banken, die ihrerseits nur geringe Barvorräte halten. Die ganze Bardeckung der englischen privaten Depositen beruht daher im Grunde in dem Goldvorrat der Bank of England. Dieser beträgt aber nur etwa 3 vH der gesamten Depositen bei englischen Banken, oft weniger als die Depositen der Banken bei ihr. Hierzu kommt noch die Wirkung der Peelschen Bankakte (1844), die die Notenausgabe der Bank of England in ein starres Verhältnis zu ihrem Goldvorrate bringt. In kritischen Zeiten wird dadurch eine vermehrte Notenausgabe unmöglich, und es ist mehrfach notwendig geworden, das Gesetz außer Kraft zu setzen, nur um einem völligen Zusammenbruch auf dem Geldmarkte zu begegnen. Die Bank of England ist im übrigen zwar privilegiert, insbesondere dadurch, daß bei ihr die Kapitalien der Regierung deponiert werden, sonst aber, noch mehr als unsere Reichsbank, eine reine Privatbank, die jährlich etwa 10 vH Dividende verteilt.

Sie beherrscht den Geldmarkt nicht mehr, wenn sie auch zeitweise in der Lage ist, den Diskont zu bestimmen. Im allgemeinen sind hier die Londoner Großbanken maßgebend. Bei diesen ist das bemerkenswerteste der verhältnismäßig hohe Betrag von Depositen, der mit der vorzüglichen Durchführung des Scheckverkehres zusammenhängt, die es jedem, auch dem Privatmann, angenehm macht, Barbeträge bei seiner Bank zu

deponieren. Die Depositen bei den englischen Aktienbanken beliefen sich 1912 auf über 20 Milliarden M, die der deutschen Banken 1913 auf nur 8 Milliarden M. Diese Konzentrierung der flüssigen Mittel bei den Banken ist eine an und für sich sehr günstige Tatsache, sie hält den Diskont niedrig. In England findet sich daneben aber leider die schon erwähnte Tatsache, daß die Banken nur über wenig eigenes Kapital verfügen. 1912 betrug das eingezahlte Aktienkapital der Banken nur 1,6 Milliarden M gleich 7,8 vH der Depositen, in Deutschland dagegen neben hohen Reserven 2,7 Milliarden M gleich 34 vH der Depositen.

Die Folge ist nicht nur, daß die englischen Banken ihre Gelder kurzfristig anlegen müssen, sondern auch, daß sie nicht in dem Maße wie bei uns genötigt sind, Gewinnen nachzujagen und dadurch auf Unternehmungen anregend zu wirken. Beispielsweise hat die London County and Westminster Bank 1913 bei einem Aktienkapitale von 71 Millionen M, auf das sie jährlich 20 vH Dividenden verteilt, Depositen im Betrage von 1,67 Milliarden M. Man erhält in England auf Depositen teils keine, teils nur geringe Zinsen. Gelingt es also der Bank, aus den Einlagen nur 1 vH Reingewinn herauszuwirtschaften, so entspricht dies schon einer Dividende von 23 vH. Warum soll sie sich unter diesen Umständen auf Unternehmungen einlassen? Man begnügt sich vorwiegend mit dem Ankauf erstklassiger Wechsel und mit kurzfristigen Darlehen an Vermittler. Selbst der Grundbesitz ist keine in dem Maße wie bei uns ausgenutzte Sicherheit. Manchmal kommt es sogar vor, daß die Banken ihr Kapital zum Teil brach liegen lassen. In der Tat ist in England die Gewährung von Krediten im Kontokorrentverkehr nicht entfernt so ausgebildet wie bei uns. Auch die Privatbanken und Kreditanstalten beschränken sich heute meist auf die alltäglichen, kurzfristigen Geschäfte. Früher war es anders und der Bankier auch hier mehr der Berater der Industriellen, aber die 1850 einsetzende Konzentrationsbewegung im englischen Bankwesen hat die Verhältnisse sehr verändert und verschlechtert. Während in Deutschland die Banken industriellen Unternehmungen oft ganz wesentliche Kredite geben und sie manchmal jahrelang finanzieren, muß sich in England der Kapitalsuchende an den offenen Markt wenden, d. h. Beträge aufnehmen, die er bei heruntergehender Wirtschaftslage nicht so leicht zurückzahlen kann wie einen Vorschuß seines Bankiers. Oft vereitelt diese Schwierigkeit Geschäfte, deren Umfang zumal bei der in England und im Überseegeschäfte häufigen Zahlung nach Vollendung der Werke größere Kapitalbeträge verlangt. Die Notwendigkeit, in solchen Fällen zur Herbeischaffung der Mittel sein Kapital dauernd zu erhöhen, läßt den vorsichtigen Fabrikanten oft lieber auf ein Geschäft verzichten. So fiel z. B. auch das Riesenobjekt der Victoria Falls Power Co. an die AEG, obwohl das Wagnis doch von englischen Finanzleuten getragen wurde. Aber hierbei handelt es sich noch um die mehr alltäglichen Bedürfnisse, wo nur der Kapitalsuchende leidet; noch bedenklicher ist die Notwendigkeit, sich unmittelbar an den Kapitalmarkt wenden zu müssen, bei Neuemissionen, bei der Gründung. Bei uns geschieht dies fast ausnahmslos durch die Banken, die ja in erster Linie Emissionsbanken sind. Sie haften mit ihrem Namen für die Güte der herausgebrachten Werte; sie prüfen sie daher im allgemeinen sehr kritisch, bringen sie vor allem in der richtigen Weise und im richtigen Augenblicke heraus.

Der Wunsch nach Emissionsgewinn und nach der mit der Emission meist zusammenhängenden Verbindung mit der Industrie läßt sie oft das Unternehmergeschäft selbst einleiten, wie bei der Deutsch-Überseeischen Elektrizitätsgesellschaft, der Bagdadbahn und anderen Gründungen der Deutschen Bank. In England dagegen muß sich der kapitalbedürftige Unternehmer an das Publikum wenden, entweder unmittelbar oder durch einen Promotor. Die großen Banken emittieren nicht, und die in einem beschränkten Maßstabe tätigen Privatbanken und Investierungsgesellschaften sind mehr Unternehmer. Dem Publikum, auf das allein man also angewiesen ist, und das in der Regel nur örtliches Interesse hat, hat man entweder große Gewinnmöglichkeiten oder bei Obligationen hohe Erträgnisse zu bieten. So zahlt die erfolgreichste englische Elektrizitätsgesellschaft ihren Obligationären 6 vH Zinsen. In jedem Fall ist auch die Kapitalbeschaffung erheblich teurer als bei uns, trotz der größeren Aufnahmefähigkeit des Marktes und trotz der niedrigeren Zinssätze. Eine Begleiterscheinung ist die häufige Verwässerung des Kapitales. Man gibt Vorzugaktien aus und behält einen Betrag gewöhnlicher Aktien, denen wahre Werte nicht gegenüberstehen, sondern Goodwill, ein Bilanzposten, den wir bei sehr vielen und großen Gesellschaften finden, die Dividenden verteilen, obwohl dieser Posten keinen reellen Wert darstellt. Vielfach werden naturgemäß die Erwartungen des Publikums enttäuscht, und Mißtrauen gegenüber einer ganzen Industriegruppe ist oft das Ergebnis.

Auf diese Weise erhält die Industrie ihr Geld nicht nur teuer, sie erhält es vor allem oft garnicht. Der große Erfolg unserer deutschen Elektroindustrie beruht in ganz wesentlichem Maß auf der vorzüglichen Verbindung, die ihre Führer mit den Banken und dadurch mit dem Geldmarkte hergestellt haben. Man kam dadurch in die Lage, das Unternehmergeschäft zu betreiben, eine Absicht, die dem Schöpfer der AEG schon bei der Gründung vorschwebte und vorschweben konnte und die allein es dieser Gesellschaft ermöglichte, an ihre damals weit überlegenen Mitbewerber heranzukommen. Derartiges ist in England nicht möglich. Eine Beteiligung der Elektrizitätsgesellschaften bei Betriebsunternehmen findet sich nur in bescheidenem Umfang aus dem Grunde, weil die Elektrizitätsindustrie beim Publikum kein Vertrauen genießt und sich die Banken ihrer nicht annehmen. Zur Gründung der Elektrobanken, dieser an Banken angelehnten, aber von der Industrie gehandhabten, der Kapitalbeschaffung dienenden Organe, ist es daher kaum gekommen, und die wenigen derartigen Gründungen, die wieder einen zu isolierten Charakter tragen, sind zunächst für das Publikum und damit dann auch für die Industrie ohne Erfolg geblieben.

Die Nachteile dieser mangelhaften Beziehungen zwischen Banken und Industrie gehen aber noch weiter. Bei uns sind die Banken in den industriellen Gesellschaften die Vertreter der Aktionäre; sie nehmen deren Interessen mehr oder minder uneigennützig wahr und sind hierzu insbesondere durch die weite Verzweigung ihrer Verbindungen in der Lage. Es gibt Berliner Großbanken, die in den Aufsichtsräten von mehreren hundert Unternehmungen sitzen. Anderseits ist die Industrie überall im Aufsichtsrate der Großbanken vertreten. Auf diese Weise werden auch Konkurrenzunternehmungen einander näher gebracht. Es sei nur an die Annäherung der Bergmann-Elektrizitäts-Werke an die Siemensgruppe erinnert, die gewaltsam

durch die Banken geschah, die weitere Vorschüsse verweigerten und damit meines Erachtens den Aktionären beider Unternehmungen, jedenfalls aber der Elektroindustrie gedient haben. Ähnliches zeigte sich bei den früheren Fusionen der Elektroindustrie. In England fehlt dieser Einfluß großenteils. Wäre er vorhanden gewesen, so hätte er jedenfalls zumal der Elektroindustrie gute Dienste leisten können. So bleibt es meist bei dem Einfluß einzelner Großaktionäre, Vorbesitzer usw., die ihre Unabhängigkeit der Konsolidierung ihrer Unternehmungen und der Industrie vorziehen, was begreiflich, aber nicht zweckmäßig ist. Die Konzentrationsbewegung hat sich in England ganz allgemein nur wenig bemerkbar gemacht, eigentlich nur bei den Banken selbst, und ganz neuerdings bei den Verkehrsunternehmungen. Bei den Banken hat sich insbesondere eine Konzentration in London gezeigt. 44 Aktienbanken verfügten 1912 über 5483 Zweigstellen, die sich über das ganze Land verteilen.

Jedenfalls hätte zumal die englische Elektroindustrie, hätte sie einen ähnlich organisierten Kapitalmarkt hinter sich gehabt wie die deutsche, zu ganz anderen Ergebnissen kommen können, als sie heute aufweist.

In England hält man übrigens das deutsche Banksystem nicht für hinreichend sicher. Man übersieht dabei allerdings, daß die deutschen Gesetze in einem gewissen Grade das Publikum besser beschützen. Ich bemerke noch, daß diese Ausführungen wesentlich für England im engeren Sinne gelten. In Schottland sind die Verhältnisse etwas anders, mehr den deutschen angenähert, insbesondere ist der Kredit gegen Bürgschaft besser entwickelt.

Ich gebe schließlich noch eine Zusammenstellung, die die Inanspruchnahme des englischen Kapitalmarktes in den letzten zehn Jahren zeigt.

Emissionen in Millionen M.

Jahr	insgesamt	Elektroindustrie usw. nominell
1903	2210	155
1904	2520	95
1905	3400	193
1906	2450	191
1907	2520	96
1908	3930	54
1909	3720	75
1910	5460	150
1911	3920	93
1912	4300	198
1913	4010	141

In Deutschland wurden von 1900 bis 1903 durchschnittlich für 1700 Millionen M Werte ausgegeben, von denen 26,9 vH als Industriewerte bezeichnet werden können. In England war die Industrie im Mittel der letzten beiden Jahre mit 53 vH beteiligt.

WELTNACHRICHTENDIENST UND DEUTSCHES WIRTSCHAFTSINTERESSE.

Von Dr. FRITZ WERTHEIMER, Berlin.

Die Beziehungen des deutschen Wirtschaftslebens zu fremden Ländern, insbesondere nach Übersee, haben sich seit der Reichsgründung in so gewaltigem Maß entwickelt, daß Maßnahmen rein praktischer Natur, wie Vergrößerung der einschlägigen Industrie-Unternehmungen, Errichtung von Handelsvertretungen, Vergrößerung des Schiffsbestandes und Ähnliches, stets im Vordergrunde stehen mußten, daß alle Hände und alle Köpfe vollauf beschäftigt waren. Wir sind infolge einer weitausschauenden Sozialpolitik zu Besitzern einer großen, geschulten, trotz aller Unzufriedenheiten im einzelnen in ihrer Lebensstellung gesicherten Arbeiterschaft geworden, und das hat im Bunde mit einer unmittelbaren und erfolgreichen Wechselbeziehung zwischen Industrie, Technik und wissenschaftlicher Forschung den deutschen Wettbewerb auf dem Weltmarkte groß und gefürchtet gemacht. Diese Rüstung wird uns nun von den verschiedensten Mitbewerbern nachgemacht. Wir führen heute nicht mehr in der Sozialpolitik, wenn auch vielleicht der soziale Gedanke bei uns am tiefsten ist und schon durch diese Tatsache ein Stillstand unserer Sozialpolitik als ausgeschlossen erscheint. Unsere Methoden der unmittelbaren praktischen Übertragung wissenschaftlicher Forschungserkenntnisse auf die industrielle Tätigkeit werden nachgeahmt und können es sehr leicht gerade in reichen Ländern werden, wo unbeschränkte Mittel zugebote stehen. Es gibt keinen Stillstand auf diesem Gebiete. Der Deutsche Werkbund mit seiner ewig aufpeitschenden Mahnung zur Verbesserung der Qualitätsleistungen in Handwerk und Industrie und die Kaiser Wilhelm-Gesellschaft zur Anspornung des wissenschaftlichen Forschergeistes, den keine materiellen und keine Lehrsorgen bedrücken, dessen Erfolge aus den Laboratorien und stillen Gelehrtenstuben heraus aber in Energie und Leistungsvermehrung unserer Wirtschaftsbetriebe umgesetzt werden sollen — diese beiden Einrichtungen mögen an Stelle von sehr vielen hier genannt werden, um zu zeigen, daß wir darangehen, die Erfolge einer bald fünfzigjährigen Wirtschaftsentwicklung zu sichern und zu vertiefen. Die Grundlagen müssen verbreitert und verstärkt werden, wenn das Haus immer neue Aufbauten zu tragen hat.

Eines der Fundamente, wenn ihm auch mit Zahlen und Tatsachen nicht beizukommen ist, ist die Stimmung und öffentliche Meinung der Welt, im besonderen derjenigen Völker, die als Lieferer unserer Rohstoffe und als Abnehmer unserer Fertigwaren in Betracht kommen. Das ist ein schwankender, nebelhafter Begriff, etwas so Dehnbares und an sich Unklares, Unbegrenzbares, daß alle Versuche zur Definition, zur begrifflichen Begrenzung scheitern, daß man Mühe haben dürfte, es dem zu erklären, der es nicht instinktiv begreift oder der nicht einmal am eigenen Leibe den Schaden des Mißtrauens der Völker erfahren hat. Zu- und Abneigung der Völker sind Kräfte, die man nicht rechnerisch in die Kalkulation einbeziehen kann, die man aber trotzdem nicht außer acht lassen darf. Wenn z. B. bei

dem jüngsten Volturno-Schiffsunglück der englischen Meldung gegenüber, daß englische Offiziere sich tadellos, belgische und deutsche Mannschaften dagegen elend benommen hätten, der belgische Konsul sofort zu Beginn der Untersuchung des Falles in London erschien, um öffentlich festzustellen, daß gar keine Belgier auf dem Schiffe gearbeitet hätten, während sich der deutsche Konsul um die Angelegenheit überhaupt nicht kümmerte, so ist das ein Beispiel und Gegenbeispiel von dem Verständnis für die Imponderabilien der Stimmung und der öffentlichen Meinung.

Es mag sich geschichtlich erklären lassen, daß andere Völker uns im Erfassen und Ausnutzen derartiger psychologischer Dinge voraus sind. Die Engländer haben als seefahrendes Weltvolk seit Jahrhunderten die Meere beherrscht und sind in engste Berührung mit Völkern alter Kultur, aber geringer technischer Entwicklung gekommen, ebenso wie mit Völkern primitivster Verfassung. Der Aufbau eines Weltreiches auf dem Grund eines so kleinen insularen Mutterlandes erforderte eine scharfe Erkundung der Seele dieser Völker, eine strenge Scheidung auch in der Entwicklung ihres Wirtschaftslebens und in dem, was man ihnen von den Weltgeschehnissen sagen und übermitteln durfte, eine Überwachung des Nachrichtenwesens nach und von diesen Ländern. Die Engländer haben es glänzend verstanden, in allen Ländern, die ihnen nicht gehören, den Ruhm Englands als eines liberalen freiheitlicher Völkerentwicklung freundlich gesinnten großen Bruders zu künden, ohne daß die von ihnen beherrschten Staaten den praktischen Segen dieses theoretischen Wohlwollens erfahren hätten. Die Geschichte Amerikas ist von Angehörigen so vieler verschiedener Rassen und Völker gemacht worden, daß ein gewisser kosmopolitischer Zug darin, ein Hinwegsetzen über enge Landesgrenzen, verständlich ist. Auch Frankreichs Geschichte führte die Franzosen über das ganze Festland und lehrte sie Land und Leute kennen, verwies sie schließlich nach dem Aufhören der Träume von der völligen Beherrschung des Kontinents zu dem mehr gedankenmäßigen Weltreiche Frankreichs in kultureller und geistiger Beziehung. Alle diese Nationen verstanden es, sich gewissermaßen selbst zum Mittelpunkt des Weltgeschehens zu machen, so wie einst die altchinesische Staatstheorie nur das Reich der Mitte und Peking als den Sitz des Himmelssohnes kannte, neben dem es nur noch tributpflichtige und minder wichtige Nationen gab. Der Geist der Deutschen war von jeher etwas weniger hochfliegend, und als nach Jahrhunderten der Zerrissenheit, der Bedrückung und des Darniederliegens das einige Deutschland in die Periode des Aufblühens und der wirtschaftlichen Erstarkung kam, da waren wohl die Freude am materiellen Gewinn und Genießen und die Arbeit, das wirtschaftlich bisher Versäumte nachzuholen, so groß, daß man es verstehen kann, wenn darüber die Welt und die künftige Pflege des deutschen Gedankens darin einigermaßen vergessen wurde. Nun aber sind wir plötzlich, und ohne daß es der Nation als solcher so recht zum Bewußtsein kam, mitten drin im Welthandel und in der Weltpolitik und müssen erkennen, daß es uns zwar nicht an geschäftlicher Tüchtigkeit, wohl aber an organisatorischer Vorarbeit fehlt und daß infolge dieses Mangels trotz der Güte unserer Waren und der Ehrlichkeit und des Fleißes unserer Kaufleute uns Widerstände erwachsen, die wir uns zunächst nicht erklären können. Und

da kommen wir nun als gute Deutsche, denen doch eine solche Kraft zum eigenen Arbeiten, ein solches Selbstvertrauen in diese Kraft und eine solche Stärke innewohnt, in denen aber auch ein so unbegrenztes Vertrauen zum Staat und eine solche durch unsere Sozialpolitik und anderes bestimmte Abhängigkeit von der Staatskrippe liegt, zu dem allgemeinen Rufe nach dem Staat, dem Reich, als dem schuldigen Teil, und daraus entspringen neben vielen berechtigten und an sich auch wieder verständlichen Klagen über Diplomatie und Konsulatsvertretungen im Auslande jene unberechtigten Klagen und Angriffe, unberechtigt deshalb, weil das, was man verlangt, garnicht Aufgabe des Staates, sondern Pflicht der Selbsthülfe und der Organisation und Erziehung des Volkes dazu ist. Wohl hat die amerikanische Regierung den Chinesen jene 12 Millionen jährlicher Schuld aus der Boxer-Entschädigung erlassen gegen die Verpflichtung, jährlich ein paar hundert chinesischer Schüler auf amerikanische technische Schulen zu entsenden, und wohl stellt das eine großzügige staatliche Maßregel zur Gewinnung der Sympathie eines Volkes dar, aber das Geschenk einer viele Millionen reichen englischen Universität für Chinesen in Hongkong und die British Engineers' Association, der Dienst von Reuters und der Agence Havas-Depeschen-Agenturen, das sind kraftvolle Äußerungen der Selbsthülfe und der privaten Initiative von Kaufleuten und Industriellen, die dann der Staat wohl fördern und unterstützen kann, die aber vorhanden und ausgebaut sein müssen, ehe er das tut.

Eine solche Selbsthülfe tut uns not im Nachrichtenwesen.

Das Nachrichtenwesen als friedliches Mittel der Weltpolitik ist im Frieden nichts anderes als die Militärmacht im Kriege. Die Militärmacht dient dazu, im entscheidenden Augenblick irgend jemandem den Willen einer Nation aufzuzwingen, sie dient auch dazu, allein durch ihr Vorhandensein andere von einem bewaffneten Angriff und von dieser Aufzwingung des Willens abzuschrecken. Beim Nachrichtendienst kann es sich um ein Aufzwingen des Willens und um eine gewaltsame Überzeugung nicht handeln, sondern nur um ein Durchdringen des fremden Gebietes mit den Nachrichten vom Wollen und Können einer Nation. Voraussetzung dabei ist, daß der Nachrichtendienst nationale Tendenzen verfolgt, und das wird man bei allen bekannten Organisationen ohne weiteres anzunehmen haben. Die Zeitungen als die einen Träger des Nachrichtendienstes haben ohne alle Ausnahme, selbst die wildesten Sensationsblätter einbegriffen, eine gewisse nationale Tendenz, und gerade die Sensationsblätter manchmal deshalb um so stärker, weil sie damit in unserer Zeit einer starken imperialistisch-nationalen Strömung geschäftliche Erfolge erzielen mögen. Die Depeschen- und Nachrichten-Agenturen als zweite Träger des Nachrichtenwesens sind entweder unmittelbare Staatsbetriebe, wie das K. K. Telegraphen-Korrespondenz-Bureau in Wien, die Petersburger Telegraphen-Agentur und das Ungarische Korrespondenz-Bureau in Budapest, oder sie sind als Aktiengesellschaften in lebhafter Verbindung mit den Regierungen und arbeiten stark in nationalem Sinn. Es braucht nur an die Erfahrungen des letzten Balkankrieges mit der Agence Roumaine, der Agence Bulgare, der Agence Serbe, der Agence d'Athènes und der Agence Ottomane erinnert zu wer-

den, man braucht nur auf Reuter, die Associated Press und die Agence Havas hinzuweisen. Der eben gebrauchte Vergleich des Nachrichtenwesens als eines friedlichen Mittels, dem das kriegerische Mittel der Militärmacht entspreche, ist insofern zu erweitern, als das Nachrichtenwesen nicht nur dazu dient, den eigenen nationalen Willen im Auslande kundzutun, sondern auch dazu, das Inland mit allen möglichen im Interesse des nationalen Willens nötigen und wissenswerten Nachrichten aus dem Auslande zu versorgen. Während also bei friedlichen Völkern die Heeresrüstung nur eine Verteidigungsmaßregel darstellt und die Ausgaben dafür gewissermaßen als eine Versicherungsprämie des ganzen Volkes auf den Weltfrieden getragen werden und ertragen werden können, ist der Ausbau des Nachrichtenwesens eine um vieles aktivere Maßnahme, nicht nur der Abwehr, sondern auch des Vordringens und der immer mehr zu steigernden Weltgeltung. Das ist nicht so zu denken, daß das Nachrichtenwesen nun immer mit stark nationalem Geräusch zu arbeiten hätte oder gar mit national gefärbtem Material kommen dürfte. Bei der gegenseitigen Überwachung der verschiedenen konkurrierenden Nachrichtenstellen und der wirksam ausgebauten Nachrichtenwaffe auch aller anderen Staaten wäre das sogar der schlimmste aller Fehler. Das Wesentliche ist immer nur die nationale Grundtendenz und die Versorgung der in Betracht kommenden Länder mit rein sachlichen Nachrichten über staatliche und kulturelle, wissenschaftliche und technische, sowie Handels- und Industrie-Entwicklungen eines Landes.

Ich spreche zuerst von dem einen Träger des Nachrichtenwesens, den Zeitungen, die ja ohne die Depeschen-Agenturen heute nicht mehr denkbar sind, die aber auch eigene Aufgaben zu erfüllen haben. Der Vertreter einer großen Zeitung im Ausland ist nicht nur diejenige Stelle, an der sich die Nachrichten dieses Landes sammeln, um in kritischer Bearbeitung nach der Heimat weitergegeben zu werden, er ist auch ein nicht diplomatischer Gesandter, der zwar keine eigenen Nachrichten aus der Heimat empfängt, aber doch als Angehöriger der fremden Nation in dem Lande, in dem er lebt, eine besondere Einwirkung auf die öffentliche Meinung durch Informierung und Orientierung der fremden Presse und Journalisten ausübt. Je entfernter das Arbeitsgebiet des Journalisten von der Heimat liegt, je geringer der persönliche Austausch von Menschen und Waren wirkt, desto größer ist die Aufgabe. Ein praktischer Fall! Der deutsche Zeitungsvertreter in London und Paris ist weit mehr Nachrichtenempfänger und Verarbeiter, als er nationale Wirkungen ausüben kann. Dazu sind die europäischen Entfernungen zu gering, ist der Austausch der Geschäftsleute und Gelehrten, der Geschäfts- und Vergnügungsreisenden zu groß. Schon auf dem Balkan verschiebt sich das Bild, und es braucht nur an die besondere Rolle erinnert zu werden, die der Vertreter der Frankfurter Zeitung seit langen Jahren in Konstantinopel spielt, um klar zu machen, was hier gemeint ist. Freilich gehört zu diesem Beruf Kenntnis der politischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten in der eigenen Heimat und Kenntnis des fremden Landes, und es wachsen die Pflichten und Aufgaben, je weniger erschlossen das fremde Land ist, je geringer die Bedürfnisse seiner Bewohner sind. Nehmen wir das Land, dessen künftige Entwicklung heute im Vordergrunde des Interesses steht: China! Seit vielen Jahren hatte dort ein Weltblatt wie die Times ihren

eigenen Vertreter, und als die politischen Dinge kritisch zu werden begannen, kamen englische, französische und amerikanische, ja auch russische Pressevertreter auf längere oder kürzere Zeit nach Peking. Aber keine einzige der wirklich großen politischen deutschen Zeitungen hat dort einen Vertreter, der nichts als Journalist ist und ausschließlich nur seine Zeitung vertritt, und die Zeitung, die wirklich vertreten ist, der Lokal-Anzeiger, empfängt nur briefliche, keine telegraphischen Berichte und drückt bei der Größe der Entfernung und der Schnelligkeit der sich überstürzenden Ereignisse dadurch ihren eigenen Vertreter in seinem Ansehen und seiner Machtfülle herab. Der Times-Vertreter, Dr. Morrison, der freilich eine geistvolle und diplomatisch geschickte Persönlichkeit war, gewann im engen und begrenzten Rahmen der Pekinger öffentlichen Geschehnisse ein dauerndes Übergewicht und beeinflußte politisch und wirtschaftlich stark die chinesischen Ansichten über die Politik der Großmächte in der Welt und insbesondere gegenüber China, ihn setzten reiche Mittel in den Stand, zu repräsentieren und sich dadurch Menschen zu verpflichten und zu gewinnen, zu reisen und ein Kenner des Landes zu werden. Er bedeutete nicht nur in Peking mehr als der wirkliche diplomatische Vertreter Englands in China, weil er die stärkere Persönlichkeit war, sondern weil er als unbeamteter Mann freier, sein Wirkungsfeld breiter, sein Einfluß damit weit größer war. Freilich spielt hier eine Rolle, daß das englische Parteileben beim Zwei-Parteien-System weniger zerrissen ist und daß in der auswärtigen Politik eine Geschlossenheit herrscht, die es ermöglicht, daß auch unter einem liberalen Kabinett die konservative Times ein Regierungsblatt in der auswärtigen Politik sein und bleiben kann. Es ist für deutsche Verhältnisse schwer denkbar, daß etwa ein deutscher Zeitungsvertreter im Auslande finanziell von der Regierung seiner Heimat unterstützt würde, weil das im Parteikampf auch in der inneren Politik zuungunsten der Zeitung und damit der Partei verwendet würde. Mit dieser Unmöglichkeit fällt aber für die finanziell nicht gar so gut gestellten deutschen Zeitungen die Möglichkeit weg, Vertreter gerade an den in der Repräsentation und anderen Dingen kostspieligen Orten wie Peking, Tokio usw. zu unterhalten, wo es für den Journalisten die größten Aufgaben der Aufklärung des fremden wie des eigenen Landes gibt. Vertreter aber, die nicht in der Heimat den Rückhalt eines großen Blattes haben, üben keine Wirkung aus. Und so bleiben wir an wichtigen Plätzen wie Peking unvertreten, und die Chinesen empfangen ihre Beeinflussungen von englischen Journalisten und geben ihre Nachrichten an englische Herren, weil sie auf diese Weise in England sagen können, was sie zu sagen haben, weil sie aber auch erfahrungsgemäß wissen, daß die deutsche öffentliche Meinung in Ermangelung der eigenen Nachrichten aus China einfach ihre Vertreter in London anweist, das englische Zeitungsmaterial auch auf die chinesischen Dinge hin durchzusehen und entsprechend zu berichten. Wenn aber nun der englische Korrespondent in Peking ganz unbewußt die nationale Tendenz, von der wir oben sprachen, in die Nachrichten verwebte, und der deutsche Vertreter in London das bei der Unkenntnis des chinesischen Reiches und seiner Eigenheiten garnicht merken kann, so lesen wir in den deutschen Zeitungen Nachrichten aus China durch die englische Brille und trüben unser eigenes Urteil. Die Chinesen wiederum halten es für unnötig, sich

an Deutschland zu wenden, da dieses kleine Land ja doch von England nachrichtlich versorgt wird und gewinnen keinen rechten Begriff von der deutschen Stellung zu ihnen, weil der deutsche Journalist als lebendige Verbindung mit den chinesischen Kollegen fehlt. Am wesentlichsten leidet die deutsche Öffentlichkeit. Es fehlt an genügender eigener Nachrichtenübermittlung aus dem fremden Lande, und damit unterbleibt die Erziehung der deutschen Leser zur Erkenntnis der nationalen Aufgaben in dieser großen Sphäre, unterbleibt der ständige, oft nur ganz kurze Hinweis auf ganz bestimmte Vorgänge, die ihre Eigenheiten haben und von hier aus garnicht kritisch gewürdigt werden können. Da aber Zeitungen keine rein ideellen, sondern Geschäftsunternehmungen sind, so berufen sie sich wieder auf das mangelnde Interesse der deutschen Öffentlichkeit, das die kostspielige Unterhaltung einer eigenen Vertretung in Peking oder sonstwo nicht rechtfertige. Auf diese Weise bleibt alles beim Alten, und es wird durch das System der Entsendung von Spezialkorrespondenten nach entfernter liegenden Ländern oder zum Schauplatz augenblicklich die Welt interessierender Kämpfe zwar zur Orientierung des Leserkreises und seiner Erziehung sehr viel getan, bei der Kürze der Zeit zu derartigen Reisen aber begreiflicherweise weniger im Interesse des deutschen Gedankens und seiner Festigung draußen, weil zu derartigen Wirkungen Zeit, Ausdauer und sehr viel mehr Geld gehört, als in der Regel solchen Reisenden beschieden ist.

Es gibt ein Mittel, das einigermaßen bessernd bei diesem Übelstande wirkt, das sind die deutschen Zeitungen im Auslande. Auch hier handelt es sich weniger um Länder, deren Zeitungswesen selbst außerordentlich entwickelt ist, wenn auch nicht verkannt werden darf, daß z. B. in Amerika die deutschen Zeitungen für den Zusammenhalt der noch deutschen Elemente einer ehemals starken Einwanderung recht wesentlich sind, daß sie den Zusammenhalt mit der Heimat aufrecht erhalten und auch eines geringen Einflusses auf die amerikanische Presse nicht entbehren. Wesentlicher aber sind die Zeitungen, die nicht rein einen Ausfluß des landsmannschaftlichen Zusammenhaltens darstellen, sondern die als bewußte Kampfmittel gegen fremden übermäßigen journalistischen Einfluß in dem betreffenden Lande und als fördernde Träger des deutschen Gedankens gelten sollen. Bei solchen Gründungen wird auch gegen unmittelbare oder mittelbare staatliche Subvention bei uns nichts eingewendet, weil das allgemeine Interesse hier so klar zutage liegt, daß Sachliches nicht eingewendet werden kann. Der Zweck derartiger Zeitungen wird aber nur dann voll erreicht werden, wenn im fremden Land ein genügender Stamm einheimischer Leser mit guter Kenntnis der deutschen Sprache vorhanden sein wird, oder wenn mittels einer zweiten Ausgabe in der fremden Sprache versucht wird, an den fremden Leserkreis heranzukommen. Es darf hier z. B. auf die „Deutsche Japan-Post“ verwiesen werden, die eine japanische Ausgabe mit besonderem Text hat, oder auf die „Hsie-ho-pao“, die im Verlage des Ostasiatischen Lloyd als chinesische illustrierte Zeitung erscheint. Beide aber stellen nicht das dar, was eigentlich nötig wäre: tägliche oder öfter in der Woche erscheinende japanische oder chinesische oder in anderen Landessprachen geschriebene Korrespondenzen, die an die einheimischen Zeitungen mit übersetztem deutschem Material gehen könnten, sondern nur einstweilen Aus-

hülfsmittel. Die Japaner, die es ja sprachlich immerhin leichter haben, leisten sich in China eine eigene chinesische Zeitung in Peking und haben wohl Kapital und Einfluß in noch mehreren chinesischen Provinzblättern. Aber auch die Engländer haben in China und Japan mehrere große und moderne englische Tageszeitungen, die gerade in Peking und Tokio im politischen Kampfe vorzügliche Dienste tun, die Amerikaner und Franzosen haben ihre eigenen Blätter, die sich nicht selten neben der Verbreitung eigener Heimatsnachrichten und Interessen die Bekämpfung deutscher Ziele angewöhnt haben und auf deren Angriffe zu antworten uns das politische Tagesorgan fehlt. Ganz zu schweigen davon, daß die beste Deckung der Angriff ist!

Was den zweiten Träger des Nachrichtenwesens, die Depeschen-Agenturen angeht, so liegt ihre Wirkung einmal in der Weitergabe ihrer Meldungen durch die Tagespresse begründet. Sodann geben sie aber auch ihre Meldungen an Amtsstellen und Großbanken, Handelsunternehmungen usw. unmittelbar und gelangen so sehr viel sicherer an leitende Stellen heran, als das unter einer Menge von unnützen und nicht unmittelbar geschäftliche Interessen berührenden Dingen in der Tageszeitung der Fall sein würde. Die Nachrichtenübermittlung ist nicht einziger Zweck und nicht einzige Verdienstquelle der Depeschen-Agenturen. Die Agence Havas z. B. läßt sich ihre Nachrichten von den Zeitungen dadurch bezahlen, daß sie Inseratenraum dieser Zeitungen als Gegengabe erhält und diesen wiederum an eine Tochtergesellschaft zur Verwertung verpachtet, daß sie ein Börsenblatt herausgibt u. a. Das Wolffsche Telegraphen-Bureau übernimmt einen größeren und einen kleineren regelmäßigen Parlamentbericht selbst an nachrichtlich ganz ruhigen Tagen, hat eine Illustrationszentrale und Ähnliches. Vor allem steht das Reuter-Bureau in enger Verbindung mit dem gleichnamigen Bankhaus, das mit 200 Millionen M Kapital arbeitet. Auch Reuter hat eine Anzeigenabteilung eingerichtet, und erst vor einem halben Jahre tobte in England ein erbitterter Kampf, weil Reuter für sein Anzeigenbureau Reklame machte, indem er seinen Inserenten ausführliche Besprechungen im redaktionellen Teile der Blätter versprach und auf die nahen Beziehungen des Reuter-Bureaus zu der englischen und australischen Presse und insbesondere zu den Leitern der finanziellen Teile dieser Blätter hinwies. Das eine ist jedenfalls wichtig, daß kleinere Depeschen-Agenturen in Spanien z. B. finanziell von Havas ebenso abhängig sind, wie die Bulgarische Agentur von Reuter, und daß etwa vier große Weltdepeschenbureaus: Wolff, Reuter, Havas und Associated Press, seit vielen Jahren ein Kartell eingegangen sind, das zum Zwecke der Kostenersparnis die Erde gleichsam in Einflußsphären aufgeteilt hat, in denen je eine Agentur unbedingt zur Nachrichtensammlung und Nachrichtenverbreitung herrscht, während die anderen Agenturen dieses Material nach eigener Auswahl verwerten können. Zur Einflußsphäre von Wolff gehören Deutschland mit seinen Kolonien, Rußland (was bei der Intimität russischer und französischer Finanzkreise aber nur sehr bedingten Wert hat) und bis zu einem recht geringen Grad auch die nordischen Länder und Deutsch-Österreich; die Einflußzone der Associated Press (Vereinigte Staaten, Mexiko und Philippinen) stört uns recht wenig. Die Zone der Agence Havas aber umfaßt neben Frankreich Spanien und Portugal, Belgien, die Türkei, Griechenland und Serbien, sowie Nord-Afrika und Süd-Amerika und greift

damit gewaltig in Interessensphären ein, die sich das Deutsche Reich in seiner wirtschaftlichen Ausbreitung geschaffen hat. Reuter endlich bearbeitet neben Teilen Hollands und Belgiens die gesamte übrige Welt, also vor allem Japan und China. Es würde zu weit führen, hier auf Einzelheiten einzugehen [1]). Jedenfalls ist hervorzuheben, daß die wesentlichsten Wirtschaftsgebiete des Auslandes, in denen wir zu arbeiten haben, die Türkei, Südamerika und Ostasien, der Einflußnahme deutscher national interessierter Depeschenagenturen vollkommen entzogen sind, daß sie vollkommen englischer und französischer Depeschenarbeit ausgeliefert werden. Diese Teilung der Welt ist allerdings zu einer Zeit beschlossen worden, da Deutschlands Wirtschaftslage noch weniger stark war als heute, sie besteht aber noch, und zwar noch auf lange Jahre hinaus. Nun sind zwar, was Südamerika angeht, manche Verbesserungen erreicht worden dadurch, daß man die Agence Havas dort zur Publikation des deutschen Materiales von Wolff veranlassen konnte, aber ihr eigener Dienst ist dadurch nicht berührt worden. Diese Teilung der Welt ist besonders gefährlich in den Ländern, die aus den oben angeführten Gründen auch einer nachhaltigen Bearbeitung durch deutsche Zeitungsvertreter entzogen sind, wie Südamerika und China. Was z. B. China angeht, so hat Reuter vor einigen Jahren ein unabhängiges englisches Nachrichtenbureau, das von Peking aus den Dienst nach Schanghai und Hongkong besorgte, aufgekauft und dadurch „unschädlich" gemacht. Ähnliche Einflußvermehrung hat Reuter jüngst in Tokio erreicht dadurch, daß sein Vertreter dort gleichzeitig Leiter eines neu gegründeten japanischen Depeschenbureaus wurde, das von dortigen Handelskammern, Banken und Reedereien zur Förderung japanischer Interessen in Europa (also auch als eine kräftige Selbsthülfe!) gegründet wurde. Daß dabei der frühere Reutermann in Tokio kaltgestellt wurde, der japanischen Einflüsterungen gegenüber eine starke Selbständigkeit gezeigt hatte, und als Leiter dieser beiden Bureaus nun ein Mann gewonnen wurde, Kennedy, den die Associated Press früher als Vertreter in Japan hatte, aber wegen seiner ausgeprägten japanischen Tendenzen auf Verlangen der amerikanischen Geschäftsleute entlassen mußte, macht diese Geschäftsverbindung besonders pikant. Es darf an dieser Stelle auch erwähnt werden, daß schon früher Captain Brinkley gleichzeitig Vertreter der Times in Tokio war, daneben noch ein offiziöses in englischer Sprache erscheinendes und von der Regierung angeblich stark subventioniertes Blatt herausgab und noch eine gewisse Kontrolle auch über die Vertretung Reuters ausübte, eine Konzentration, deren außerordentlich deutschfeindliche Wirkungen aus der ganzen japanischen Presse noch heute ohne Schwierigkeit ersehen werden können.

Es ist von deutscher Seite verschiedentlich der Versuch gemacht worden, sich von solcher Herrschaft im Nachrichtenwesen zu befreien, um das wichtige Fundament in den Völkerbeziehungen, die Sympathie, nicht nur deutschfeindlichen Bestrebungen zu überlassen. Dieser Versuch ist mit brieflichen Korrespondenzen, wie z. B. nach Südamerika, gemacht worden, er ist vor allen Dingen nach Ostasien unternommen worden. Die Notwen-

---

[1]) Ein Aufsatz von Hansen im Weltwirtschaftlichen Archiv Band III Heft 1 unterrichtet darüber sehr eingehend.

digkeit, dort selbständig zu arbeiten, haben vor allem die Franzosen eingesehen, seit sie ihr eigenes Blatt in Peking und Tientsin haben, und verschiedene Pläne, sich vom Reuterschen und dem deutschen Dienste unabhängig zu machen, sind schon aufgetaucht. Vor allen Dingen aber haben wir Deutsche einen Telegrammdienst nach Ostasien eingerichtet, der dem Ostasiatischen Lloyd, der Tsingtauer und Tientsiner Deutschen Zeitung zugeht, der in Tokio in der Deutschen Japanpost, wie auch in Hongkonger Zeitungen veröffentlicht wird und der in deutscher, englischer, französischer, chinesischer und japanischer Sprache täglich auch an Einzelabonnenten ausgegeben wird. Dieser Dienst befindet sich noch in den Anfangstadien seiner Entwicklung, er leidet bisher noch unter den teuren Telegrammkosten, unter einem gewissen Mangel der speziellen Bearbeitung für die ostasiatischen Verhältnisse und unter zu geringer Publizität in der chinesischen und japanischen Landespresse, aber er hat eine große Zukunft. Ein zweiter Versuch zur Gewinnung der Selbständigkeit und Unabhängigkeit ist mit der Deutschen Kabelgramm-Gesellschaft unternommen worden, die aus Ostasien und Südamerika Nachrichten jener Länder nach Deutschland übermittelt, um die Nachrichtenübermittlung aus jenen Ländern auf eigene deutsche Füße zu stellen. Auch hier handelt es sich nur um bescheidene Anfänge. Die Mittel sind zu klein, um überall haupt- oder nebenamtliche Korrespondenten zu bestellen, und so ist der Dienst auf Mitwirkung der Gesandtschaften und Konsulate angewiesen, die sich in begreiflicher Vorsicht und Zurückhaltung scheuen, über manche Dinge zu sprechen und sie zu telegraphieren, so daß der deutsche Dienst hinter anderen herhinkt, während man ihn draußen selbst unter den Deutschen nicht für vollwertig hält, eben weil er von den amtlichen Vertretern und ihrer Richtung, die durchaus nicht immer die der Kaufleute ist, beeinflußt wird. Auch hier macht sich ein Mangel an Mitteln dringend fühlbar, und es fehlt auch diesem Dienst an Publizität in der deutschen Presse, weil er naturgemäß ziemlich teuer ist, während vom geschäftlichen Standpunkte, nicht vom nationalen aus, der englische Korrespondent der deutschen Zeitung das gleiche Material, oft sogar schneller, billig übermitteln kann.

Nun sind in den letzten Jahren die deutschen Bestrebungen zur Gewinnung der Sympathien der Völker oder zur Verbreitung des deutschen Gedankens in der Welt, wie man will, beträchtlich gewachsen. Es darf nur wiederum an China erinnert werden, an die oft erwähnte Denkschrift der Deutschen Vereinigung in Schanghai, an deutsche Schulgründungen dort, Pläne und Gedanken zu Kulturmuseen. Es wären hier zu nennen auch Gründungen von deutsch-argentinischen, deutsch-balkanischen Wirtschaftsverbänden, eine geplante Gründung zur Sammlung der China-Interessen und endlich die neuesten Pläne eines deutsch-amerikanischen und eines Welthandels-Vereines. Zum Teil sind alle diese Dinge rein geschäftlicher Natur, und insoweit sie das sind, könnten sie eigentlich hier aus der Betrachtung ausscheiden. Es handelt sich auch hier um eine Art Nachrichtenübermittlung, aber mit ganz bestimmten Zielen und Zwecken der Handelsausbreitung, die mit kulturellen Zielen noch nichts zu tun zu haben braucht. Man besinnt sich auch auf diesem Gebiet auf die Pflichten der Selbsthülfe und sieht ein,

daß es zuviel verlangt wäre, wollte man diplomatischen und Konsularvertretungen alles aufbürden, was hier noch zu tun ist. Der konsularische Vertreter als solcher kann kaum in die Einzelheiten der Geschäftsbetriebe hineinsehen, es wird ihm in den meisten Fällen sogar unmöglich sein, fremde Betriebe überhaupt zu besichtigen, er wird selbst als bester Sprachenkenner und bester Jurist von technischen Einzelheiten nichts verstehen, und er kann trotz aller Vorbildungskurse und Vorträge über tausenderlei Gebiete kaum über das heimische Wirtschaftsleben so genau Bescheid wissen, um die Technik eines Betriebes in Amerika mit der eines gleichartigen in England und in Deutschland vergleichen und so der heimischen Industrie wirtschaftliche und technische Winke geben zu können. Auch der Handelssachverständige wird das nicht können, selbst wenn dieses Institut die wünschenswerte weitere Ausbildung erfährt und er mehr Gelder und mehr Gelegenheit zu Studienreisen in dem fremden Lande haben wird als jetzt, um dessen allgemeine Volkswirtschaft nicht nur vom grünen Tische des Konsulates aus kennen zu lernen. Die Berichte der Konsuln und der Handelssachverständigen werden letzten Endes angewiesen bleiben auf die Mitteilungen ortsansässiger deutscher Kaufleute oder Techniker, die selbst wieder in ihrem eigenen Erwerbsbetriebe so sehr stecken und für diesen soviele Verpflichtungen haben, daß ein völlig freies Urteil von ihnen nicht zu erwarten steht. Wenn die begründeten und neu zu begründenden Verbände hier mit ihrer Nachrichten- und Erkundungsarbeit einsetzen, füllen sie eine Lücke erfreulich aus. Eine Zentralstelle in Berlin oder irgendwo, die die Wünsche der hier beteiligten Industrie und des Handels sammelt, sichtet und einteilt, und eine Zentralstelle in dem überseeischen Lande, die die Erkundungsaufträge an technisch und volkswirtschaftlich gebildete Beamte verteilt, um dann das Nachrichtenmaterial in die Heimat zu übermitteln, das ist fast alles, was dazu gehört, und es ist nicht gar zu teuer zu beschaffen, vor allem, da die beteiligten Kreise ja gemeinschaftlich eine derartige Einrichtung unterhalten. Solche Einrichtungen in den verschiedenen Ländern der Welt, mit denen uns Handelsbeziehungen verknüpfen, könnten Anregungen und Fingerzeige in Menge geben, und ihre Zusammenfassung in Deutschland unter eine leitende Hand wäre ein praktischer Gedanke, sofern sie dahin zielt, eine gemeinschaftliche deutsche Auslandsbibliothek zu schaffen, aus den einzelnen Länderarchiven ein deutsches Weltarchiv etwa nach dem Muster des Ostasiatischen Wirtschafts-Archives in Tokio zu bilden, in Fragen allgemeinen Interesses auch die Nachrichtenübermittlung an die deutschen Zeitungen und wissenschaftlichen Kreise, Seminare der Universitäten usw. zu übernehmen, und was dergleichen Aufgaben mehr sind. Um so besser, wenn sich an diese Dinge später das so oft gewünschte deutsche Auslandhaus anschlösse mit einem großen Lesesaal voll ausländischer Zeitungen der ganzen Erde, und mit Klubräumen zum geselligen Verkehr mit Durchreisenden aus aller Herren Länder.

Etwas anderes aber ist es um den deutschen Nachrichtendienst nach und vom Auslande, der meines Erachtens einer strafferen Zentralisation nicht entbehren darf und der von derartigen Einzelgeschäftsinteressen durchaus frei bleiben sollte. Ein solcher Dienst dürfte weder unter der Leitung der Regierung stehen, weil sein Nachrichtenmaterial dann von Anbeginn an

verdächtig wäre und diesen Ruf nie wieder los werden könnte, noch dürfte er mit einzelnen Kapitalinteressen irgendeiner Bank oder einer Geschäftsgruppe mehr, als nur der Objektivität entspricht, verbunden sein. Wenn demgegenüber die Frage erhoben wird, wer denn dann einen solchen Nachrichtendienst bezahlen sollte, so darf der Überzeugung Ausdruck gegeben werden, daß er sich bei geschickter Anschmiegung und Organisation von selbst bezahlt machen und auch recht gut rentieren könnte, und wenn ein Defizit so nicht zu befürchten steht, stände ja der Aufnahme von Kapitalien bei allen möglichen am Welthandel und an der Weltsympathie interessierten Kreisen nichts entgegen. Dieser Nachrichtendienst hätte in der Hauptsache gegen das Kartell der vier Telegraphen-Agenturen anzukämpfen, und sein Arbeitsgebiet würde in erster Linie Südamerika, die Türkei und Ostasien sein, wo man ihm bei einigen Opfern in den ersten Jahren einen großen Abnehmerkreis verschaffen könnte. Es soll ganz offen hier ausgesprochen werden, daß der Weg der Agence Havas und Reuters, der Verbindung von Nachrichtenübermittlung und Anzeigenagentur, als der einzig richtige erscheint, wenn man auch die Verbindung der beiden Tätigkeiten für uns in Deutschland als unzweckmäßig und schädlich ablehnen wird. Der deutsche Kaufmann und Industrielle hat ein großes Interesse, seine Waren dem ausländischen Publikum bekannt zu machen. Der Weg der Anzeige ist dazu unvermeidlich. Gerade die Anzeige aber wird ihren Zweck verfehlen, wenn im redaktionellen Teile der Zeitung deutschfeindliche Agitation betrieben wird und der Inserent sich sagen muß, daß ein so bearbeitetes Publikum seine Anzeigen doch nicht liest und beachtet. Ebensowenig wie in Deutschland die Regierung ihre amtlichen Bekanntmachungen in sozialdemokratischen Blättern veröffentlichen wird, die ihren Bestand dauernd zu untergraben versuchen, ebenso wenig wie sozialistische Literatur in konservativen Blättern angezeigt oder derartige Anzeigen auch nur aufgenommen werden würden, ebensowenig wird man dem deutschen Kaufmann und Industriellen zumuten können, dort zu inserieren, wo er der Wirkung seiner Anzeige nicht durchaus sicher ist, wobei es garnicht als ausgeschlossen zu gelten hat, daß nicht auch einmal ein geschäftlich besonders wichtiges Inserat in einem sonst garnicht deutschfreundlichen Blatt erscheinen könnte, wenn man sich eine besondere Wirkung davon verspricht. Die Aufgabe ist, die Blätter und ihre Haltung erst einmal zu beobachten und dann die von Deutschland nach dem Auslande gehende Anzeigenmenge geschickt nach der voraussichtlichen Wirkung der Anzeigen zu verteilen. Es soll damit durchaus nicht gesagt sein, daß die Aufnahme einer Anzeige in einem fremden Blatt eine Art Bestechung für den Abdruck der Nachrichten des deutschen Auslanddienstes sein sollte. Auch Reuter und die Agence Havas haben ja einen derartigen Zusammenhang abgelehnt, und Reuter hat bei dem Streit in London mit den Zeitungsverlegern ein Rundschreiben, wonach von ihm vergebene Anzeigen auch auf Besprechung im redaktionellen Teile der Zeitung und insbesondere im Finanzteil erwarten könnten, unmittelbar zurückziehen müssen. Das braucht an sich auch garnicht das Ziel einer Verbindung von Nachrichtendienst und Anzeigenwesen zu sein.

Ein solcher Nachrichtendienst wäre aber auch umgekehrt aus den fremden Ländern in die Heimat zu organisieren auf der Grundlage des Kabel-

gramm-Dienstes vielleicht, nur ausgebaut nach den modernen Bedürfnissen des deutschen Wirtschaftslebens und der deutschen weltpolitischen Geltung. Hand in Hand damit sollte neben der telegraphischen Berichterstattung eine briefliche Berichterstattung in Korrespondenzform über alle diejenigen Dinge gehen, die mehr kulturellen und technisch-wissenschaftlichen Charakters sind. Deutschland leidet draußen hauptsächlich unter der Unkenntnis der fremden Nationen über seinen eigentlichen Wert und seine eigentlichen Leistungen, während andere Nationen es verstehen und verstanden haben, sich in Szene zu setzen. Man könnte ganz im Einklang mit den vorhandenen Wirtschaftsorganisationen und ihrer etwaigen Zusammenfassung in einem Verband unter einer Zentralstelle Dinge aus dem wirtschaftlichen und technischen Leben Deutschlands, ferner Nachrichten über das politische Vorgehen, über die wissenschaftlichen Erfindungen und Entdeckungen usw. in die fremden Länder senden, die dort von Übersetzungsbureaus bearbeitet und in unentgeltlichen oder auch gering bezahlten Korrespondenzen an alle wichtigen Zeitungen gehen würden. Auch hier sollte die Form der Nachricht von der Anzeige getrennt werden, so daß keinerlei Angriffsflächen gegen einen derartigen Dienst entständen. In primitiver Form kann das heute schon mit außerordentlich bescheidenen Mitteln durch die Übersetzungsanstalten der deutsch-chinesischen Hochschule in Tsingtau und durch eine in Schanghai bestehende Übersetzungsanstalt, z. B. für China, durch die Deutsche Japanpost auch für Japan und durch die deutsch-südamerikanischen Zeitungen für Südamerika, vielleicht in Verbindung mit der neu zu begründenden deutsch-türkischen Hochschule auch in der Türkei, gemacht werden. Eine ähnliche Korrespondenz aber haben wir gerade heute nötig, wo uns die nötige Zahl selbständiger Zeitungsvertreter und ein einwandfreier telegraphischer Nachrichtendienst aus solchen Ländern fehlt, auch aus der Ferne nach Deutschland. Es wäre nur nötig, alle Kräfte, die schon heute im Interesse des Deutschtums draußen wirken, zu der nationalen Aufgabe zusammenzufassen. Jetzt eben haben sich die Mitglieder des Vereines deutscher Ingenieure, die in China arbeiten, zusammengeschlossen und ein eigenes Organ geschaffen, ein gleiches haben ihnen die Lehrer schon vorgemacht, die Missionare sind durch ihre Verbände geeinigt. Würde man diese drei Einrichtungen zu einer regelmäßigen Berichterstattung selbst über kleine und kleinste Dinge bringen können, wobei jeder seine Ansicht und seine Erfahrungen einer Zentrale in Schanghai mitteilt, die dann wiederum das für Deutschland Interessante zusammenstellte und es in Korrespondenzform an die Zeitungen als Material gäbe, so würde bei geschickter Leitung und Sichtung des Materiales für die allerverschiedensten Interessen und Kreise hier ein immerhin beachtenswertes und anregendes Material zusammenkommen, das aufklärend und interesseerweckend wirkte. Wenn dann wirtschaftliche Organisationen mit ihrem rein aufs Praktische, Geschäftliche gerichteten Nachrichtendienst und, nennen wir es einmal so, kultureller Nachrichtendienst zusammenarbeiteten, so wäre eine Organisation geschaffen, die uns instandsetzte, die von fremden Nationen errungenen Vorteile wenigstens einigermaßen nachzuholen. Es soll keineswegs verkannt werden, daß andere Nationen gerade in ihrem Verfassungsleben, das in dieser Beziehung eine große Rolle spielt, vieles vor uns voraus haben und daß das in einer Zeit be-

sonders wirken muß, da eine große demokratische Welle auch durch den Osten geht. Die natürlichen Vorzüge der Republiken Frankreich und Amerika sind hier nicht einzuholen, und der durch die Jahrhunderte genährte Ruhm des freien Albions ist es wohl auch nicht. Aber Deutschland hat so viele Dinge gründlicher und tiefer Bildung, die beispielsweise gerade den Chinesen imponieren, hat soviele Vorzüge wirtschaftlicher, sozialer und wissenschaftlicher Natur, daß ein gut ausgebauter Nachrichtendienst rein zur Verbreitung der Wahrheit über Deutschland im Auslande schon durch seine unwiderleglichen Tatsachen eine tiefe Wirkung ausüben müßte. Und diese Wirkung wäre, daß der Boden für unsere Auslandarbeit, den heute andere beackern und auf dem andere säen, auch einmal mit deutscher Aussaat gefüllt würde.

DER KAUFMÄNNISCHE WETTBEWERB DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA in Süd- und Mittelamerika und die Monroe-Doktrin.

Von LUDWIG W. SCHMIDT, London.

„Es muß als ein erster Grundsatz, in dessen Erhaltung die Rechte und Interessen der Vereinigten Staaten mit geschützt werden, erachtet werden, daß die beiden amerikanischen Festländer bei der Freiheit und Unabhängigkeit, die sie errreicht haben und sich erhalten, nicht in der Zukunft als Kolonisationsgebiete für irgend eine europäische Großmacht dienen dürfen. Wir haben nicht die Absicht, das Recht dieser europäischen Mächte auf die bestehenden Kolonien und abhängigen Gebiete zu bestreiten, noch werden wir dieses in Zukunft tun. Mit Bezug aber auf die Länder, die ihre Unabhängigkeit erklärt und erhalten haben und deren Freiheit wir nach ernstlichen Erwägungen und auf gerechter Grundlage anerkannt haben, würden wir jeden Eingriff zum Zweck ihrer Unterdrückung oder der Bestimmung ihrer Geschicke von Seiten einer der europäischen Mächte nicht anders als als eine unfreundliche Handlung gegen die Vereinigten Staaten von Amerika betrachten können.“ Mit diesen Worten legte der Präsident James Monroe in seiner Botschaft an den amerikanischen Kongreß im Jahre 1823 zum ersten Male die Grundsätze fest, welche seitdem die Vereinigten Staaten in ihren Beziehungen zu den lateinischen Republiken von Mittel- und Südamerika geleitet haben. Die 91 Jahre, die seit jener denkwürdigen Erklärung verflossen sind, haben nicht dazu beigetragen, das Dunkel, welches die wirklichen rechtlichen und wirtschaftlichen Möglichkeiten dieses staatsrechtlichen Grundsatzes umgibt, zu lüften, und verschiedene Nachfolger James Monroes haben versucht, die Doktrin in der verschiedensten Weise auszulegen. Die Doktrin ist weder staatsrechtlich von den europäischen Ländern anerkannt worden, noch hat sie jemals die ordentliche Bestätigung des amerikanischen Kongresses gefunden, aber sie ist nichtsdestoweniger eine starke Waffe in der Hand der amerikanischen Auslandpolitiker gewesen und hat auf alle Fälle, wie die englisch-venezolanischen Grenzstreitigkeiten gezeigt haben, ihren Zweck erfüllt.

Erst der neueren Zeit scheint es aber vorbehalten geblieben zu sein, die politischen Folgerungen der Doktrin auch auf wirtschaftlich-kaufmännische Fragen anzuwenden. Die mehr oder weniger schuldige Ursache hierzu hat der ehemalige Erste Einpeitscher der liberalen Partei Englands, Lord Murray, gegeben, der sich im letzten Jahre von seinem politischen Posten zurückzog und kurz darauf in Geschäften der Londoner Firma Pearson & Son, an welcher er beteiligt ist, nach Mittelamerika ging. Diese Geschäfte drehten sich um die Gewinnung gewisser Landrechte zur wirtschaftlichen Ausnutzung, Landrechte, die sich teilweise auf Petroleum, teilweise auf den Bau von Hafenanlagen erstreckten und die der englischen Gesellschaft einen wirtschaftlichen Einfluß in Culumbien, Ecuador und Costa Rica gesichert hätten. Die Unternehmungen Lord Murrays sind auf Schritt und Tritt von Seiten amerikanischer Geldleute und schließlich auch von der Regierung der Vereinigten Staaten bekämpft worden, und es stellt sich heraus, daß Lord Murray schließlich von seiner Reise erfolglos zurückgekehrt ist. Der Vertrag mit Ecuador wurde abgelehnt, aber ein geänderter Vertrag liegt nunmehr dem Kongreß vor, über den jedoch noch keine Entscheidung getroffen worden ist. In der Zwischenzeit hat aber derselbe Kongreß Zeit gefunden, einen wesentlich weiter gehenden Vertrag mit einer amerikanischen Gruppe zu machen. Politische Erwägungen zwangen Lord Murray dann, den Vertrag mit Columbien zurückzuziehen, während der Kongreß in Costa Rica die Bestätigung eines dritten Vertrages auf Vorstellung des amerikanischen diplomatischen Vertreters daselbst versagte.

Inzwischen aber hat sich das Feld, auf dem dieser Kampf zwischen den Vertretern der englischen Gesellschaft und den Amerikanern ausgefochten wird, erweitert, und heute wird der ganze so außerordentlich dehnbare Einfluß der Monroe-Doktrin zugunsten einer neuen, diesmal aber wirtschaftlichen Doktrin in Bewegung gesetzt. Es handelt sich nicht mehr darum, ob eine wenn auch bedeutende Gruppe von Londoner Geldleuten gewisse Ausnutzungsrechte in dreien der mittelamerikanischen Staaten besitzen soll, sondern ob überhaupt eine weitere Ausdehnung des europäischen Einflusses in diesen Gebieten von den Vereinigten Staaten zugelassen werden kann.

Der Kampf begann auf amerikanischer Seite mit der Erfindung des Märchens, daß die Pearson-Gesellschaft die Absicht habe, einen zweiten Kanal durch die Landenge zu bauen, und daß auf diese Weise ein englischer Kanal entstehen würde. Nun war die öffentliche Meinung in der Union schon durch die Verhandlungen, ob die amerikanischen Fahrzeugen zugedachte Bevorzugung hinsichtlich der Gebühren für die Durchfahrt durch den Panamakanal zu Recht bestände, bis zur Siedehitze bearbeitet worden. Die von der sogenannten gelben Presse verbreitete Nachricht eines „englischen" Kanales wurde daher ohne weiteres als bare Münze genommen, und die Regierung der Vereinigten Staaten sah sich veranlaßt, in Columbien Vorstellungen darüber zu machen, obgleich tatsächlich die Pearson-Verträge weiter nichts vorgesehen haben als eine Anzahl Binnenkanäle zum Zwecke der Beförderung der gewonnenen Petroleumvorräte. Unglücklicherweise kam die Geschichte dieser amerikanischen Vorstellungen durch eine Zeitungsmitteilung heraus, und wenn auch sofort ein amerikanisches Dementi erfolgte, so mutet es doch

eigentümlich an, zu hören, daß sich englische, französische und spanische Regierungsvertreter in Columbien veranlaßt gesehen haben, eine Untersuchung in dieser Angelegenheit einzuleiten, und daß diese Untersuchung nach einer scheinbar bevollmächtigten Mitteilung der in solchen Angelegenheiten sehr vorsichtigen Times die Tatsache bestätigt hat und daß dieser Einspruch von amerikanischer Seite als erfolgt zu betrachten ist. Derselben englischen Quelle zufolge habe sich der Vertreter der deutschen Regierung dieser gemeinsamen Untersuchung wohl nur deswegen nicht angeschlossen, weil er schon seit einem Jahre nicht auf seinem Posten anwesend sei.

Nahezu gleichzeitig mit diesem Vorgange spielt sich außerdem noch ein anderer ab, der ein gewisses Licht auf die Ziele und Absichten der Vereinigten Staaten in Mittelamerika zu werfen scheint. Die Regierung der Union soll nämlich nunmehr Versuche gemacht haben, die alte Streitigkeit über die Unterstützung, welche seinerzeit Präsident Roosevelt der jungen Republik Panama angedeihen ließ, beizulegen, indem sie, zunächst allerdings nur unter der Hand, Columbien eine größere Summe als Entschädigung angeboten haben soll. Man spricht von einer Summe von 20 Millionen Dollar. Schließlich sei noch erwähnt, daß gleichzeitig die Standard Oil Company einen ihrer Vertreter nach Bogota gesandt haben soll, der, wie man sagt, bessere Geschäfte gemacht hat als der englische Lord.

Der Vorgang zeigt, daß die nordamerikanische Regierung in den letzten Jahren, vielleicht sogar erst im letzten, ihre Anschauungen über die Ausdehnungsfähigkeit des Gedankens der Monroe-Doktrin von neuem geändert hat und daß sie nunmehr gewillt ist, ihr einen größeren Spielraum zu gewähren als bisher. Allerdings ist noch nicht versucht worden, inwieweit die Vereinigten Staaten bereit sind, die rein idealen Grundsätze dieser Doktrin auch wirklich zu verteidigen; aber es ist auch kaum anzunehmen, daß irgend eine europäische Macht es auf diesen Versuch ankommen lassen wird. Anderseits muß festgestellt werden, daß, welche Beweggründe auch immer den Personen untergeschoben werden müssen, die, hinter den Kulissen stehend, augenblicklich die öffentliche Meinung in der Union beeinflussen, der Präsident selber kaum andere Erwägungen als rein ideelle haben dürfte, wie aus seinen verschiedenen Erklärungen mit Bezug auf das etwaige Eingreifen der Vereinigten Staaten in Mexiko hervorgeht.

Natürlich kann dies alles nicht hindern, daß diese neueste Richtung in der Auslegung der Monroe-Doktrin großes Mißtrauen in Europa hervorrufen muß, wozu um so mehr Grund vorliegt, als gerade Europa bisher der Hauptgeldgeber für die Entwicklung Südamerikas gewesen ist und somit auch den größten Anteil an seinem Handel gehabt hat. England, Deutschland und die Vereinigten Staaten haben bisher die Führung in dem südamerikanischen Markte gehabt; während aber die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten am Ende des letzten Jahrhunderts noch verhältnismäßig gering gewesen ist, ist sie in den letzten Jahren außerordentlich gestiegen. Die Ausfuhr nach Mittelamerika einschließlich der westindischen Inseln und Cubas ist von etwa 100 Millionen Dollar auf 180 Millionen gestiegen, die Ausfuhr nach dem südlichen Amerika von 38 Millionen Dollar auf 132 Millionen. Die nachstehende Liste gibt eine Übersicht über die Entwicklung

des amerikanischen Ausfuhrgeschäftes mit den wichtigsten Märkten Süd- und Mittelamerikas.

	1902	1906	1909	1912
	Millionen M			
British-Honduras .	32,50	4,64	4,54	6,17
Costa-Rica	59,05	9,82	9,69	15,32
Guatemala	70,60	12,29	7,17	10,58
Honduras	41,33	6,85	6,30	10,34
Nicaragua	57,07	7,87	5,69	10,45
Panama	—	52,33	70,55	98,90
Salvador	37,50	5,88	6,14	10,17
Mexiko	167,47	244,36	209,13	221,96
Cuba	111,82	200,61	184,43	261,25
Argentinien . . .	41,17	137,23	141,59	223,26
Bolivien	0,37	0,62	3,33	4,16
Brasilien	43,64	61,03	73,62	145,65
Chile	15,60	36,40	22,96	65,07
Columbien . . .	41,89	14,66	15,45	24,15
Ecuador	6,14	8,44	7,77	9,00
Paraguay	0,71	0,22	0,22	0,68
Peru	10,75	20,30	19,14	23,19
Uruguay	6,66	12,21	14,11	28,90
Venezuela	11,73	13,68	10,78	19,76

Es zeigt sich, daß die Erweiterung des kaufmännischen Einflusses Hand in Hand mit einer Kräftigung des ideellen Einflusses gegangen ist. Südamerika befindet sich augenblicklich mitten in einer großen und weit ausholenden gesellschaftlichen Umwälzung. Wohl ist der Zündstoff innerhalb der Nationen selber noch nicht vollkommen aufgebraucht, und heftige Explosionen, wie die mexikanische Revolution, dürften auch in der nächsten Zukunft noch erfolgen. Viele schwierige soziale Fragen harren noch der Beantwortung. Eine der schwierigsten unter ihnen ist die Regelung des gegenseitigen Verhältnisses der drei großen Klassen der eingeborenen Südamerikaner, der Abkömmlinge der herrschenden Spanier und Portugiesen, der Mestizen und der ureingeborenen Indianer. Diese drei Bevölkerungsklassen verteilen sich heute in den Republiken sehr unregelmäßig, und während in einzelnen, wie in Brasilien, der Prozentsatz von Weißen bis auf 40 mit nur 30 vH Mestizen gestiegen ist, erreichen die Mestizen in Mexiko 50 vH der Bevölkerungszahl. In Peru sind 60 vH der Bevölkerung Indianer, 30 vH Mestizen, der Rest setzt sich aus daselbst geborenen und eingewanderten Weißen zusammen. Die weiße und herrschende Kaste zeigt, obwohl in der Theorie noch immer sehr zurückhaltend, eine zunehmende Neigung, sich mit den Mestizen zu mischen, was um so leichter ermöglicht wird, als der Rassenunterschied zwischen der reinen und der Mischrasse schon an und für sich nicht scharf ist, da selbstverständlich in der ersten Zeit der spanisch-portugiesischen Besetzung Mischehen zwischen reinen Weißen und Abkömmlingen von Mischehen nicht zu vermeiden waren. Es ist anzunehmen, daß aus der heute vor sich gehenden erneuten Mischung zwischen Weißen und Mestizen schließlich die neue südamerikanische Rasse entstehen wird, von

deren wirtschaftlichen und politischen Fähigkeiten die Zukunft Südamerikas abhängen muß. Der Indianer ist heute noch immer nicht viel besser daran als zur Zeit der Spanier, und Fälle wie die Putumayo-Gräuel zeigen nur zu deutlich, daß Südamerika vorerst nichts von seiner Geschichte gelernt hat. Nichtsdestoweniger aber bereitet sich aus diesem ganzen Durcheinander — aus den spanischen und portugiesischen Weißen, die mit den Eroberern herüberkamen, den Weißen, welche mit der Zeit eingewandert sind und teilweise ihre Nationalität verloren, teilweise die Eigentümlichkeiten derselben in der neuen Heimat beibehalten haben, wie die verschiedenen deutschen Kolonien in Brasilien und Chile zeigen, den Mestizen, die an Zahl die überlegene Klasse sind, und schließlich aus den Eingeborenen — ein neues nationales Gebilde vor, das vielversprechend ist und dessen Anfänge sich bereits deutlich erkennen lassen. Während nunmehr Europa zunächst seine Kraft darauf verwendet, die wirtschaftlichen Vorbedingungen für diese neue südamerikanische Nation zu schaffen, indem es jährlich große Summen für die Erschließung seiner natürlichen Reichtümer zur Verfügung stellt, hat Nordamerika andere Ziele verfolgt, die, wie es scheint, dauerndere Erfolge bringen dürften als die Arbeit Europas.

Es hat eine Zeit gegeben, wo der reiche Südamerikaner nach Paris blickte, um daselbst ein Vorbild für seinen Geschmack, seine Erziehung und seine wirtschaftlichen Ideale zu finden. Während ihm aber Paris trotzalledem fremd geblieben ist, während seine Städte, Sitten und die Menschen selber trotz allen Pariser Anstriches südamerikanisch blieben, hat Nordamerika durch eine geschickte Wendung, die man mit einem Zauberkunststück vergleichen möchte, es fertig gebracht, den Südamerikaner zum Amerikaner zu machen, der sich plötzlich als ein Glied der großen, allerdings sehr gemischten Nation fühlt, die vielleicht einmal den amerikanischen Weltteil, die beiden Amerikas, wie sie heute schon stolz genannt werden, unter einer Flagge beherrschen wird. Die Vereinigten Staaten haben durch die Monroe-Doktrin die Entwicklung der südamerikanischen Staaten in wirtschaftlicher und politischer Beziehung gesichert. Zugegeben, die Doktrin ist niemals ernstlich auf die Probe gestellt worden, aber sie hat während all dieser Zeit bestanden, und sie hat ihren Zweck, eine Einmischung Europas in die amerikanische Politik nach Kräften zu verhindern, erfüllt. Die Vereinigten Staaten sind nunmehr einen Schritt weiter gegangen und haben durch die Gründung der panamerikanischen Union einen Mittelpunkt für alle die gemeinsamen ideellen und wirtschaftlichen Gedanken geschaffen, die dazu geeignet sind, die Zwecke einer etwaigen späteren Verbindung zu fördern, und sie ziehen nun lediglich noch die Schlußfolgerung dieser Bestrebungen, die die Arbeit von nahezu hundert Jahren sind, wenn sie langsam versuchen, auch das übermäßige Wachsen des wirtschaftlichen Einflusses Europas in den südamerikanischen Republiken auszuschalten.

Die amerikanische Nation in ihrer Gesamtheit ist bei diesen Bestrebungen durch eine Anzahl von glücklichen Zufällen aller Art unterstützt worden, von denen der größte wahrscheinlich der Zusammenbruch der Panamakanal-Gesellschaft Lesseps' gewesen ist. Es war klar, daß, wenn die Vereinigten Staaten den Kanal nicht bauen würden, er in kürzester Zeit von England in irgend einer Weise ausgeführt werden würde. Die Vereinigten Staaten nahmen

die Arbeit daher unter diesem Zwange auf. Mit ihrer Durchführung haben sie aber gleichzeitig auch dem südlichen Amerika einen Dienst geleistet, den die südamerikanischen Republiken kaum für die nächsten zweihundert Jahre vergessen werden. Nordamerika hat den Kanal gebaut, er befindet sich aber auf dem Boden einer lateinischen Republik, und die große Menge der Arbeiter sind die Mestizen gewesen, die, wie schon gesagt, nach der Anschauung vieler Kenner Südamerikas über kurz oder lang die ausschlaggebende Klasse sein werden. Zum erstenmal trafen sich also Süd- und Nordamerika in der Vollendung einer großen Kulturarbeit, und es ist anzunehmen, daß die Vereinigten Staaten dafür sorgen werden, daß das Gedenken an dieses denkwürdige Zusammenarbeiten nicht alt wird, ehe nicht weitere Fortschritte in der Vereinigung des Nordens mit dem Süden gemacht worden sind. Gleichzeitig ist zu verstehen, warum die Vereinigten Staaten keinen Stein unbewegt gelassen haben, um zu verhindern, daß eine einflußreiche europäische Gesellschaft Bodenrechte in einem Teile Mittelamerikas erwirbt, wo unter Umständen Gelegenheit gegeben wäre, einen zweiten Kanal zu bauen, zumal in den Vereinigten Staaten selber für geraume Zeit die Absicht bestanden hat, anstatt des Panamakanales den Nicaraguakanal auszuführen. Die Möglichkeit eines solchen zweiten Kanales mag vielleicht nur in sehr weiter Ferne liegen, es scheint aber trotz alledem nicht verwunderlich, daß mit ihr gerechnet worden ist und auch wohl noch weiter gerechnet werden muß.

Seit dem Beginn der Arbeiten am Kanal ist ein großer Umschwung in Südamerika vor sich gegangen. Die jungen Südamerikaner, die früher in großer Zahl nach Paris oder London gingen, um daselbst den letzten Schliff ihrer Bildung zu erhalten oder neuzeitliche Geschäftsführung kennen zu lernen, finden, daß sie dies heute mit demselben Vorteil in New York oder San Francisco tun können; die Zahl der jungen südamerikanischen Kaufleute, die zu diesem Zweck nach einem der nordamerikanischen Handelsplätze gehen, wächst zusehends. Sie hat in den letzten Jahren so zugenommen, daß der Vorgang zur Ursache eines besonderen Berichtes eines der englischen Konsuln in Südamerika gemacht worden ist, wobei darauf hingewiesen wurde, daß diese Veränderung in dem Ausbildungsplatz der heranwachsenden kaufmännischen Jugend Südamerikas viel mit der Stärkung des amerikanischen kaufmännischen Wettbewerbes in Südamerika zu tun hat, da diese jungen Leute, wenn sie schließlich in ihr Land zurückkehren, entweder die Vertretung nordamerikanischer Waren mit sich bringen oder aber nordamerikanische Güter, mit denen sie während ihres Aufenthaltes im Norden vertraut geworden sind, später begünstigen.

Der Vorgang selber ist an und für sich vielleicht unbedeutend; aber in einer Entwicklung wie die, welche sich augenblicklich im Süden Amerikas abspielt, spielen Kleinigkeiten oft eine große Rolle und dürfen sicher zum Verständnis des Ganzen nicht übersehen werden.

Man wird bei einer Beurteilung aller dieser Vorgänge leicht geneigt sein, Verkehrsfragen einen größeren Einfluß zuzuschreiben, als berechtigt ist. Tatsächlich sind die Vorteile, welche die Vereinigten Staaten heute infolge ihrer geographischen Lage in der Entwicklung ihres südamerikanischen Geschäftes genießen, verhältnismäßig gering. Eine Ausnahme machen selbst-

verständlich solche Länder wie Mexiko und Cuba, die ausnehmend günstig gelegen sind und die auch vor Beginn des Zeitabschnittes, mit dem wir uns hier zu beschäftigen haben, schon gute Kunden der Vereinigten Staaten gewesen sind. Entfernungen von mehr als zehn Tagen spielen heute im internationalen Verkehr schon keine Rolle mehr, und wenn einmal diese Grenze überschritten ist, so kommen ein oder zwei, ja noch mehr Tage Unterschied kaum noch in Frage. Mit Bezug auf diese Eigentümlichkeit des südamerikanischen Geschäftes der Vereinigten Staaten bedarf die Launenhaftigkeit der Märkte an der Westküste Südamerikas der besonderen Erwähnung, wo die Nordamerikaner bei weitem nicht so glücklich gewesen sind, wie man nach Lage der Dinge und unter Berücksichtigung der langen Wege, welche die europäischen Güter zurücklegen müssen, vielleicht annehmen sollte. Wichtiger als dies ist in Wirklichkeit die Frage des vorhandenen Rückverkehres, da von diesem natürlich zum großen Teil auch die ausgehenden Frachtpreise abhängen müssen. In dieser Beziehung sind aber die nordamerikanischen Häfen nicht viel günstiger gestellt als die Europas, so daß Vorteile nicht bestehen.

Die Geschichte der Entwicklung des südamerikanischen Handels zeigt, daß in erster Linie die Länder den größten Einfluß auf das Einfuhrgeschäft dieser Republiken gewonnen haben, die in der Lage gewesen sind, die entsprechenden Summen für ihre wirtschaftliche Entwicklung zur Verfügung zu stellen. Dies trifft besonders auf das englische Geschäft mit Südamerika zu. Es ist gezeigt worden, daß die Vereinigten Staaten ihren Zweck mit andern und für die fernere Zukunft vielleicht dauerhafteren Mitteln zu erreichen versuchen und wahrscheinlich schon erreicht haben. Es ist aber sicher, daß sie ihre heutigen Fortschritte nicht aufrecht erhalten werden können, wenn sie nicht gleichzeitig bereit sind, auch selber einen entsprechenden Anteil an der wirtschaftlichen Verantwortung in der Entwicklung dieser Märkte zu nehmen. Es soll damit nicht gesagt sein, daß sich die Vereinigten Staaten bisher geweigert hätten, diese Verantwortung zu übernehmen oder die notwendige finanzielle Unterstützung zu gewähren, aber es wird noch eine geraume Zeit dauern, bis es Amerika gelungen ist, den heutigen wirtschaftlichen Einfluß Englands durch einen neuen von gleicher Stärke und vor allen Dingen gleicher Sicherheit zu ersetzen. Allerdings hat dies nur wenig mit dem Fortgang der ideellen Bewegung, die schließlich wohl unwiderruflich zu einer engeren Vereinigung der beiden Amerikas führen wird, zu tun. Diese Bewegung nimmt ihren Fortgang unabhängig von wirtschaftlichen Erwägungen, gestützt auf ein Gefühl einer natürlichen Zusammengehörigkeit der beiden allerdings heute einander noch fremden Rassen, die selbstverständlich noch durch die eigenartige geographische Lage der beiden Weltteile, abgetrennt von den anderen Erdmassen der Welt, deutlicher hervorgehoben werden muß.

TECHNISCHE SACHVERSTÄNDIGE ALS PARTEIBEISTAND VOR GERICHT.

Von Professor Dr. phil. et jur. J. KOLLMANN, Darmstadt.

Die Stellung und Behandlung technischer Sachverständiger vor Gericht ist schon oft Gegenstand lebhafter Klagen gewesen. Der dem Reichstag gegenwärtig vorliegende Gesetzentwurf über die Gebühren für Zeugen und Sachverständige wird zwar mit der Absicht begründet, den von den Sachverständigen schon seit Jahrzehnten erhobenen mannigfachen Beschwerden abzuhelfen, dennoch aber sind die vorgeschlagenen Gebührensätze ein deutlicher Beweis dafür, daß man in den Kreisen des Reichsjustizamtes die der Rechtspflege so nützliche Tätigkeit der Sachverständigen nicht genügend würdigt. Dieser auf die materielle Seite der Frage sich beziehende Mangel ist aber bei weitem nicht so bedenklich und für die Rechtspflege gefährlich wie die Stellungnahme einzelner Gerichte zu der Frage des Auftretens technischer Sachverständiger als Parteibeistand vor Gericht. Man ist in allen beteiligten Kreisen von jeher der Meinung gewesen, daß es in der Rechtspflege vor allen Dingen darauf ankommen müsse, den Tatbestand des Rechtsstreites auf das genaueste festzustellen und insbesondere auch in schwierigen technischen Fragen dem Richter einen klaren Einblick in die wirkliche Sachlage zu verschaffen. Nur auf der Grundlage eines völlig geklärten Tatbestandes kann ein zutreffendes Urteil erwartet werden. Daß es dem Richter durch den Gesetzgeber untersagt sein soll, sich in jeder ihm geeignet erscheinenden Weise die gründliche Aufklärung über den Tatbestand zu beschaffen, kann deshalb keinenfalls angenommen werden; denn sonst würde dem Richter, der ohnehin durch die Vorschriften der Zivilprozeßordnung an bestimmte Beweisregeln gebunden ist, geradezu die Möglichkeit einer gerechten Entscheidung auf Grund des völlig geklärten Tatbestandes entzogen werden. Gegen eine derartige ohnehin undenkbare Absicht des Gesetzgebers sprechen auch die ausdrücklichen Bestimmungen der Zivilprozeßordnung, nach denen der Richter auch ohne Antrag der Parteien jederzeit nach seinem Ermessen Sachverständige zur Aufklärung des Tatbestandes heranziehen kann. Nun steht aber fest, daß in schwierigen technischen Fragen nur ein gut unterrichteter Sachverständiger in der Lage ist, dem Gericht die Einzelheiten so gründlich auseinanderzusetzen und auf Fragen des Richters so aufklärend zu antworten, daß auch der technische Tatbestand für das Gericht in allen Beziehungen klargestellt wird. Der als Prozeßvertreter auftretende Rechtsanwalt dagegen kann nur dasjenige technische Material vorbringen, das ihm vor dem Gerichtstermin durch die Partei übermittelt worden ist. Da ihm das eigene Verständnis für technische Fragen fehlt, ist er nicht in der Lage, aus eigener Wissenschaft dieses Material zu ergänzen und zu erläutern oder an ihn gestellte Fragen zu beantworten. Will man also die Parteien zwingen, sich nur des privilegierten Rechtsanwaltes auch in bezug auf technische Fragen zu bedienen, so wird die Aufklärung des Tatbestandes im höchsten Grad erschwert oder ganz unmöglich gemacht. Der

von dem Gesetzgeber für alle Landgerichtssachen vorgeschriebene Anwaltzwang würde hier in seiner schlimmsten Gestalt erscheinen und unmittelbar eine Gefahr für das Rechtsleben in Industrie und Gewerbe bedeuten.

Ein neuerdings vorgekommener Fall zwingt dazu, die vorliegende Frage einer eingehenden Erörterung zu unterziehen. Das Herzogliche Oberlandesgericht in Braunschweig hat nämlich in einer Patentverletzungsklage am 16. Dezember 1913 in einer Verhandlung vor dem zweiten Zivilsenat einen Beschluß verkündet, daß es unzulässig sei, einem als Parteibeistand zugezogenen technischen Sachverständigen zu technischen Erläuterungen das Wort vor Gericht zu verstatten. Der Anwalt des Berufungsklägers beantragte, einem im Sitzungszimmer anwesenden Patentanwalt als Parteibeistand das Wort zu erteilen, soweit es sich in der vorliegenden Sache um technische Fragen handle. Diesem Antrage widersprach der Anwalt des Beklagten. Das Gericht zog sich hierauf zur Beratung zurück und verkündete nach Wiedereintreten in den Sitzungssaal den Beschluß, daß der Antrag des Berufungsklägers als unzulässig zurückgewiesen werde. In der mündlichen Begründung dieses Beschlusses wurde auf den § 27 der Rechtsanwaltsordnung sowie auf die §§ 90 und 137 der Zivilprozeßordnung Bezug genommen. Die Protokollierung der Begründung dieses mit den gesetzlichen Rechtsmitteln nicht anfechtbaren Beschlusses wurde abgelehnt. Der Beschluß ist hiernach auf den Einspruch des gegnerischen Anwaltes, der die Unzulässigkeit der Mitwirkung des Patentanwaltes auf Grund der vorgenannten gesetzlichen Bestimmungen behauptete, zurückzuführen. Der Beschluß ist um so merkwürdiger, als derselbe Patentanwalt in der gleichen Sache schon vor dem Landgericht in Braunschweig und auch vor demselben Senat des dortigen Oberlandesgerichtes schon mehrfach als technischer Beirat der Partei zur Erläuterung technischer Fragen zum Worte verstattet worden war. Mit diesem Beschluß also hat das Oberlandesgericht in Braunschweig seine eigene bisherige Praxis als unzulässig erklärt. Der Taktik des Prozeßvertreters der Gegenseite aber gelang es durch seinen Antrag, die Aufklärung des technischen Tatbestandes zu verhindern. Auf den von dem Anwalt des Berufungsbeklagten vorgebrachten Hinweis auf die Praxis des Reichsgerichtes in Patentsachen wurde durch das Gericht erwidert, daß diese Frage für das Reichsgericht durch den § 33 des Patentgesetzes geregelt sei. Diese gesetzliche Regelung aber bezieht sich nur auf das Berufungsverfahren gegen die Entscheidungen der Nichtigkeitsabteilung des Kaiserlichen Patentamtes, während sich das Reichsgericht für das Verfahren in Zivilprozessen, in denen es als Revisionsinstanz eingesetzt ist, an dieselben Vorschriften der Zivilprozeßordnung zu halten hat wie alle anderen ordentlichen Gerichte.

Es sollen hier nun zunächst die in Betracht kommenden gesetzlichen Bestimmungen mitgeteilt werden:

1. § 27 der Rechtsanwaltsordnung vom 1. Juli 1878, in Kraft getreten am 1. Oktober 1879.

   „Insoweit eine Vertretung durch Anwälte geboten ist, kann nur ein bei dem Prozeßgerichte zugelassener Rechtsanwalt die Vertretung als Prozeßbevollmächtigter übernehmen.

„In der mündlichen Verhandlung, einschließlich der vor dem Prozeßgericht erfolgenden Beweisaufnahme, kann jedoch jeder Rechtsanwalt die Ausführung der Parteirechte und für den Fall, daß der bei dem Prozeßgerichte zum Prozeßbevollmächtigten bestellte Rechtsanwalt ihm die Vertretung überträgt, auch diese übernehmen."

2. § 90 der Zivilprozeßordnung.

„Insoweit eine Vertretung durch Anwälte nicht geboten ist, kann eine Partei mit jeder prozeßfähigen Person als Beistand erscheinen.

„Das von dem Beistande Vorgetragene gilt als von der Partei vorgebracht, insoweit es nicht von dieser sofort widerrufen oder berichtigt wird."

3. § 137 der Zivilprozeßordnung.

„Die mündliche Verhandlung wird dadurch eingeleitet, daß die Parteien ihre Anträge stellen.

„Die Vorträge der Parteien sind in freier Rede zu halten; sie haben das Streitverhältnis in tatsächlicher und rechtlicher Beziehung zu umfassen.

„Eine Bezugnahme auf Schriftstücke statt mündlicher Verhandlung ist unzulässig. Die Vorlesung von Schriftstücken findet nur insoweit statt, als es auf den wörtlichen Inhalt derselben ankommt.

„In Anwaltsprozessen ist neben dem Anwalt auch der Partei selbst auf Antrag das Wort zu gestatten."

4. § 33 des Patentgesetzes vom 7. April 1891.

„Gegen die Entscheidung des Patentamts (§§ 29, 30) ist die Berufung zulässig. Die Berufung geht an das Reichsgericht. Sie ist binnen sechs Wochen nach der Zustellung bei dem Patentamt schriftlich anzumelden und zu begründen.

„Durch das Urteil des Gerichtshofes ist nach Maßgabe des § 31 auch über die Kosten des Verfahrens zu bestimmen.

„Im übrigen wird das Verfahren vor dem Gerichtshof durch ein Regulativ bestimmt, welches von dem Gerichtshof zu entwerfen ist und durch Kaiserliche Verordnung unter Zustimmung des Bundesrats festgestellt wird."

5. Dieses letztgenannte Regulativ über das Berufungsverfahren beim Reichsgericht in Patentsachen ist durch Kaiserliche Verordnung vom 6. Dezember 1891 (Reichsgesetzblatt 1891, Seite 389) festgestellt worden. Es heißt hier in § 14:

„Die zur Praxis bei dem Reichsgericht zugelassenen Rechtsanwälte sind befugt, im Berufungsverfahren in Patentsachen die Vertretung zu übernehmen.

„Den Parteien und deren Vertretern ist es gestattet, mit einem technischen Beistande zu erscheinen."

Der Gesetzgeber hat also schon bei Erlaß des Patentgesetzes im Jahre 1891 das Auftreten technischer Sachverständiger im Namen der Parteien oder ihrer Prozeßvertreter ausdrücklich vorgesehen. Dem Reichsgericht ist es hiernach nicht gestattet, einen als Parteibeistand zugezogenen Sachverständigen von der Erörterung technischer Fragen vor Gericht zurückzuweisen.

Allerdings bezieht sich diese Vorschrift formell nur auf das Berufungsverfahren in Patentsachen. Der Gesetzgeber hat mit dieser Vorschrift einem praktischen Bedürfnis entsprochen, da nur auf diese Weise der technische Tatbestand in Patentsachen gründlich und mit Sicherheit festgestellt werden kann. Dasselbe Bedürfnis besteht aber auch bei allen anderen Prozessen, bei deren Tatbestand technische Angelegenheiten in Frage kommen, z. B. bei Verletzung der Gesetze über den gewerblichen Rechtsschutz, insbesondere bei Verletzungen der Patentrechte und der Rechte aus dem Gebrauchsmusterschutz, bei Löschungsprozessen usw. In allen diesen Fällen, in denen technische Fragen in entsprechender Weise zu erörtern sind, kann die Vertretung der Partei nicht lediglich durch den Rechtsanwalt erfolgen, der ebenso wie der Richter in diesen Fragen nur Laie ist. Es braucht kaum gesagt zu werden, daß bei der eingehenden Behandlung technischer Probleme, bei denen mathematische und naturwissenschaftliche Kenntnisse der verschiedensten Art notwendig sind, der nur formal gebildete Rechtsanwalt vollständig versagen muß und selbst im günstigsten Falle die Interessen der Partei nicht vollgültig vertreten kann. Ebensowenig kann der Rechtsanwalt dem Gericht eine authentische Erklärung von Zeichnungen oder Modellen geben oder die Wirkungsweise von Modellen oder die Art eines Betriebes gründlich erläutern. Nun ist allerdings nach § 137 der Zivilprozeßordnung in Anwaltprozessen neben dem Anwalt auch der Partei selbst auf Antrag das Wort zu gestatten. Im praktischen Leben reicht aber diese Bestimmung sehr häufig nicht aus, da keineswegs immer der Inhaber oder der gesetzliche Vertreter eines industriellen Betriebes als Spezialist in einem Prozeßverfahren aufzutreten in der Lage ist. Dazu kommt, daß auch zu dem Vortrage technischer Dinge und zu deren eingehender Erklärung den nicht technisch gebildeten Richtern gegenüber eine besondere Begabung und namentlich auch eine größere Übung erforderlich ist, da sonst der Sachverständige sehr leicht gerade die wichtigsten Gesichtspunkte in bezug auf den technischen Tatbestand übersieht oder nicht in der erforderlichen knappen Form vorbringt. Wollte man nun den § 137 Abs. 4 der ZPO streng nach dem Wortlaut auslegen, so dürfte nur die Partei selbst vor Gericht zum Worte verstattet werden, nicht aber der von ihr beauftragte Ingenieur oder Patentanwalt, der nicht gesetzlicher Vertreter der Partei ist. Es wäre dann also der Partei unmöglich gemacht, den technischen Tatbestand gründlich aufzuklären und sich zu dieser Aufklärung derjenigen Fachleute zu bedienen, von denen sie am ersten die sachgemäße Vertretung ihrer Interessen erwarten darf. Es würde auch eine sehr geringe und durchaus unzulässige Bewertung des technischen Wissens bedeuten, wenn man auf die Mitwirkung dieser Fachleute verzichten und die Vertretung vor Gericht auch in technischen Fragen ganz allein dem Rechtsanwalt überlassen wollte. Bei den Patentanwälten kommt noch besonders der Umstand in Betracht, daß sie bei ihrer Zulassung ein erhebliches Maß von juristischen Kenntnissen auf dem Gebiete des gewerblichen Rechtsschutzes nachweisen müssen und daß die gründliche akademische Vorbildung in den technischen Wissenschaften sowie eine entsprechende Praxis in gewerblichen Betrieben als selbstverständlich gilt. Es ist also durchaus widersinnig, diese Fachleute oder andere Spezialisten von der Mitwirkung an der Aufklärung des technischen Tatbestandes zurückzuweisen.

Bei dieser Sachlage hat sich denn auch die Praxis der überwiegenden Mehrzahl der deutschen Gerichte derart entwickelt, daß nur in ganz vereinzelten Fällen die technischen Sachverständigen als Parteibeistände nicht vor Gericht auftreten dürfen. Den Gerichten muß selbstverständlich daran liegen, durch Heranziehung und Befragung der Sachverständigen sich möglichst eingehend über den technischen Tatbestand zu unterrichten. Je eingehender und häufiger diese Information erfolgt, um so sicherer wird das Gericht in der Lage sein, insbesondere auch den technischen Tatbestand zur Grundlage seiner Entscheidung zu machen. Auf derselben Erkenntnis beruht die schon 1907 von dem Preußischen Justizminister gegebene Anregung, in jedem Oberlandesgerichtsbezirk die Rechtsstreitigkeiten aus dem Gebiete des gewerblichen Rechtsschutzes einer bestimmten Landgerichts-Zivilkammer in erster Instanz zuzuweisen, da auf diese Weise die Mitglieder der Zivilkammer eine größere Übung und Erfahrung und auch ein ausreichendes Verständnis für technische Probleme zu gewinnen imstande sein würden. Der Entwurf des neuen Patentgesetzes geht sogar noch weiter und will die Zuweisung der Rechtsstreitigkeiten bezüglich des gewerblichen Rechtsschutzes an die durch das Gesetz zu bestimmenden Zivilkammern festlegen. Aber auch schon die durch das Preußische Justizministerium angeregte Praxis der Gerichte hat sich außerordentlich bewährt. Beim Berliner Landgericht I beschäftigt sich die 16. Zivilkammer ausschließlich mit Patentangelegenheiten und sonstigen technischen Fragen. Auch bei den Gerichten in Frankfurt a. Main bestehen besondere „Patentkammern". Man geht hier von dem richtigen Grundsatz aus, daß das Gericht jeden ihm geeignet erscheinenden Weg für die Aufklärung des technischen Tatbestandes beschreitet und insbesondere durch Befragen der Sachverständigen beider Parteien sich gründlich unterrichtet. Außerdem finden bei diesen Zivilkammern häufige Inaugenscheinnahmen statt, die sich auf die Vorführung von Modellen oder auch von vollständigen Betriebseinrichtungen beziehen. In ähnlicher Weise verfährt das Kammergericht in Berlin, das den von den Parteien als Beistand herangezogenen Sachverständigen eine weitgehende Freiheit bei der Aufklärung des Tatbestandes gewährt. Nach zuverlässiger Nachricht haben sowohl die betreffenden Kammern des Landgerichtes als auch des Oberlandesgerichtes in Frankfurt a. Main schon sehr häufig den Patentanwälten und anderen Technikern, die in Diensten einer der Parteien standen, das Wort verstattet. Die Patentkammer des Frankfurter Landgerichtes hat auch schon einer dritten sachverständigen Person, die weder Patentanwalt war, noch in Diensten einer der Parteien stand, das Wort in technischen Fragen verstattet. Es ist ferner hervorzuheben, daß auch der erste Zivilsenat des Reichsgerichtes, dem ausschließlich die Prozesse über technische Fragen in der Revisionsinstanz zugewiesen sind, sofern technische oder patentrechtliche Fragen zur Verhandlung stehen, den von den Parteien zur Verhandlung gestellten Sachverständigen das Wort verstattet. Diese Praxis des Reichsgerichtes hat sich allerdings nur aus der praktischen Notwendigkeit ergeben; eine grundsätzliche Stellungnahme des höchsten Gerichtshofes ist dagegen bislang unterblieben, weil noch kein Beteiligter die grundsätzliche Seite der Frage angeschnitten hat.

Nach einer von dem Patentanwalt Arndt angestellten Umfrage besteht dieselbe Praxis bei den Oberlandesgerichten Celle, Köln, Kolmar, Darm-

stadt, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Hamburg, Hamm, Karlsruhe, Kiel, Marienwerder, Naumburg und Stuttgart. Nur die Oberlandesgerichte in Breslau und Nürnberg und neuerdings auch in Braunschweig lassen die technischen Sachverständigen nicht zu. Man muß aus diesen Tatsachen den Eindruck gewinnen, daß alle diejenigen Gerichte, die häufiger mit technischen und patentrechtlichen Fragen zu tun haben, besonderen Wert auf die Mitwirkung von Sachverständigen als Parteibeistand legen, während in den wenigen abweichenden Fällen eine auffallende Weltfremdheit zutage tritt.

Die werktätige Industrie aber hat das größte Interesse daran, in Rechtsstreitigkeiten gerade den technischen Tatbestand vollständig und restlos aufgeklärt zu sehen, sie will keineswegs die gesetzlichen Rechte der Rechtsanwälte als Prozeßvertreter beschränken, so daß die Rechtsanwälte verständiger Weise keinen Anlaß haben, dem berechtigten Verlangen der Parteien nach gründlicher Aufklärung entgegenzutreten. Gerade in den Fragen des gewerblichen Rechtsschutzes, die für die gesamte Entwicklung von Industrie und Gewerbe von so hervorragender Bedeutung sind, kann diese gründliche Aufklärung des Tatbestandes am wenigsten entbehrt werden. Wollte man allgemein nach der Praxis der Oberlandesgerichte in Breslau, Nürnberg und Braunschweig verfahren, so würde der Industrie nur übrig bleiben, mit allen Mitteln auf die Beseitigung des Anwaltzwanges hinzuwirken. Die deutsche Industrie muß unbedingt die Gewähr dafür beanspruchen, daß in technischen Prozessen der Tatbestand durch wirkliche Sachverständige aufgeklärt wird. Bedenklich ist ferner, daß nicht nur die drei genannten Oberlandesgerichte, sondern selbstverständlich auch die ihnen nachgeordneten Landgerichte dieselbe Praxis befolgen, so daß eine höchst unerwünschte Ungleichheit in den verschiedenen Gerichtsbezirken des Reiches besteht.

Wenn auch heute noch bei der hoch entwickelten Ausfuhr der deutschen Industrie und bei der Wichtigkeit der Entscheidungen über technische und technisch-rechtliche Fragen einige Oberlandesgerichte die Aufklärung technischer Probleme nicht für wesentlich erachten, sondern in rein formaler Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen lediglich den privilegierten Prozeßvertreter als Parteibeistand anerkennen, so ist eine solche Praxis von bedeutsamen wirtschaftlichen Schäden für Industrie und Gewerbe begleitet. Man sollte annehmen, daß die zur Zeit geltenden gesetzlichen Bestimmungen im Interesse der Rechtssicherheit so ausgelegt werden müssen, daß das Gericht einerseits zwar die Pflicht hat, der Partei selbst auf Antrag das Wort zu erteilen, daß es aber dem Richter durchaus nicht versagt ist, zur Aufklärung des technischen Tatbestandes die von den Parteien als Beistände bestellten Sachverständigen ebenfalls zu hören.

Um die Rechtsgleichheit, die unter keinen Umständen entbehrt werden kann, unter allen Umständen zu sichern, gibt es nun zwei Wege. Entweder muß das Reichsgericht seine bisherige Praxis als maßgeblich für alle Gerichte des Reiches erklären, oder aber es muß eine Änderung der gesetzlichen Bestimmungen in dem oben bezeichneten Sinne herbeigeführt werden. Eine vorläufige Gelegenheit hierzu bietet sich bei der Reform der Gesetze über den gewerblichen Rechtsschutz, die ja nahe bevorsteht. Das Interesse der deutschen Industrie erfordert es, daß bei der ersten besten Gelegenheit die für die Industrie höchst gefährliche Ungleichheit

beseitigt wird, wobei es gar nicht in Betracht kommen kann, ob diese neue Bestimmung in formaler Beziehung in die Gesetze über den gewerblichen Rechtsschutz hineinpaßt oder nicht. Wie mitgeteilt wird, hat auch die Patentkommission des Deutschen Vereines für den Schutz des gewerblichen Eigentums am 7. Januar 1914 eine einstimmige Entschließung angenommen, in der das dringende Verlangen nach obligatorischer Zulassung der von den Parteien gestellten Sachverständigen zum Wort ausgedrückt wird. Auch den Verein deutscher Ingenieure, dessen Bezirksvereine soeben eine umfangreiche Arbeit über die vorgeschlagene Reform der Gesetze über den gewerblichen Rechtsschutz geleistet haben, wird diese wichtige Frage lebhaft interessieren. Um eine unbedingte Rechtssicherheit zu schaffen, muß auch auf eine schleunige Reform der Zivilprozeßordnung, die ja auch in vielen anderen die Interessen von Industrie und Gewerbe berührenden Beziehungen höchst erwünscht ist, hingewirkt werden. Am zweckmäßigsten wird es sein, dem § 137 ZPO eine neue Bestimmung hinzuzufügen, nach der es in allen mit technisch-wirtschaftlichen und technisch-rechtlichen Fragen zusammenhängenden Anwaltsprozessen den Parteien und ihren Vertretern gestattet ist, mit einem technischen Beistande vor Gericht zu erscheinen, der auf Antrag gehört werden muß. Es ist hohe Zeit, daß die sämtlichen technischen und industriellen Verbände des Reiches ihren ganzen Einfluß aufbieten, um dieses Ziel baldigst zu erreichen.

Die Entwicklung der Technischen Hochschulen Preußens in den letzten 25 Jahren.

Eine Ergänzung.

Es konnte naturgemäß nicht Aufgabe eines zusammenfassenden Überblickes, wie ihn mein im Januarhefte dieser Zeitschrift veröffentlichter Aufsatz bieten sollte, sein, jede Einzelheit aus der Geschichte aller Hochschulen zu bringen; denn der Überblick wäre dann ein unentwirrbares Mosaik geworden. Er mußte sich vielmehr darauf beschränken, nur die Anfänge der einzelnen Entwicklungsreihen zu beleuchten; demgemäß sind nur die ersten elektrotechnischen und Maschinenlaboratorien erwähnt worden, die vorbildlich für die übrigen geworden sind, die im Laufe weniger Jahre an allen Hochschulen in ähnlicher Art eingerichtet wurden.

Im Verfolg einer Anregung der Herren Geheimräte Professor W. Kohlrausch und Professor Frese mögen hier die Einzelangaben für ihre Laboratorien an der Technischen Hochschule in Hannover nachgetragen werden.

Das elektrotechnische Laboratorium wurde im Studienjahre 1884/85 mit einem Extraordinarium von 28 000 M und einem Ordinarium von 2000 M eingerichtet. Die Zahl der Praktikanten betrug im ersten Jahre 7, stieg im zweiten auf 13, im dritten auf 23. Zum Betriebe diente eine Gasmaschine von 8 PS.

Das Maschinenlaboratorium wurde im Studienjahre 1896/97 eröffnet und hatte im ersten Jahre 77 Teilnehmer.

Kammerer, Charlottenburg.

II. DER GELD- UND WARENMARKT.

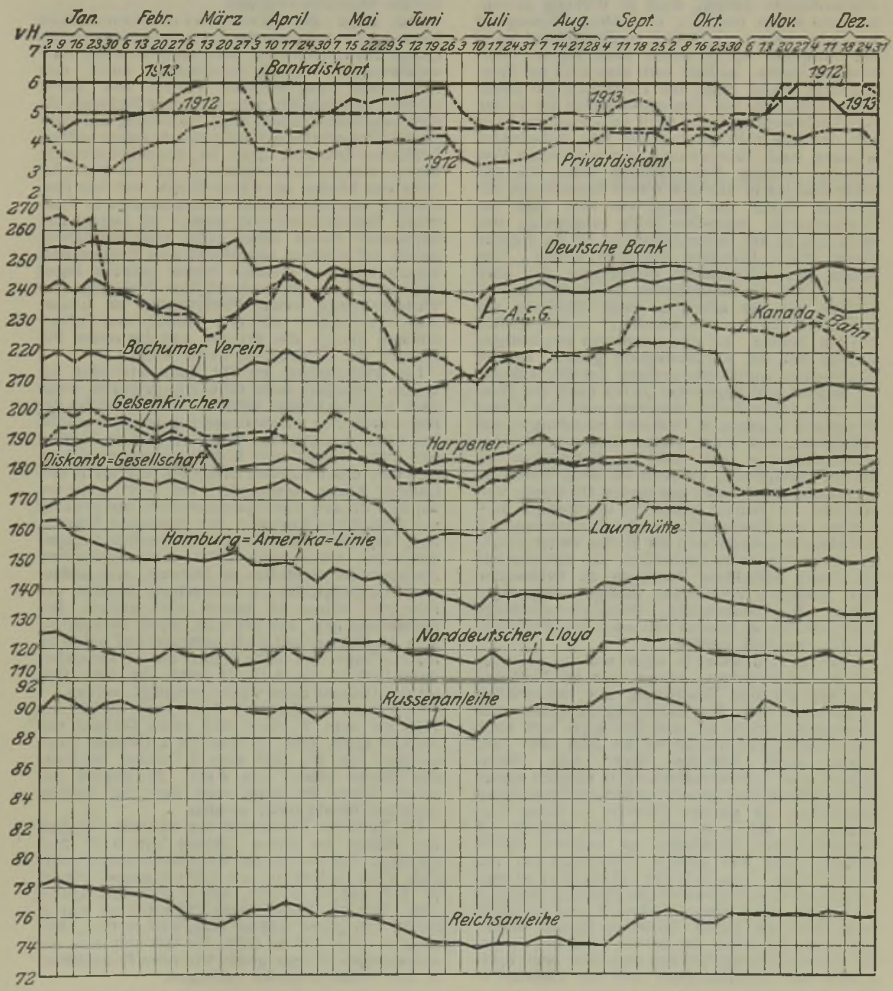
Diskont- und Effektenkurse an der Berliner Börse 1913.

Das Börsenjahr 1913 stand in seinem Beginn unter dem Einfluß der Politik. Die kriegerischen Ereignisse am Balkan bestimmten die Börsenlage so lange, bis man Gewißheit zu haben glaubte, daß Verwicklungen der Großmächte wegen der Balkanstreitigkeiten als ausgeschlossen gelten konnten, und bis mit der Erschöpfung der kriegführenden Parteien, vornehmlich Bulgariens, die Notwendigkeit der Einstellung aller Feindseligkeiten gegeben war. Dann haben Geldmarkt und Industrie einen wachsenden Einfluß auf die Börse gewonnen. Die Versteifung des Geldmarktes hemmte alle wirtschaftliche Tätigkeit und weiterhin auch die Börsenspekulation; die industriellen Verhältnisse verschlechterten sich ständig, die Kurse führender Werte, besonders des Montanmarktes, sanken. Die gegen Ende des Jahres eingetretene Gelderleichterung, die besonders auch durch die Diskontpolitik der Notenbanken gefördert worden ist — diese verfügten mit dem Schwinden aller politischen Befürchtungen und dem Darniederliegen von Handel und Gewerbe über bedeutende Barmittel — verbürgt indessen noch keinerlei Besserung der Wirtschaftslage, und hat höchstens für die Börse das eine Gute im Gefolge gehabt, daß sich die über Gebühr gesunkenen Rentenkurse wesentlich erholen konnten.

Im einzelnen schwebte während des ersten Vierteljahres 1913 die Börse zwischen Furcht und Hoffnung, je nachdem das politische Barometer auf besseres oder schlechteres Wetter zeigte. Die übliche Erleichterung am Geldmarkte, die trotz der hohen Geldsätze am Anfang des Jahres nicht ausgeblieben war, führte zu Deckungs- und teilweise auch wohl zu Meinungskäufen, die weiter durch den Gang der Londoner Friedensverhandlungen zwischen der Türkei und den Balkanstaaten gefördert wurden. Allen diesen Hoffnungen hat dann aber die noch im Januar 1913 zum Ausbruch gekommene jungtürkische Militärrevolution ein plötzliches Ende bereitet. Hatte die Börse schließlich diese Ereignisse mit knapper Not überwunden, so verstimmte die schon gegen Ende des ersten Vierteljahres hervorgetretene und im weiteren Verlauf sich immer mehr verschärfende Versteifung des Geldmarktes. Der starke Rückgang der heimischen Renten und der Umstand, daß die Ausgabe bedeutender Anleihebeträge des Reiches und Preußens keinen befriedigenden Erfolg hatte, legte jede Unternehmungslust auf Wochen hinaus lahm, um so mehr, als sich auch in der Andauer der kriegerischen Verhältnisse am Balkan die Zuspitzung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich wieder einmal geltend zu machen schien. Die Versuche zur Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich und die Ankündigung der Milliardensteuer bei uns rückten die Tatsachen in eine besonders grelle Beleuchtung. Obwohl die Abschlüsse führender Bank- und Industriewerte für das Jahr 1912 noch im ganzen befriedigten, hat die Börse doch auf diese Erscheinung keinen besonderen Wert gelegt, während sie sich anderseits durch eine vorübergehende Erleichterung des Geldmarktes, der jedoch die Notenbanken keinerlei Rechnung durch Diskontermäßigungen trugen, ganz vorübergehend zu einer besseren Beurteilung der politischen und Wirtschaftsverhältnisse umstimmen ließ. Plötzlich aber waren, nachdem noch kurz vorher der Friede in sichtbare Nähe gerückt schien, durch die diplomatischen Verwicklungen zwischen Oesterreich und Montenegro, das letzten Endes durch Rußland gestützt wurde, alle Hoffnungen wieder zerstört, und der diplomatische Kampf Oesterreich-Ungarns und Italiens gegen Montenegro, der eine Kraftprobe gegen Rußland darstellte, ließ erneut Befürchtungen tiefgreifender Verwicklungen zwischen den Großmächten aufleben und führte damit zu heftigen Schwankungen und weiterem Sinken der Kurse. Eine kurze jähe Aufwärtsbewegung in den ersten Tagen des Mai, die aber sofort durch das weitere Steigen der Geldsätze zum Stillstand kam, kennzeichnet die politische Entspannung zwischen den Großmächten. Abermals verschlechterte sich die Börsenlage, als der Kampf zwischen den Balkanverbündeten selbst einsetzte, und erst das tatkräftige Eingreifen Rumäniens gab der Börse die Hoffnung wieder, daß die politische Lage endgültig geklärt werden würde. In die politischen Sorgen der Monate Mai bis Juli spielte aber gleichzeitig die ernste Befürchtung hinein, daß die Hochkonjunktur durch den Balkankrieg rascher beendet werden würde, als man noch kurz zuvor anzunehmen geneigt war. Preisherabsetzung am internationalen Eisenmarkt, Wiedereinführung der Ausfuhrvergütung des Kohlensyndikates u. a. legten der Börse nahe, daß der schon seit langem einsetzende Prozeß der Preisentwertung in der Montanindustrie bis zum Rohstoff herab vollzogen sei. Wenn in den Monaten August und September mit dem Aufhören des politischen Druckes und unter dem Eindruck einer recht guten Ernte eine lebhaftere Börsentätigkeit und eine Art Haussebewegung einsetzte, so darf man nicht vergessen, daß sich diese vor allem auf zahlreiche ausländische Werte stützte, die ein gewisses Interesse erregten. Hier ist vor allem die Bewegung in Petroleum- und Braunkohlenwerten hervorzuheben, nicht minder die Bewegung in russischen Bankwerten. Auch auf dem Schiffahrtsmarkte setzte, da die Frachten noch immer ziemlich hoch waren, eine lebhafte Bewegung ein, deren Früchte man noch vor dem Sinken der Konjunktur gewissermaßen mitnehmen wollte. Rascher als man es ahnte, ist auch die Bewegung auf diesem Gebiete zum Stillstand gekommen und in ihr Gegenteil umgeschlagen. Die Diskonterhöhung in London Anfang Oktober, die erfolgen mußte, da die Vereinigten Staaten ihre Guthaben aus Europa nicht nur längst zurückgezogen hatten, sondern bereits anfingen, den europäischen Geldmarkt empfindlich in Anspruch zu nehmen, war das Zeichen, wiederum jede spekulative Börsentätigkeit rasch abzubrechen. Mit einem Male wirkten alle ungünstigen Nachrichten und Erscheinungen, auf die man sonst keinen Nachdruck gelegt hatte, mit besonderer Heftigkeit auf die Börse ein. Hierzu gehören in erster Linie die sich immer weiter verschlechternde Lage in den südamerikanischen Wirtschaftsländern, dem gegebenen Absatzgebiete Europas und nicht zuletzt Deutschlands, vor allem aber auch die aufflackernde und zu schwerster wirtschaftlicher Schädigung führende Revolutionsbewegung in Mexiko. Ein bisher kaum erlebter Pessimismus bemächtigte sich der Börse, der nur dadurch etwas gemildert wurde, daß die Reichsbank, die in den letzten Monaten ihre Barbestände außerordentlich erhöht hatte, mit einer zweimaligen Diskontermäßigung vorzugehen vermochte. Mit der Erleichterung des internationalen Geldmarktes zu Beginn des Jahres 1914 hat auch eine freundlichere Haltung der Börse eingesetzt, die weiter andauert, wenngleich die bisherigen Kurserhöhungen der eigentlichen Besserung in der Industrie noch weit voraneilen.

Was die einzelnen Märkte betrifft, so zeigte der Bankenmarkt im ersten Vierteljahr 1913 im großen und ganzen nur unwesentliche Schwankungen. Im zweiten Vierteljahr war nach einigem Hin und Her schließlich ein deutlicher Rückgang, der sich immer weiter verstärkte, zu beobachten. Ende der ersten Juliwoche hatten die Kurse ihren Tiefstand erreicht, worauf sie wieder zunächst langsam und im August und September etwas lebhafter anzogen. Die befriedigend lautenden Aeußerungen über die Halbjahrsabschlüsse verursachten namentlich im September eine Steigerung, von der freilich die Werte einzelner Institute, wie z. B. Schaaffhausenscher Bankverein, ausgeschlossen waren. Von dem allgemeinen Zusammenbruch der Hausse wurden auch im Oktober wieder Bankwerte nicht unerheblich mitgenommen; sie zogen indessen im November und Dezember wieder soweit an, daß sie wenigstens den Septemberhochstand voll erreichten. Nur Schaaffhausenscher Bankverein und Handelsgesellschaft erlitten auf Mitteilungen, daß die Dividende hinter der vorjährigen zurückbleiben würde, einen stärkeren Rückschlag. Im Gegensatz zu den deutschen Bankwerten hatten österreichische und russische Bankwerte eine wesentlich günstigere Kursbewegung gehabt.

Der Rentenmarkt spiegelt durchaus die Verhältnisse des Geldmarktes wieder. In immer heftigeren Schwankungen bewegten sich vor allem heimische Anleihen einem Tiefstand zu, der für 3 vH-Reichsanleihe gleichfalls in der ersten Juliwoche mit 73,80 erreicht wurde, nachdem Anfang des Jahres ein Kurs von 78,60 bestanden hatte. Der September brachte dann eine wesentliche Erholung für heimische Anleihen, und in den letzten Jahresmonaten hat sich unter dem Einfluß der leichteren Geldverhältnisse der Kurs zwischen etwa $75^{3}/_{4}$ und $76^{1}/_{2}$ bewegt. Entsprechend weisen auch russische Rentenwerte, bei denen die



Entwertung in den Vormonaten nicht so bedeutend gewesen war, im August und September eine lebhaftere Steigerung auf, von der sie allerdings dann wieder abgeben mußten. Balkanwerte haben, nachdem die Feindseligkeiten eingestellt worden waren, gleichfalls wieder lebhafter anziehen können, wenn auch die Kurse von Beginn des Jahres noch keineswegs wieder erreicht worden sind. Einem heftigen Rückgang waren gegen Schluß des Jahres mexikanische Anleihen ausgesetzt.

Am Montanmarkt hatten sich zunächst die Kurse recht gut behaupten können, da man hier den politischen Verhältnissen nicht allzu großen Einfluß einräumte. Die bedeutende Erweiterung zahlreicher Betriebe im Vorjahr und zu Beginn des Jahres ließ eine baldige weitere Produktionssteigerung erwarten. Dann kamen aber die Meldungen über Preisrückgänge aus Belgien und England, die schließlich, obwohl die führenden Montanwerke noch das Jahr 1912 sehr günstig abgeschlossen hatten, doch an Wirkung gewannen und schon im März eine Abwärtsbewegung zur Folge hatten, die freilich vorübergehend bis in die Mitte des Aprils hinein noch einmal überwunden wurde. Alsbald kam aber auch der Montanmarkt völlig unter die Herrschaft der politischen Einflüsse, wie dies insbesondere die heftige Abwärtsbewegung Ende April im Zusammenhang mit der Skutari-Frage und die jähe Aufwärtsbewegung nach Entspannung der politischen Verhältnisse Anfang Mai erkennen läßt. Die seit Mitte Mai bis in den Juli hinein herrschende allgemeine Unlust der Börse hat sich auch am Montanmarkte besonders heftig ausgeprägt, und auch hier in der ersten Juliwoche für die meisten Werte einen Tiefstand erreichen lassen. Das Sinken der inländischen Eisenpreise, das auch nicht durch die Maßnahmen des Stahlwerksverbandes, die vor allem in einer Erhöhung der Ausfuhrvergütungen bestanden, hintangehalten werden konnte, hat einen weiteren ungünstigen Einfluß auf die Kursbewegung geübt. An der allgemeinen Aufwärtsbewegung der Börsenkurse im August und September nahm auch der Montanmarkt vollen Anteil; ausgenommen von dieser Bewegung waren u. a. Deutsch-Luxemburger und Hohenlohe, von denen erstere ihre erneuten Anleihebedürfnisse nur mit Schwierigkeiten zu decken vermochten, während für beide Werke die Inaussichtnahme einer geringeren Dividende verstimmte. Im Oktober haben die ungünstigen Meldungen vom Eisenmarkt und der Zusammenbruch der Haussespekulationen die Kurse weiter herabgedrückt, bis dann schließlich für Kohlenwerte ein etwas lebhafteres Anziehen zu beobachten war, wogegen Eisenwerte mäßiger angezogen haben. Die bedeutenden Dividendenabschläge sind indessen in keinem Fall auch nur annähernd wieder eingeholt worden.

Elektrizitätswerte lagen anfangs vernachlässigt und niedriger, zogen dann im April und Mai auf günstige Beurteilung der industriellen Verhältnisse und des Beschäftigungsgrades der führenden Betriebe an und bewegten sich nach vorübergehendem Rückgang im Juni sehr bald wieder noch lebhafter nach oben. Nachrichten über Arbeiterentlassungen standen später Auslassungen über günstigen Beschäftigungsgrad gegenüber; sie glichen einander in ihren Wirkungen auf die Kurse aus, so daß August und September im Gegensatz zu anderen Marktgebieten hier nur mäßige Schwankungen zur Folge hatten. Der Schiffahrtsmarkt ist entsprechend dem Hochstande der Frachten zunächst noch recht fest gewesen, indessen sind die Kurse sehr bald von ihrem höchsten Stande herabgeglitten, da schon im ersten Teile des Jahres die Wettbewerbstreitigkeiten zwischen dem Nordatlantischen Schiffahrtspool und der Canada-Pacific-Bahn verstimmten. Später traten weitere leichte Entwertungen ein, die sich infolge des Ausbruches der Streitigkeit zwischen Paketfahrt und Lloyd erheblich verstärkten. Die Kapitalerhöhung der Hamburg-Amerika-Linie ist gleichfalls Veranlassung für einen lebhaften Kurssturz in diesen Werten gewesen.

Am Bahnenmarkt haben Amerikaner zuerst im Einklang mit den weniger günstigen Verhältnissen der New Yorker Börse erheblich nachgegeben, zogen dann wieder im April und Mai an und machten während des übrigen Jahres die allgemeine Kursbewegung mit. Für Canada-Pacific-Bahn wirkte verstimmend die Kapitalerhöhung und das Unterbleiben der in Aussicht gestellten Verteilung eines Extra-Bonus. In österreichischen Bahnwerten herrschte zeitweilig ein lebhaftes Geschäft bei leicht steigenden Kursen, ebenso in Orientbahn-Aktien, die namentlich gegen Jahresschluß eine lebhafte Aufwärtsbewegung zeigten, da man auf eine große Abfindungssumme für die Aktionäre rechnete.

Die Lage des Kassaindustriemarktes folgte im wesentlichen der Lage der Ultimomärkte. Einige Maschinenwerte und Schiffswerften (Howaldtswerke, Vulcan) verstimmten durch ihre Abschlüsse. Im weiteren Verlauf des Jahres zeigten Terrainaktien eine steigende Richtung, da sich angeblich Zeichen einer Besserung auf dem Grundstücksmarkte geltend gemacht haben sollten. Lebhaftes Interesse trat für Braunkohlenwerte hervor, das im Zusammenhang mit der Veräußerung von Werten des Fürstentrusts und dem Eindringen des böhmischen Kohlenhandels in deutschen Braunkohlenbesitz stand. Im August und September haben dann auch Maschinenfabrikaktien mit wenigen Ausnahmen eine gewisse Besserung erkennen lassen. Stärker gedrückt lagen Automobilwerte, da man mit dem Rückgange der Wirtschaftslage einen Minderbedarf an Luxuswagen erwartete, während Waffen- und Pulverfabriken infolge des Krieges und der neuen Rüstungen der Großmächte weiter stiegen.

Die Verhältnisse am Geldmarkte sind im ersten Vierteljahr recht schwierig gewesen, wenn auch anfangs infolge stärkerer Rückflüsse bei der Reichsbank eine leichte Besserung erwartet wurde. Die Sätze des offenen Marktes zogen im Februar und März wieder sehr lebhaft an und erreichten die Höhe des offiziellen Diskontes, der bis in den Oktober hinein unverändert auf 6 vH gelassen wurde. Zu den Vierteljahrsterminen war jeweilig ein lebhafteres Anziehen der Geldsätze bemerkbar, dagegen läßt sich seit der zweiten Septemberwoche, wenn auch unter vorübergehendem Anziehen der Geldsätze im Oktober, eine andauernde Gelderleichterung beobachten, die über das Jahr 1913 hinaus im neuen Jahre anhielt. Die Reichsbank hat, wie erwähnt, ihren Diskont bis zum 27. Oktober auf 6 vH belassen und setzte an diesem Tage und noch einmal am 11. Dezember ihren Diskont um je $^1/_2$ vH herab. Im Jahre 1914 ist der Diskont dann weiter ermäßigt worden.

Die Bank von England hielt vom 18. Oktober 1912 bis zum 17. April 1913 einen Diskont von 5 vH in Kraft, vom 17. April bis 2. Oktober einen solchen von $4^1/_2$ und vom 2. Oktober bis Ende des Jahres wieder von 4 vH. Zu Beginn des neuen Jahres ist dann auch hier der Diskont mehrfach herabgesetzt worden.

Die Bank von Frankreich hat während des ganzen Jahres an ihrem Diskont von 4 vH festgehalten. Der durchschnittliche Bankdiskont stellte sich 1913 in Berlin auf 5,88 vH gegen 4,94 vH in 1912, 4,43 vH in 1911, 4,35 in 1910 und 3,94 in 1909. Der durchschnittliche Privatdiskont war in Berlin 4,98 gegen 4,22 in 1912, 3,55 in 1911, 3,54 in 1910 und 2,87 in 1909. Es läßt sich also ein andauerndes Steigen genau wie beim Bankdiskont in den letzten 5 Jahren verfolgen.

Wechselkurse in London, Paris und New York.

Auch im abgelaufenen Jahre sind die Wechselkurse durch die Politik stark beeinflußt worden. Scheck London stand in den ersten neun Monaten meist niedriger als im Vorjahre; im Oktober zog er wieder an. Scheck Paris hielt sich mit Ausnahme des Januars während des ganzen Jahres niedriger als im Vorjahre. Dasselbe gilt für Scheck New York.

Die Betriebsergebnisse der deutschen Eisenbahnen.

(Siehe Abbildung S. 192.)

Von Januar bis Dezember hat sich der Personen- und Güterverkehr auf den deutschen Eisenbahnen wie folgt entwickelt:

	Personenverkehr		Güterverkehr	
	1912	1913	1912	1913
	in Millionen M			
Januar . . .	54,47	57,66	149,44	164,53
Februar . . .	50,91	52,41	157,26	164,07
März	63,39	76,00	168,83	171,34
April	74,17	66,11	154,56	172,98
Mai	82,75	89,98	160,98	165,49
Juni	80,23	82,13	154,61	161,54
Juli	94,65	99,07	164,18	173,45
August . . .	90,48	97,94	173,80	175,50
September . .	79,74	85,29	174,73	180,49
Oktober . . .	71,89	75,99	188,77	196,04
November . .	57,44	62,61	178,87	176,86
Dezember . .	68,07	68,64	164,80	162,84
	868,9	913,83	1990,83	2065,13

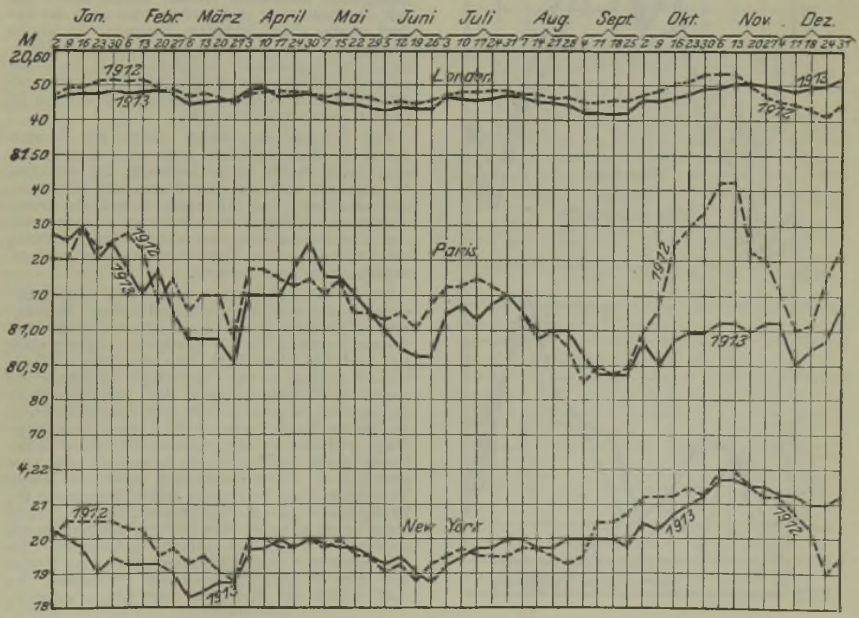
Trotzdem die wirtschaftlichen Verhältnisse von Monat zu Monat eine wesentliche Verschlechterung zeigen, hatte die Einnahme aus dem Personen- und Güterverkehr vorläufig noch nicht den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse wiedergespiegelt. Dies tritt erst seit dem November in die Erscheinung; die Einnahmen aus dem Güterverkehr sind hier geringer als im entsprechenden Vorjahrsmonat gewesen. Im Dezember hat sich dann diese Erscheinung weiter fortgesetzt.

Nach den Zusammenstellungen des Reichseisenbahnamtes stellen sich die Gütereinnahmen auf 1 km Betriebslänge wie folgt:

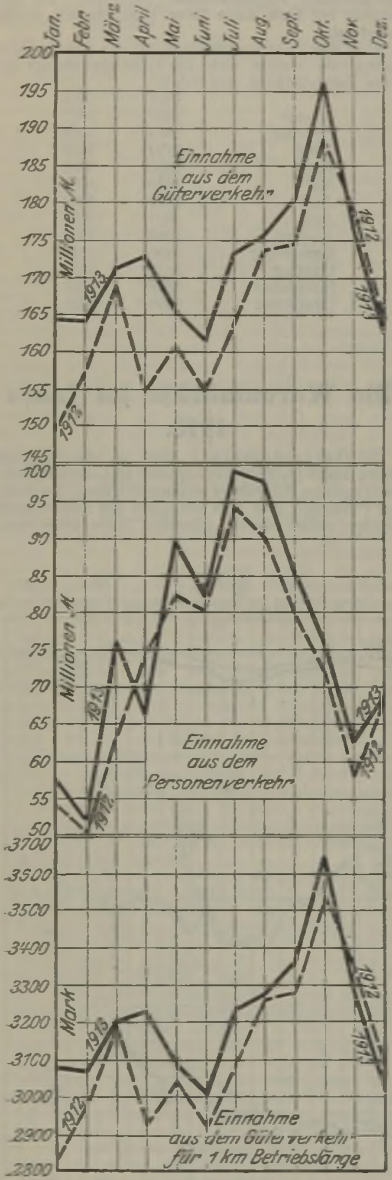
	1912	1913
Januar	2827	3077
Februar	2974	3068
März	3192	3202
April	2930	3232
Mai	3040	3087
Juni	2918	3010
Juli	3091	3232
August	3268	3272
September . . .	3285	3359
Oktober	3539	3642
November . . .	3348	3281
Dezember . . .	3085	3015

Die Warenmärkte im Jahre 1913.

Die Getreidemärkte sind im abgelaufenen Jahre durch politische Ereignisse andauernd beeinflußt worden. Allerdings ist diese Wirkung, die meist zur Festigkeit und zum Anziehen der Notierungen führte, später durch günstige Ernteverhältnisse



ausgeglichen worden. Bereits im ersten Vierteljahre hat die Größe und Güte der Beschaffenheit der argentinischen Zufuhren nach Europa eine mattere Haltung hervorgerufen, während die amerikanischen Märkte fester lagen. Auch weiterhin

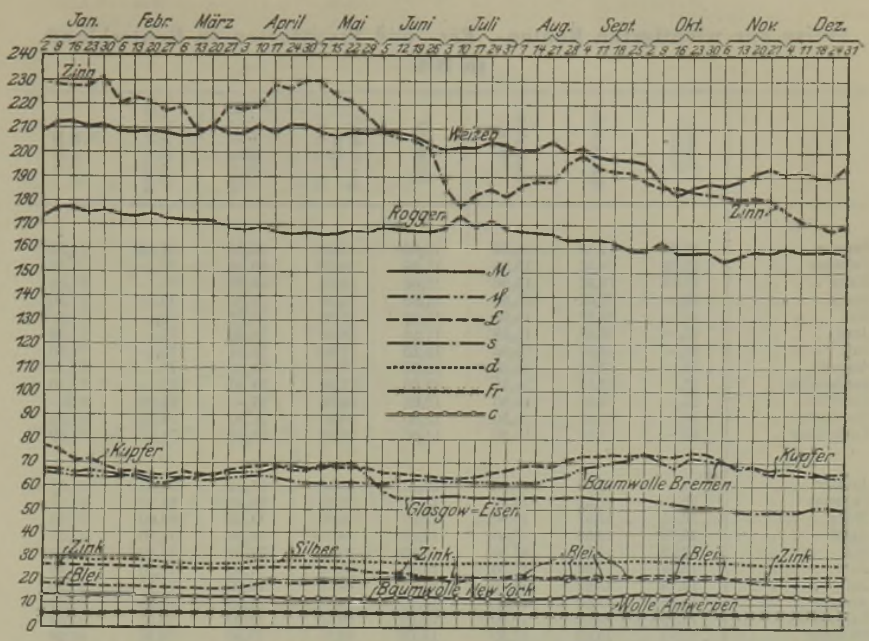


sind die Witterungsverhältnisse in den europäischen Ländern recht günstig gewesen, so daß die Markthaltung wenig zur Festigkeit neigte, wogegen dann später das Ausbleiben des russischen Angebotes in Roggen und Weizen und der starke Bedarf Frankreichs und der Balkanstaaten an letzterer Getreideart eine Aufwärtsbewegung hervorrief. Der gute Ausfall der Ernte hat im Herbst für alle Getreidearten eine Abschwächung der Notierungen zur Folge gehabt, mit Ausnahme von Mais; hier sprach sich die geringere amerikanische Ernte in nicht unbedeutenden Preiserhöhungen aus. Gegen Ende des Jahres läßt sich dann wieder wohl vorübergehend ein leichtes Anziehen der Preise beobachten, da Meldungen über Ernteschädigungen in Argentinien und Indien vorlagen. Immerhin haben die großen Ernteerträgnisse und das demgemäß sich mehrende Angebot auf den europäischen Getreidemärkten ein stärkeres Anziehen der Preise auf die Dauer verhindert.

Die Metallmärkte standen während des ganzen abgelaufenen Jahres im Gegensatz zum Vorjahre mit Ausnahme von Blei im Zeichen der Abschwächung. Freilich hat es nicht an lebhaften Schwankungen gefehlt, die besonders auf dem Kupfermarkte hervortraten, wo zeitweise die erlittenen Einbußen wieder voll eingeholt werden konnten. Die starke Abschwächung im ersten Vierteljahr wurde durch die außerordentlich stark gestiegenen Vorräte und die sehr geringe Nachfrage veranlaßt. Vorübergehend zogen im März und April die Preise auf die politische Entspannung und Meldungen eines Arbeiterausstandes in den Rio Tinto-Gruben an, bis abermals im Mai und Juni ein scharfer Rückgang eintrat, der den Kupferpreis auf einen Tiefstand von 62 £ Londoner Notierung brachte. Dann folgte bis in den August hinein eine lebhafte Aufwärtsbewegung, da zu der Streikbewegung auf den spanischen Gruben auch ein Ausstand im amerikanischen Seengebiet befürchtet wurde. Hinzu kam, daß mit der Besserung des Geldmarktes auch der Bedarf wieder etwas lebhafter einsetzte. Im letzten Vierteljahre sind die Kupferpreise durch den Rückgang der industriellen Konjunktur und durch die niedrigen Eisenpreise empfindlich beeinflußt worden, obgleich sich die statistische Marktlage im ganzen etwas gebessert hat.

Der Zinnmarkt wurde durch den Kupfermarkt in Mitleidenschaft gezogen, vornehmlich aber auch durch starke Verkäufe der östlichen Produzenten und der amerikanischen Baissepartei beeinflußt. Der Zinkpreis war im ersten Vierteljahr mäßigen Schwankungen ausgesetzt. Der Markt wurde in den letzten Monaten durch die Preispolitik des Zinkhüttenverbandes, der erneuert wurde, gut gestützt.

Der Bleimarkt zeigte eine völlig andere Bewegung als die übrigen Metallmärkte. Das Anziehen der Preise war durch die mexikanischen Wirren gegeben, die die dortige Erzeugung stark herabdrückte. Der Silberpreis ging zunächst lebhaft zurück; er zog im zweiten Vierteljahr auf spekulative Manipulationen der indischen Bank an, schließlich ging er mit dem Zusammenbruch der Indian Specie Bank wieder zurück. Der englische Eisenmarkt wurde, soweit Roheisen in Betracht kommt, zunächst noch behauptet, sehr bald aber lag er scharf rückläufig; Ende des ersten Vierteljahres und im zweiten Vierteljahr stiegen die Preise dann dauernd. Freilich war diese Steigerung nicht durch normale Verhältnisse, sondern durch spekulative Einflüsse zustande gekommen. Im Mai brach der spekulative Corner, der die Preise auf etwa 70 s/t getrieben hatte, zusammen. Im Juni wurde ein Tiefstand von 53½ s erreicht,



während in den folgenden Monaten der Markt unter leichten Schwankungen verkehrte, gegen Jahresschluß aber im Zusammenhang mit der allgemeinen Wirtschaftslage bis auf 49 s abschwächte. Am Baumwollmarkte sind die Preise zuerst ständig zurückgegangen, da eine starke Baissepartei an den amerikanischen Märkten die Oberhand gewonnen hatte. Nach vorübergehender Befestigung im zweiten Vierteljahr wurde er abermals schwächer, da die günstigen Witterungsberichte und nicht unbeträchtliche Vorräte aus der letzten Ernte einen Druck auf die Marktlage ausübten, endlich auch Betriebseinschränkungen in den amerikanischen Spinnereien vorlagen. Die weiterhin erfolgende Verschlechterung des Saatenstandes und die dadurch hervorgerufenen geringeren Ernteschätzungen haben zu einer Preisbesserung geführt, die sich indessen nicht voll behauptete, da nunmehr auch die Abschwächung in der Textilindustrie immer deutlicher hervortrat. Trotz vorübergehender Besserung im Oktober sind die Preise dann weiterhin gesunken, um so mehr als die aus der neuen Ernte in den Vereinigten Staaten vorgenommenen Entkörnungen ein sehr gutes Ergebnis nach Menge und Beschaffenheit hatten. Die Wollmärkte lagen im ganzen ruhig, zeitweise ausgesprochen fest, dann aber schwächer, da der befürchtete Rückgang der australischen und argentinischen Wollschur sich doch nicht als so bedeutend, wie man erwartet hatte, herausstellte. Später war der Markt schwächer, da die besseren Schurverhältnisse weiter einwirkten, anderseits die Absatzverhältnisse ungünstiger geworden sind.

Der deutsche Kohlen-, Eisen- und Erzmarkt.

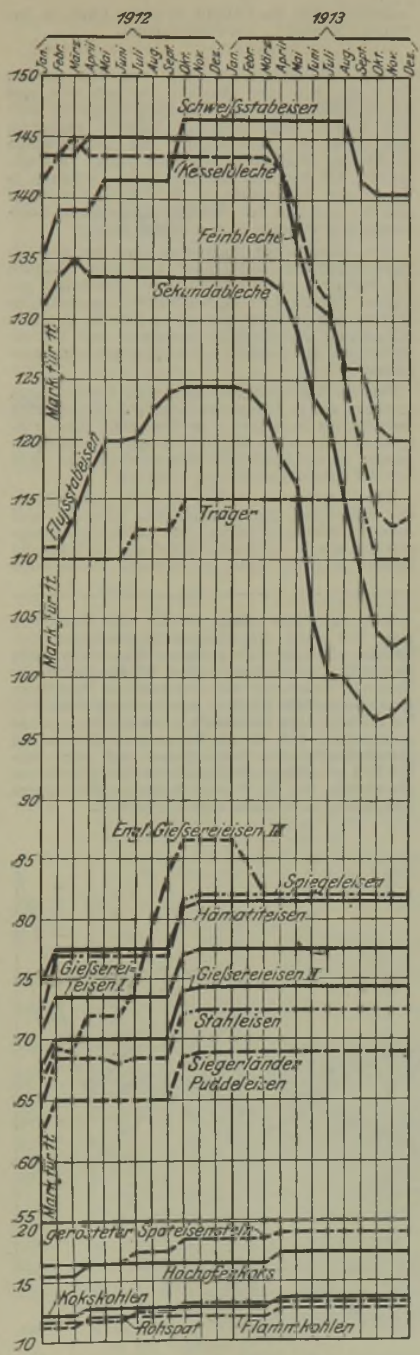
Die Abbildung und die Zahlentafel auf den Seiten 194 und 195 zeigen die Preisbewegung der wichtigsten Kohlen-, Erz- und Roheisensorten sowie die Preise einer Anzahl Halb- und Fertigerzeugnisse der Eisenindustrie während der beiden letzten Jahre. Die Preise verstehen sich in M/t. Es sind Durchschnittsberechnungen nach den Feststellungen der Hauptbörsen in Essen und Düsseldorf.

Die lebhafte Aufwärtsbewegung am deutschen Kohlen-, Eisen- und Erzmarkt im Jahre 1912 hat während der ersten Hälfte des Jahres 1913 zum Teil noch angehalten. Zwar haben schon die Produkte der weiteren Verarbeitung zunächst ein wenig und dann weiterhin stärker nachgegeben, dagegen sind die Kohlen- und Erzpreise zunächst noch weiter in die Höhe gegangen, während die Notierungen am Roheisenmarkte behauptet blieben. In der zweiten Jahreshälfte ist der Rückgang für Stabeisen und Bleche sehr beträchtlich gewesen, während die vom Stahlwerksverbande kontrollierten Trägerpreise erst in den letzten Monaten nachgegeben haben. Behauptet blieben die Notierungen für Roheisen. Hier sind erst seit Beginn 1914 die Preise durch den Roheisenverband herabgesetzt worden. Man darf annehmen, daß sich die Lage im Laufe des Jahres 1914 allmählich bessern wird, doch läßt sich über den Zeitpunkt noch nichts Genaues feststellen. Im Augenblick befinden wir uns noch im Tiefstand.

Preise der wichtigsten Kohlen-, Erz- und Eisensorten in Deutschland in M/t.

	Flammkohle	Kokskohle	Hochofenkoks	Rohspat	gerösteter Spateisenstein	Gießereieisen Nr. I	Gießereieisen Nr. II	Hämatiteisen
1912								
Januar . . .	11,25	11,62	15,50	11,60	16,50	70,50	67,50	74,50
Februar . . .	11,25	11,62	15,50	11,60	16,50	73,50	70,—	77,50
März	11,25	11,62	15,50	11,60	16,50	73,50	70,—	77,50
April	12,—	12,62	16,50	11,60	16,50	73,50	70,—	77,50
Mai	12,—	12,62	16,50	11,60	16,50	73,50	70,—	77,50
Juni	12,—	12,62	16,50	11,60	16,50	73,50	70,—	77,50
Juli	12,—	12,62	16,50	12,20	17,50	73,50	70,—	77,50
August . . .	12,—	12,62	16,50	12,20	17,50	73,50	70,—	77,50
September . .	12,—	12,62	16,50	12,20	17,50	73,50	70,—	77,50
Oktober . . .	12,—	12,62	16,50	12,80	18,50	77,—	74,00	81,—
November . .	12,—	12,62	16,50	12,80	18,50	77,50	74,50	81,50
Dezember . .	12,—	12,62	16,50	12,80	18,50	77,50	74,50	81,50
1913								
Januar . . .	12,—	12,62	16,50	12,80	18,50	77,50	74,50	81,50
Februar . . .	12,—	12,62	16,50	12,80	18,50	77,50	74,50	81,50
März	12,—	12,62	16,50	12,80	18,50	77,50	74,50	81,50
April	12,75	13,62	17,50	13,10	19,—	77,50	74,50	81,50
Mai	12,75	13,62	17,50	13,10	19,—	77,50	74,50	81,50
Juni	12,75	13,62	17,50	13,10	19,—	77,50	74,50	81,50
Juli	12,75	13,62	17,50	13,10	19,—	77,50	74,50	81,50
August . . .	12,75	13,62	17,50	13,10	19,—	77,50	74,50	81,50
September . .	12,75	13,62	17,50	13,10	19,—	77,50	74,50	81,50
Oktober . . .	12,75	13,62	17,50	13,10	19,—	77,50	74,50	81,50
November . .	12,75	13,62	17,50	13,10	19,—	77,50	74,50	81,50
Dezember . .	12,75	13,62	17,50	13,10	19,—	77,50	74,50	81,50

	Siegerländer Puddeleisen	Stahleisen	Spiegeleisen	Schweißeisen, Stabeisen	Flußeisen, Stabeisen	Träger	Kesselbleche	Sekundableche	Feinbleche
1912									
Januar . . .	62,—	64,50	72,—	135,—	111,—	110,—	141,—	131,—	143,50
Februar . . .	65,—	68,50	77,—	139,—	111,—	110,—	143,50	133,50	143,50
März	65,—	68,50	77,—	139,—	113,50	110,—	145,—	135,—	143,50
April	65,—	68,50	77,—	139,—	117,50	110,—	143,50	133,50	145,—
Mai	65,—	68,50	77,—	141,50	120,—	110,—	143,50	133,50	145,—
Juni	65,—	68,—	77,—	141,50	120,—	110,—	143,50	133,50	145,—
Juli	65,—	68,50	77,—	141,50	120,25	112,50	143,50	133,50	145,—
August . . .	65,—	68,50	77,—	141,50	122,50	112,50	143,50	133,50	145,—
September . .	65,—	68,50	77,—	141,50	124,—	112,50	143,50	133,50	145,—
Oktober . . .	68,50	72,—	81,50	146,50	124,50	115,—	143,50	133,50	145,—
November . .	69,—	72,50	82,—	146,50	124,50	115,—	143,50	133,50	145,—
Dezember . .	69,—	72,50	82,—	146,50	124,50	115,—	143,50	133,50	145,—
1913									
Januar . . .	69,—	72,50	82,—	146,50	124,50	115,—	143,50	133,50	145,—
Februar . . .	69,—	72,50	82,—	146,50	124,—	115,—	143,50	133,50	145,—
März	69,—	72,50	82,—	146,50	122,50	115,—	143,50	133,50	145,—
April	69,—	72,50	82,—	146,50	118,50	115,—	142,50	132,50	142,50
Mai	69,—	72,50	82,—	146,50	116,—	115,—	139,—	129,—	136,25
Juni	69,—	72,50	82,—	146,50	105,—	115,—	133,50	123,50	131,50
Juli	69,—	72,50	82,—	146,50	100,50	115,—	131,50	121,50	130,50
August . . .	69,—	72,50	82,—	146,50	100,—	115,—	125,—	115,—	126,—
September . .	69,—	72,50	82,—	141,50	98,—	115,—	119,—	109,—	126,—
Oktober . . .	69,—	72,50	82,—	140,50	96,50	110,—	114,—	104,—	121,25
November . .	69,—	72,50	82,—	140,50	97,—	110,—	112,50	102,50	120,—
Dezember . .	69,—	72,50	82,—	140,50	98,50	110,—	113,50	103,50	120,—



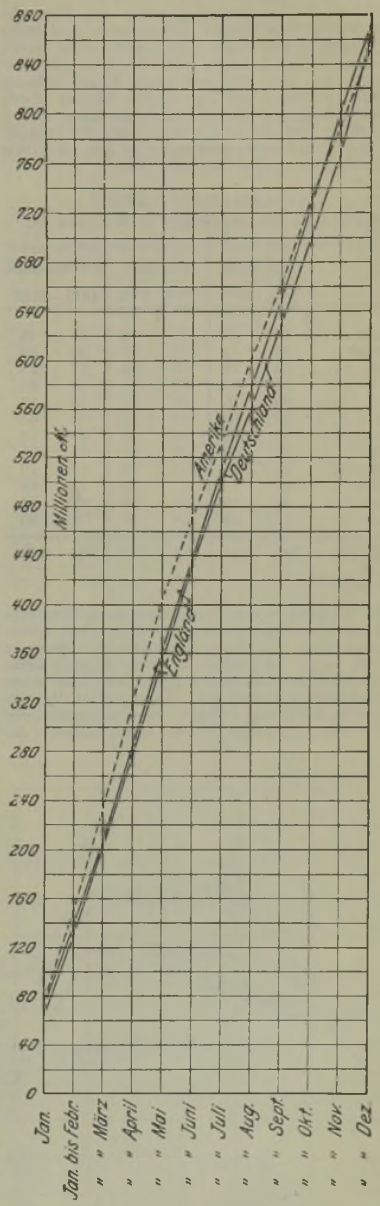


Abb. 1. Maschinenausfuhr der Hauptwettbewerbländer (kumulativ).
(Text s. S. 196)

Die Maschinenein- und -ausfuhr Deutschlands.

Die Ausfuhr von Maschinen aus Deutschland hat in den letzten Jahren mehr und mehr an Bedeutung gewonnen. Deutschland steht hierin, wie Zusammenstellung 1 und Abb. 1 (S. 195) zeigen, für das Jahr 1913 nur wenig hinter England zurück, während die Vereinigten Staaten etwas hinter den beiden Ländern zurückbleiben. Abb. 2 gibt einen Einblick in die Bewegung der Ausfuhr der drei Hauptwettbewerbländer in den einzelnen Monaten des Jahres 1913 und 1912.

Zusammenstellung 1.
Ausfuhr von Maschinen in Millionen M.

	Amerika		England		Deutschland	
	1913	1912	1913	1912	1913	1912
Januar . . .	74	59	73	62	63	48
Februar . .	74	71	65	57	68	63
März	85	78	66	64	72	65
April	85	76	79	59	75	64
Mai.	84	78	78	63	75	63
Juni	69	60	75	58	78	61
Juli.	63	63	74	63	69	65
August . .	67	68	68	63	61	64
September	61	66	71	68	67	79
Oktober . .	69	72	77	80	72	69
November.	59	78	76	69	67	71
Dezember.	65[1])	75	69	64	99	86
Jan./Dez. .	855	844	872	770	866	798

[1]) geschätzt.

Die Einfuhr von Maschinen nach Deutschland hat im Jahre 1913 gegenüber 1912 etwas zugenommen, wie Zusammenstellung 4 Spalte 14 (S. 199) zeigt. Insbesondere ist die Einfuhr landwirtschaftlicher Maschinen gegenüber 1912 nicht unbeträchtlich gewachsen. Dagegen ist die Einfuhr von Werkzeug-, Textil- und Nähmaschinen — das sind die Zweige der Maschinenindustrie, die außerdem für die Einfuhr in erster Linie in Betracht kommen — zurückgegangen.

Den Uebersichten, die hier von Zeit zu Zeit über die Ein- und Ausfuhr Deutschlands und seiner Mitbewerber am Weltmarkte gegeben werden sollen, liegt amtliches Material zugrunde, und zwar für Deutschland die „Monatlichen Nachweise über den auswärtigen Handel Deutschlands", für England die „Accounts relating to Trade and Navigation of the United Kingdom" und für Amerika der „Monthly Summary of Commerce and Finance of the United States".

Die „Monatlichen Nachweise über den auswärtigen Handel Deutschlands" sind dem Wunsch der Industrie entsprechend sehr ausführlich gehalten. Für die hier beabsichtigten regelmäßigen statistischen Berichte genügt es jedoch, die verschiedenen statistischen Nummern und Warengattungen zu größeren Gruppen zusammenzufassen.

Für die Ein- und Ausfuhrzahlen Deutschlands kommen die in Zusammenstellung 2 aufgeführten statistischen Nummern[1]) in Betracht. Diese statistischen Nummern sind in 13 Gruppen zusammengefaßt; in welcher Weise dies geschehen ist, geht aus der Zusammenstellung 3 hervor.

Die Verschiedenartigkeit in der Aufmachung der Statistiken für Deutschland, England und Amerika läßt es nicht zu, eine gleichartige Gruppierung wie in Zusammenstellung 3 auch für die beiden in erster Linie in Betracht kommenden

[1]) In den Nachweisen werden die Maschinen zum Teil unter allgemeinen Benennungen aufgeführt. Soweit sich einzelne Maschinen nicht namentlich verzeichnet finden, ist die statistische Nummer, unter der sie mit anderen Maschinen zusammengefaßt werden, aus dem alphabetischen Verzeichnis zum Statistischen Warenverzeichnisse zu ersehen. Ein für die besonderen Zwecke der Maschinenindustrie bearbeitetes und sehr ausführlich gehaltenes alphabetisches Verzeichnis von Maschinen hat der Verein deutscher Maschinenbau-Anstalten in Düsseldorf aufgestellt.

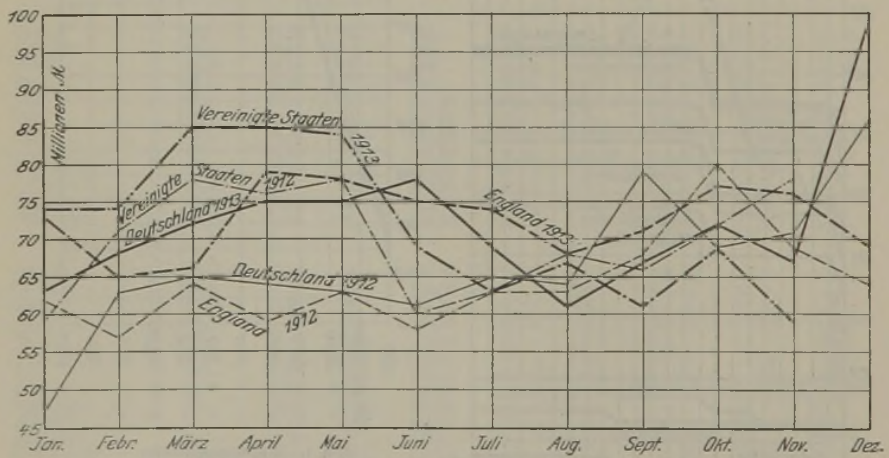


Abb. 2. Maschinenausfuhr der Hauptwettbewerbländer.

Zusammenstellung 2.

Stat. Nr.	Bezeichnung
874 a	Walzen aus Kupfer oder Kupferlegierungen usw., zur Zurichtung (Appretur) von Gespinstwaren oder zum Druck, einschl. der damit verbundenen Maschinen und Maschinenteile
891 c	Rechenmaschinen
891 f	Schreibmaschinen
891 g	Kontrollkassen
892 a	Dampflokomotiven, auf Schienen laufend: Tenderlokomotiven bis 100 dz
892 b	—: Tenderlokomotiven über 100 dz; Lokomotiven ohne Tender
892 c	—: Lokomotivtender
893 a	Dampflokomotiven, nicht auf Schienen laufend, nicht zu Pflügen für Kraftbetrieb (s. 905 a); Dampfstraßenwalzen
893 b	Dampflokomobilen, nicht zu Pflügen für Kraftbetrieb (s. 905 a): bis 60 dz das Stück
893 c	—: über 60 dz
894 a	Dampfmaschinen
894 b	Dampf-, Gasturbinen
894 c	Wasserkraftmaschinen
894 d	Verbrennungs-, Explosionsmotoren für Kraftfahrzeuge
894 e	andere Verbrennungs-, Explosionsmotoren; Hochofengasmotoren
894 f	Heißluft-, Druckluftmotoren
894 g	andere Kraft- (Antrieb-) Maschinen (außer Elektromotoren); Windmotoren, Göpelwerke
894 h	Dampfmaschinen mit Dynamomaschinen, Pumpen, Hämmern, Gebläse-, Kälte-, Fördermaschinen
894 i	Dampf-, Gasturbinen in Verbindung wie 894 h
894 k	Verbrennungs-, Explosionsmotoren, Hochofengasmotoren i. V. wie 894 h
894 l	andere Kraft- (Antrieb-) Maschinen (ohne Elektromotoren) i. V. wie 894 h
894 m	Kraft- (Antrieb-) Maschinen (ohne Elektromotoren) mit nicht fortschaffbaren Winden, Haspeln; Krane
894 n	Bagger, Rammen
895 a	Nähmaschinen für Handbetrieb, ohne Gestell, Köpfe von Nähmaschinen, Teile davon (ausgenommen Nadeln)
895 b	Kurbelstick-, Strick-, Netzstrickmaschinen für Handbetrieb, ohne Gestell, Köpfe, Teile davon (ausgenommen Nadeln)
896 a	Nähmaschinen: mit Gestellen
896 b	—: für motorischen Betrieb
896 c	Kurbelstick-, Strick-, Netzstrickmaschinen, mit Gestellen oder für motorischen Betrieb
897 a	Nähmaschinengestelle, Teile davon (Tischplatten usw.)
897 b	Kurbelstickmaschinengestelle, Teile davon (Tischplatten usw.)
897 c	Strickmaschinen-, Netzstrickmaschinengestelle, Teile davon (Tischplatten usw.)
898	Maschinen, Maschinenteile mit Kratzenbeschlägen
899 a	Maschinen für Vorbereitung der Verarbeitung und für Spinnerei: von Seide
899 b	Maschinen für Vorbereitung der Verarbeitung und für Spinnerei: von Kammgarn
899 c	Maschinen für Vorbereitung der Verarbeitung und für Spinnerei: von Streichgarn
899 d	Maschinen für Vorbereitung der Verarbeitung von Baumwolle
899 e	Baumwollspinn- (Feinspinn-) Maschinen
899 f	Maschinen für Vorbereitung der Verarbeitung und Spinnerei von Flachs, Hanf usw.
899 g	Maschinen zum Zwirnen, Haspeln, Spulen, Wickeln der Garne und Zwirne
899 h	Maschinen zur Vorbereitung der Gespinste für Weberei
900	Webstühle (auch Schaft- und Jacquardvorrichtungen hierfür vertragsmäßig)
901 a	Gardinen-, Spitzen-, Tüllmaschinen
901 b	Wirkmaschinen
901 c	Stickmaschinen (ohne Kurbelstickmaschinen)
902 a	Zurichte- (Appretur-) Maschinen (mit Ausnahme der unter 874 a nachgewiesenen)
902 b	Maschinen für Wäscherei und chemische Reinigung
903	Feuerspritzen; Pumpen für Menschen- oder Tierbetrieb zur Förderung von Flüssigkeiten
904 a	Maschinen zur Bearbeitung von: Metallen
904 b	Maschinen zur Bearbeitung von: Hölzern
904 c	Maschinen zur Bearbeitung von: Steinen
904 d	Dampf-, hydraulische Schmiedepressen; Nietmaschinen, mechanische Hämmer
905 a	Pflüge für Kraftbetrieb, auch mit zugehörigen Kraftmaschinen
905 b	Mähmaschinen (siehe auch 906 c)
906 a	Dreschmaschinen
906 b	Milchentrahmungsmaschinen
906 c	Rasenmäher u. a. n. g. landwirtschaftliche Maschinen
906 d	Reinigungsmaschinen für Getreide, Hülsenfrüchte, Reis, Oelfrüchte
906 e	Brauerei-, Brennerei-, Mälzereimaschinen, Maschinen der Zuckerindustrie
906 f	Braueereimaschinen, -geräte, Mälzereimaschinen
906 g	Brennereimaschinen, -geräte
906 h	Maschinen, Geräte der Zuckerindustrie
906 i	Müllereimaschinen (siehe auch 906 d)
906 k	Maschinen für Holzstoff-, Papierherstellung
906 l	Pumpen, Wasserhaltungs-, Kältemaschinen (siehe auch 894 h—l und 903)
906 m	Hebemaschinen auch in fester Verbindung mit Elektromotoren (siehe auch 894 h—m)
906 n	Buchdruckmaschinen
906 o	Maschinen der Buchbinderei, Kartonnagen- und Papierwarenherstellung
906 p	Maschinen für Sortierung, Waschen, Zerkleinerung und Formen von Kohlen, Erzen, Gesteinen
906 q	Gebläsemaschinen, Exhaustoren, Ventilationsmaschinen, Ventilatoren (andere als unter 832), auch in fester Verbindung mit Elektromotoren (siehe auch 894 h—l)
906 r	Maschinen für Leder-, Schuhindustrie
906 s	Maschinen für Kalk-, Lehm-, Ton-, Zement- usw. Industrien
906 t	andere nicht besonders genannte Maschinen (Maschinen zum Polieren von Spiegelglas, Teigwaren-, Materialprüfungsmaschinen usw.)
	Maschinen und Maschinenteile, unvollständig angemeldet
907 a	Dynamomaschinen, Elektromotoren, Umformer; Transformatoren und Drosselspulen: bis 25 kg
907 b	—: über 25 kg bis 1 dz
907 c	—: über 1 dz bis 5 dz
907 d	—: über 5 dz
907 e	Fertig gearbeitete Anker und Kollektoren
915 a	Personenmotorwagen einschl. Chassis
915 b	Lastmotorwagen
915 c	Motorfahrräder
915 d	Luftfahrzeuge, lenkbare
916	Fahrräder, auch zur Aufnahme von Fahrgästen usw. eingerichtet
919	Fahrradteile (ausgenommen Antriebmaschinen und Teile von solchen): aus Eisen
920	Fahrradteile (ausgenommen Antriebmaschinen und Teile von solchen): aus anderen unedlen Metallen, Holz, Horn, Leder usw., Räder für Fahrräder

Wettbewerbsländer[2]) vorzunehmen. Jedoch läßt sich sowohl für England wie für Amerika inhaltlich die Gesamtmaschinen-Ausfuhr derart festsetzen, daß sie mit der Gesamtmaschinen-Ausfuhr Deutschlands verglichen werden kann.

Die regelmäßigen statistischen Berichte werden sich erstrecken auf den Vergleich der Maschinenausfuhr Deutschlands, Englands und Amerikas (vergl. hierzu Zusammenstellung 1 und Abb. 1 u. 2). Für die deutsche Maschinenindustrie soll zahlenmäßig die Maschinenein- und -ausfuhr der in Zusammenstellung 3 aufgeführten Gruppen verfolgt werden (Zusammenstellung 4 u. 5) und in zeichnerischer Darstellung die Ausfuhr und Einfuhr der wichtigsten, in Zusammenstellung 3 aufgeführten Gruppen (Abb. 3 bis 6).

[2]) England gibt eine sehr allgemein gehaltene Statistik heraus.

Die Ein- und Ausfuhrzahlen sind in Geldwerten (Mark) angegeben. Die englischen und amerikanischen Statistiken geben die Werte endgültig an, weil für diese Länder ein Zwang besteht, die Waren für den auswärtigen Handel dem Werte nach anzumelden. Für Deutschland besteht ein solcher Zwang nicht. Die in den monatlichen Nachweisen angegebenen Werte sind für das Jahr 1913 geschätzt, und zwar in der Regel auf Grund der für das Vorjahr vom handelsstatistischen Beirat festgesetzten Werte. Als Werte gelten die Grenzwerte, d. h. die Werte am Versendungsort einschließlich der Kosten der Beförderung, der Versicherungs- und sonstigen Kosten bis zur Grenze des deutschen Wirtschaftsgebietes.

Die englischen und amerikanischen Werte sind des besseren Vergleiches wegen in Mark umgerechnet worden (£ = 20,4 M; $ = 4,20 M).

Zusammenstellung 4. Einfuhr

	1 Dampflokomotiven usw.		2 andere Kraftmaschinen (außer Lokomotiven usw.		3 Werkzeugmaschinen		4 Krane		5 landwirtschaftliche Maschinen		6 Textilmaschinen		7 Schreibmaschinen	
	1913	1912	1913	1912	1913	1912	1913	1912	1913	1912	1913	1912	1913	1912
Januar . . .	241	26	272	243	719	835	23	27	471	324	1507	1369	331	385
Februar . .	181	25	487	268	865	820	25	118	904	1032	1456	1340	443	358
März	102	129	244	246	1074	1306	29	37	2024	2511	589	1920	332	398
April	218	73	420	177	1199	954	1	—	5498	3109	1627	1367	287	576
Mai	108	67	302	1074	985	945	—	—	5869	3848	1146	1318	385	545
Juni	49	48	465	408	872	986	146	9	5079	3162	1180	1390	298	332
Juli	285	135	468	914	854	922	45	7	6410	3581	955	1222	209	392
August . . .	127	133	450	411	634	844	12	13	1732	1324	1060	1141	177	301
September .	92	198	350	671	596	1072	—	53	768	946	1423	1064	200	165
Oktober . .	276	56	510	275	513	917	18	40	497	584	1396	1193	200	359
November .	67	35	344	517	601	913	—	16	460	305	1315	1248	350	355
Dezember .	60	61	682	564	754	815	—	—	1364	392	1304	1615	290	364
Jan./Dez. . .	1806	986	4994	5768	9666	11329	299	320	31076	21118	14958	16187	3502	4530

Zusammenstellung 5. Ausfuhr

	1 Dampflokomotiven usw.		2 andere Kraftmaschinen (außer Lokomotiven usw.)		3 Werkzeugmaschinen		4 Krane		5 landwirtschaftliche Maschinen		6 Textilmaschinen		7 Schreibmaschinen	
	1913	1912	1913	1912	1913	1912	1913	1912	1913	1912	1913	1912	1913	1912
Januar . . .	3683	3225	7468	5117	9110	5680	446	195	2034	1872	3950	3630	776	514
Februar . .	4743	5393	8163	7230	8155	7615	374	244	2723	2566	4140	4817	768	699
März	7008	4582	8334	7862	7959	6843	539	526	2989	2497	3912	4444	767	695
April	5623	4982	11028	7986	8045	6286	174	602	3700	3426	3422	4006	725	696
Mai	6079	6837	7104	6444	8007	6639	906	412	3529	3221	4486	3731	663	667
Juni	8070	4696	6445	6378	7994	6442	419	476	5075	3847	4672	3344	738	513
Juli	5418	3427	779	7489	7554	6253	422	207	4125	4161	4467	3818	685	639
August . . .	6332	4773	6894	7855	5579	6478	413	561	3248	4083	3418	4082	607	528
September .	7189	6290	4194	15166	8555	7821	699	775	3485	3100	4571	4315	485	650
Oktober . .	6074	4618	10869	10272	7290	7698	806	596	2825	2741	4755	4072	592	650
November .	8688	5091	7245	10061	7642	7481	488	645	1996	2834	4449	4137	644	767
Dezember .	8247	7852	16186	11048	12404	8776	1771	592	1955	2404	4808	4384	1067	559
Jan./Dez. . .	77154	61766	94709	102908	98294	84012	7457	5831	37684	36752	51050	48780	8517	7577

Zusammenstellung 3.

Nr.	Gruppenbezeichnung	enthaltend die statistischen Nummern
I.	Dampflokomotiven usw.	892 a/d 893 a/d
II.	andere Kraftmaschinen (außer Lokomotiven usw.)	894 a/i, h/m, o, p
III.	Werkzeugmaschinen	904 a d
IV.	Krane	894 g
V.	Landwirtschaftliche Maschinen	905 a/c 906 a/d
VI.	Textilmaschinen	874 a 898 899 a/h 900 901 a/b 902 a/c
VII.	Schreibmaschinen	891 f
VIII.	Nähmaschinen	895 a/b 896 a/b 897 901 c
IX.	Automobile	915 a/b
X.	Krafträder	915 c
XI.	Elektrische Maschinen	907 a/e
XII.	Luftfahrzeuge	915 d
XIII.	alle anderen Maschinen	891 e 891 g 894 n 903 906 e/w und Unvollst. gem. 916 919 920

nach Maschinenarten in 1000 M.

8 Nähmaschinen		9 Automobile		10 Krafträder		11 elektrische Maschinen		12 Luftfahrzeuge		13 alle anderen Maschinen		14 Gesamtmaschinen einfuhr		
1913	1912	1913	1912	1913	1912	1913	1912	1913	1912	1913	1912	1913	1912	
384	552	992	934	15	21	194	117	38	15	1610	1811	5447	6659	Januar
379	442	1077	1229	18	15	342	356	53	—	1929	1929	9510	7932	Februar
458	509	1169	1293	79	10	433	154	—	20	1827	2238	8360	10771	März
503	757	1688	1240	53	23	487	460	48	81	1800	1643	13829	10460	April
484	1087	1458	1504	—	21	258	161	23	—	1555	1389	12573	11959	Mai
459	417	1631	1278	29	26	327	208	22	51	1492	1545	12049	9860	Juni
413	666	1462	1525	56	33	235	300	—	10	1819	1827	13211	11534	Juli
347	510	1326	1338	29	32	229	207	—	40	1544	1817	7667	8111	August
490	560	1177	1103	30	25	210	179	51	57	1209	1383	6596	7476	September
511	601	763	933	34	17	422	395	10	—	1710	1881	6860	7251	Oktober
356	471	760	983	27	—	404	230	—	—	2050	1407	6734	6480	November
436	526	618	832	21	6	269	177	16	18	1525	2100	7339	7470	Dezember
5220	7098	14121	14192	391	229	3811	2944	261	292	20070	20970	110175	105963	Jan./Dez.

nach Maschinenarten in 1000 M.

8 Nähmaschinen		9 Automobile		10 Krafträder		11 elektrische Maschinen		12 Luftfahrzeuge		13 alle anderen Maschinen		14 Gesamtmaschinenausfuhr		
1913	1912	1913	1912	1913	1912	1913	1912	1913	1912	1913	1912	1913	1912	
5281	4710	7001	4893	201	81	3498	3345	63	1	19433	14558	62944	47821	Januar
5618	5775	7022	4729	244	255	5134	4599	20	—	20815	18894	67919	62816	Februar
5655	5256	7148	6743	288	247	5793	4379	19	—	22319	21396	72730	65470	März
5435	6183	8925	5395	460	214	4252	5766	145	—	22874	18692	74808	64234	April
5136	5420	9687	5564	381	316	6212	4045	422	525	22491	18672	75103	62493	Mai
5006	4785	8716	5522	302	316	5333	3777	400	35	24540	21001	77710	61132	Juni
5108	5943	7052	5921	200	306	4564	3619	—	32	28816	22957	69190	64772	Juli
4413	5254	6124	6299	158	250	4913	4959	6	25	18995	19431	61100	64578	August
4640	5360	6647	6548	157	142	4489	5606	58	39	21291	22484	66460	78296	September
5188	5825	5842	6318	72	115	5710	4902	41	80	22295	21251	72359	69038	Oktober
5095	5763	4466	6136	114	96	6446	6412	60	181	19044	21825	66377	71545	November
5938	6146	5483	8761	87	154	8059	7633	103	16	33603	27762	99711	86055	Dezember
62513	66420	84113	72829	2664	2492	64403	59042	1337	934	276516	248923	866411	798250	Jan./Dez.

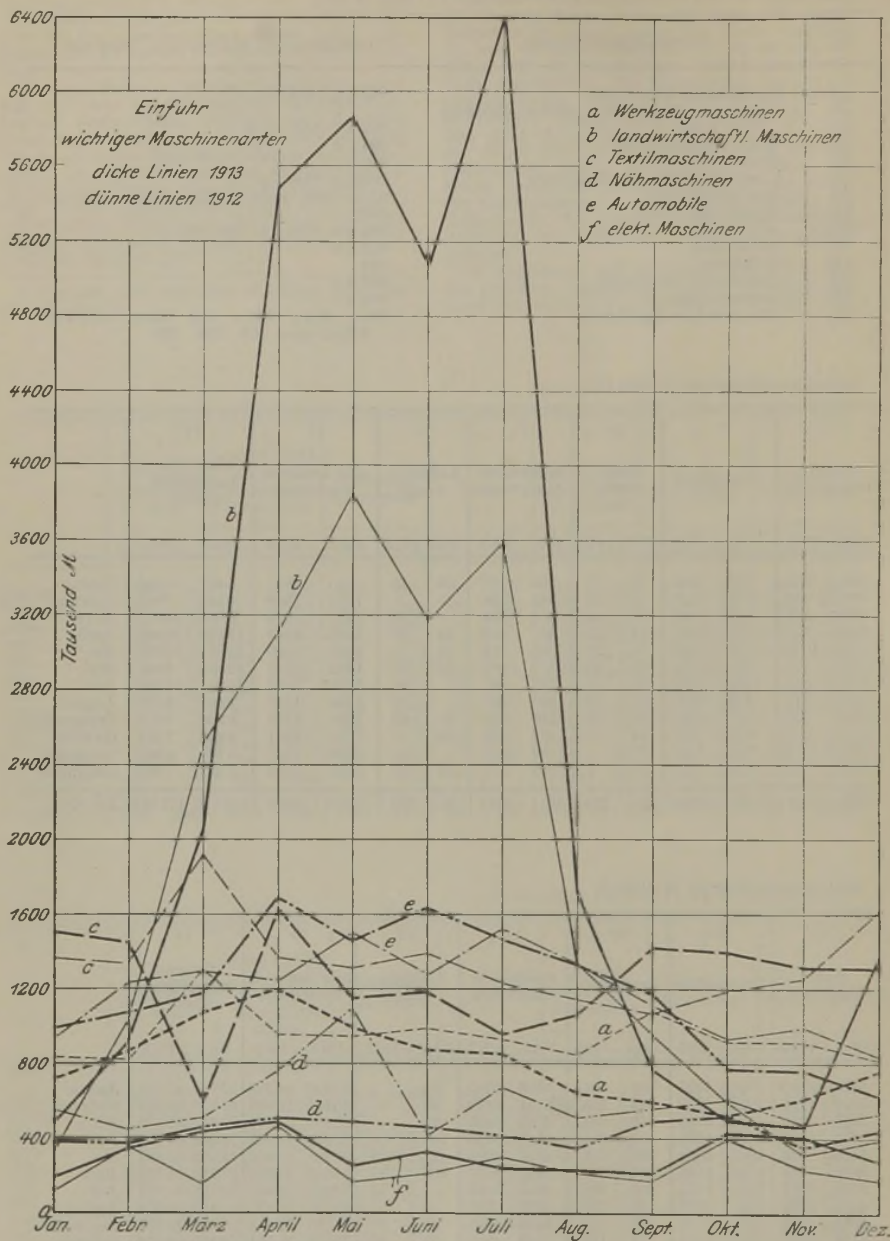


Abb. 3. Einfuhr wichtiger Maschinenarten nach Deutschland 1912 und 1913 nach Monaten.

Abb. 4 und 5 zeigen die Ein- und Ausfuhr einiger wichtiger Maschinenarten nach und aus Deutschland. Abb. 3 und 6 geben die Bewegung der Ein- und Ausfuhr für die einzelnen Monate wieder.

Landwirtschaftliche Maschinen wurden zu rd. 70 vH aus den Vereinigten Staaten, Automobile zu je rd. 30 vH aus Frankreich und Amerika und Textilmaschinen zu rd. 82 vH aus Großbritannien und zu rd. 10 vH aus der Schweiz eingeführt. Werkzeugmaschinen und Nähmaschinen kommen in erster Linie aus Amerika.

Der bedeutendste Abnehmer von deutschen Maschinen ist Rußland (rd. 19 vH), dann folgen als hauptsächliche Abnehmer Oesterreich-Ungarn (rd. 11 vH), Frankreich (rd. 10 vH), Großbritannien (rd. 7 vH), Belgien (rd. 5 vH), Niederlande (rd. 5 vH), Italien (rd. 5 vH).

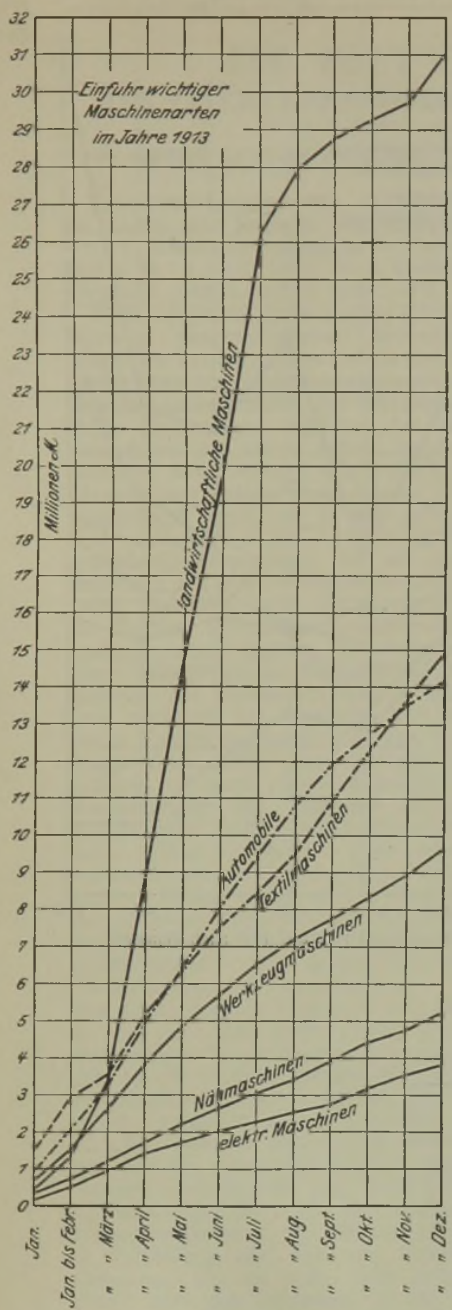


Abb. 4.

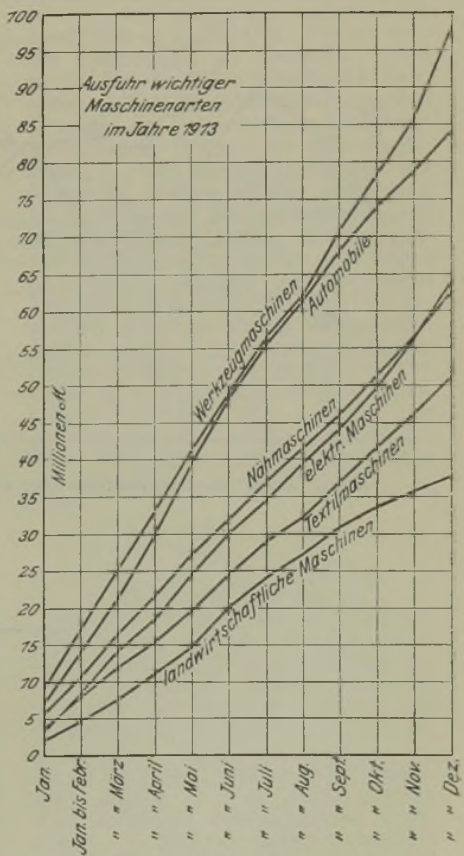


Abb. 5.

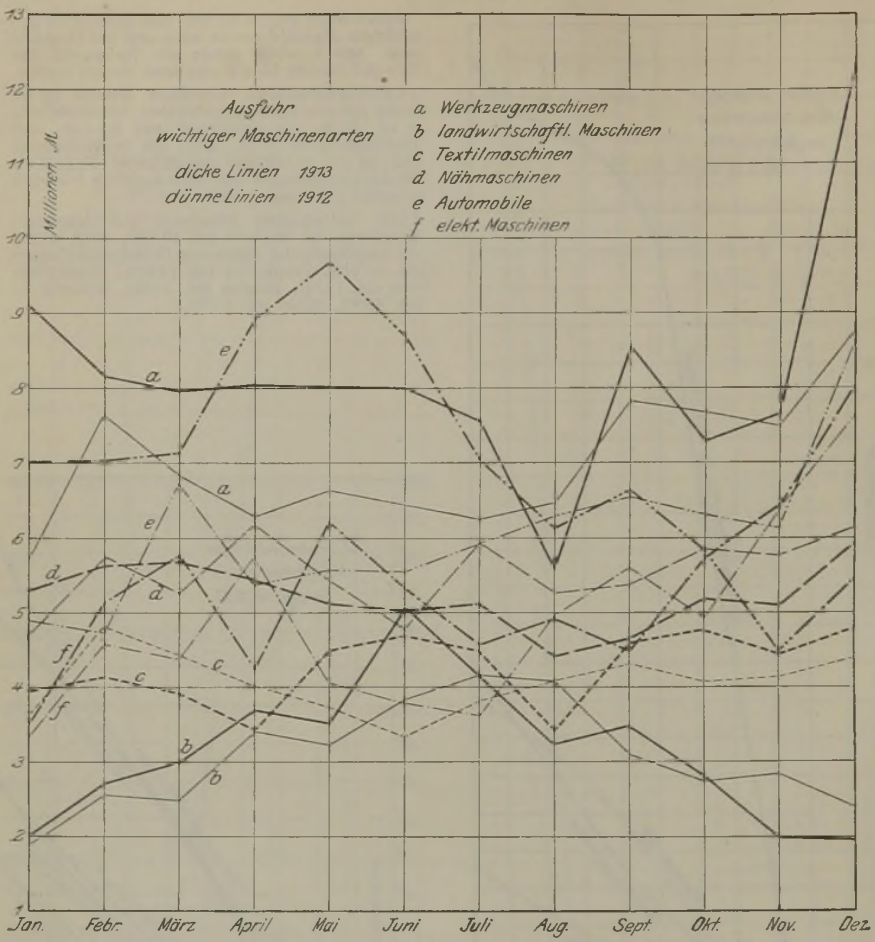


Abb. 6. Ausfuhr wichtiger Maschinenarten aus Deutschland 1912 und 1913 nach Monaten.

III. MITTEILUNGEN
AUS LITERATUR UND PRAXIS; BUCHBESPRECHUNGEN.

WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFT UND -POLITIK.

Unternehmergewinn und Arbeitslohn im Lichte der neuesten Forschungen. Von F. Ruff, Zivilingenieur in Frankfurt a. M. Leipzig 1914, H. A. Ludwig Degener. 109 S. mit 4 Abb. M 3,—.

Trotz sorglicher Beherzigung der im Vorwort ausgesprochenen Mahnung, »nicht vor Fassung eines Urteils gleichgültig über die Sache hinwegzugehen, sondern zu bedenken, das jahrzehntelange Erfahrungen jeglicher Art den Grundstein zu dieser Arbeit legten,« halte ich diese letztere, wie in der Problemstellung (sofern sie überhaupt vorgenommen wird), so in der Anlage und erst recht in der Ausführung für vollständig verunglückt, für ein ganz nutzloses und von Anfang an aussichtsloses Bemühen, die Einzelursachen, die für den Unternehmergewinn etwa maßgebend sein können, klar zu stellen. Eine beängstigende Belesenheit, beginnend bei Aristoteles und Hesiod und endigend bei Nietzsche und anderen Zeitgenossen, verführt den Verfasser dazu, seine bunt aneinder gereihten, oft ganz zusammenhanglosen Auslassungen mit zahllosen Zitaten auszustopfen, welche dem Buche seinen unter diesen Umständen ganz unverantwortlichen Umfang geben. Eine andere Absonderlichkeit von ihm ist der geradezu unglückselige Eifer seiner Ingenieurseele, sich in mathematischer, geometrischer und graphostatischer Darstellungsweise zu ergehen. Für den Leser mag es einladend sein, auf diesem immerhin noch etwas ungewöhnlichem Wege etwaige Erinnerungen an die höheren Sphären der Differentialrechnung sowie an das Cremonasche Verfahren wieder herstellen zu können, und wir sind ehrlich betrübt, daß uns die vermutlich wirklich »pyramidale« Spekulations- und Normal-Pyramiden-Geschichte (S. 41) mangels Uebereinstimmung der Benennungen in Zeichnung und Text ein dunkles Geheimnis bleiben muß. Eine andere starke Seite des Verfassers ist die Biologie. Das Glänzendste in dieser Richtung offenbart er wohl auf S. 78 in dem Abschnitt X: Ueber die sexuellen Ursachen beim Unternehmergewinn. Davon auch als Stilprobe ein paar Sätze: »Normale und anormale Geschlechtstriebe bewirken oft, daß ein Unternehmen Zulauf hat, welches sonst nicht der Fall sein würde. Es gehört hierher oft die Beeinflussung der Erblasser, doch gesellt sich hierzu meist noch der Betrug, die Hinterlist usw. Streng genommen gehört auch die Ursache Protektion hierher. Dieselbe zur Heranziehung der Befähigtsten vom objektiven und subjektiven realen Standpunkt aus ist angebracht. Hat sie aber die Unfähigkeit als Leitmotiv, dann dürfte ein sexuelles Empfinden herrschen. Jedenfalls gehören die sexuellen Ursachen zu einem der hauptsächlichst irritierenden Ströme im Wirtschaftsleben . . . . »Die innere Einheitlichkeit des religiösen Triebes in der Menschheit ist identisch mit der des sexuellen und wirtschaftlichen Triebes. Triebe, welche impulsiv gesetzmäßig aus einem organischen Körper hervorwachsen. Der Unternehmer wird durch irgendwelche Ursachen in ein Wirtschaftssystem hinein- oder herausgedrängt zu seinem Gelingen oder Mißlingen. Er selbst ist nur passiv in diesem eigenartigen Naturspiel tätig, welches wie ein roter Faden von dem Geschlechtstrieb durchzogen wird und sein Schicksal bestimmt. Der Geschlechtstrieb wirkt:

1. bei der Geburt,
2. bei der Heirat,
3. beim Tode (Einfluß dritter Personen auf die Testamente).«

Sachlich macht sich der Verfasser seine Sache, soweit man ihm überhaupt zu folgen vermag, sehr bequem. In einer Zusammenstellung werden unter 21 verschiedenen Spalten »Die Hauptursachen des Unternehmergewinnes nach verschiedenen Autoren«, an deren Spitze Justi, an deren Ende Ehrenberg prangt, wie die Schmetterlinge fein säuberlich nebeneinander aufgespießt. In Spalte 1 finden sich Glück und Zufall benannt. Elf von den 29 Befragten sehen hierin eine Bedingung des Unternehmergewinnes. Und so er-

fahren wir denn schon auf S. 43: »Beim Unternehmergewinn kann das Naturgesetz nicht unberücksichtigt bleiben, es ist aber in der Hauptsache ein Gesetz der äußeren Natur, und hierin dürfte auch unsere Hauptursache Glück fallen.« Spezielle Seelenschwingungen über dieses Thema füllen, von einer Reihe zum Teil recht krauser Einfälle sowie von Gemeinplätzen durchwoben, den Rest des sicher gut gemeinten, aber mystisch-phantastischen, zerfahrenen, unlogischen und sprachlich ungeschickten Machwerkes.

Unter Ingenieuren reißt neuerdings in beängstigender Weise die Unsitte ein, über wenig verstandene Dinge außerhalb ihres Kreises in einer Weise, die auf Zuständigkeit und Wissenschaftlichkeit zu Unrecht Anspruch erhebt, öffentlich das Wort zu ergreifen.

Der denkende und nachdenkliche Teil der Ingenieurwelt hat die Pflicht, gegen solche Erzeugnisse Einspruch zu erheben, damit nicht durch sie das wohl berechtigte Ansehen ernsthafter Ingenieurarbeit herabgesetzt wird.

Dipl.-Ing. Dr. Schuchart.

WELTWIRTSCHAFTLICHES; HANDEL UND VERKEHR.

Vom Chinesischen Verbande deutscher Ingenieure.

Es ist in dieser Zeitschrift schon mehrfach darauf hingewiesen worden, wie sich im Auslande von Tag zu Tag stärker das nationale Prinzip auch im reinen Wirtschaftskampfe durchsetzt. Gewiß: die technische Wissenschaft ist wie jede andere international, an keine Grenzen gebunden, aber die Umsetzung der technisch-wissenschaftlichen Errungenschaften in die Praxis, die Schaffung von Maschinen und Waren aller Art zeigt nationale Eigentümlichkeiten, bringt die Eigenarten des produzierenden Volkes zur Geltung, wie dies z. B. etwa in dem bekannten Worte: Der Deutsche baut seine Maschinen für die Ewigkeit, für uns zum Ausdruck gebracht wurde.

Ganz besonders scharf kam in den letzten Jahren in China das Bestreben der Engländer zum Vorschein, die Eroberung des chinesischen Marktes zu einer nationalen Frage zu machen: Englische Sprache, englische Ingenieure, englische Maschinen sollten die Vorherrschaft, möglichst sogar die Alleinherrschaft auf dem chinesischen Markte haben.

So war es denn im höchsten Grad erwünscht, das sich im Mai vorigen Jahres eine Anzahl tatkräftiger deutscher Ingenieure in Schanghai zusammen tat zum Chinesischen Verbande deutscher Ingenieure. Damit war — in zwölfter Stunde — ein Kristallisationspunkt geschaffen für alle Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, deutsches Wissen und Können gegen den Ansturm der Mitbewerber und die Interesselosigkeit im Heimatlande wirksam zu verteidigen. Man kann im Zweifel sein, welcher Gegner gefährlicher ist. Mit beiden gilt es aber gründlich aufzuräumen, und dafür hat der junge Verband in der kurzen Zeit seines Bestehens schon gute Arbeit geleistet; ich weise nur auf den Anteil hin, den einige seiner Mitglieder an der vortrefflichen Denkschrift zur Förderung des Deutschtums in China haben, an die mannigfache Aufklärung, die in Aufsätzen, Vorträgen u. a. über Deutschland in China und umgekehrt von ihm ausgegangen ist. So wird man auch nicht daran zweifeln dürfen, daß die maßgebenden Stellen im Reiche in immer umfassenderer Weise die technische Intelligenz und die durch langjährigen Aufenthalt im Lande erworbene Erfahrung der im Chinesischen Verbande zusammengeschlossenen deutschen Ingenieure zunutze machen wird, z. B. bei der Auswahl des technischen Sachverständigen für China. Die Anforderungen an diesen gerade bei der heutigen Lage der Dinge so sehr verantwortlichen Posten sind ja ungewöhnlich hoch.

Daß der technische Sachverständige in erster Linie Ingenieur sein muß, steht außer Frage; der technische Blick, der auf Reisen z. B. gestattet, die technisch-industriellen Verhältnisse zutreffend zu beurteilen, Wesentliches von Unwesentlichem zu scheiden, muß ihm eigen sein. Anderseits — das muß ich offen aussprechen — scheint mir der Nurtechniker, der Mann, der nichts weiter kennt als sein enges Sondergebiet, hier nicht am Platze; im Gegenteil: ein vielgewandter Odysseus gehört in diese Stelle. Gelingt es, aus

den in China seit Jahren ansässigen Männern deutscher Technik und Industrie eine solche Pesönlichkeit zu gewinnen, so ist damit der weitere in den jetzigen bewegten, umsturzreichen Zeiten doppelt wichtige Vorteil verknüpft, daß sofort mit voller Kraft an die Hauptarbeit: Wahrung und Förderung der deutschen Interessen in China, gegangen werden kann. Ein Neuling — und wäre es der Fähigste — braucht 3 bis 4 Jahre Zeit zum Einarbeiten, zur Herstellung der nötigen Beziehungen usw., ein äußerst bedenklicher Zeitverlust.

Daß die von technischen Sachverständigen erstatteten Berichte aufs schnellste den interessierten Kreisen unserer Industrie zugänglich gemacht werden, ist eine Selbstverständlichkeit. »Non scholae sed vitae discimus« muß auch Grundsatz für die Behandlung solcher Berichte durch die zuständige Behörde werden.

Ob ein technischer amtlicher Sachverständiger genügt, ob nicht für das Riesenreich mehrere nötig sind, mag hier dahingestellt bleiben. Das amtliche Eingreifen wird die privaten Organisationen, die Industrie, nicht der Pflicht entheben, auch ihrerseits Männer mit gutem technischem und wirtschaftlichem Verständnis nach China zu entsenden zur dauernden Beobachtung dieses wichtigen Absatzgebietes.

Der Chinesische Verband deutscher Ingenieure wird in all diesen Fragen seinen Rat gern der Industrie zur Verfügung stellen; denn seine Ziele decken sich mit den ihren: friedliche Durchdringung Chinas im Zeichen der deutschen Maschine. Doch hierüber gibt am besten die neue Zeitschrift »Technisch - Wirtschaftliche Blätter«, Monatsschrift des Chinesischen Verbandes deutscher Ingenieure Auskunft. In einem einleitenden Aufsatze des ersten Heftes faßt der Schriftleiter M. Th. Strewe in so vortrefflicher Weise die Ziele und Hoffnungen des jungen Verbandes zusammen, daß wir seine Ausführungen ihrem wesentlichen Inhalte nach weiter unten wiedergeben.

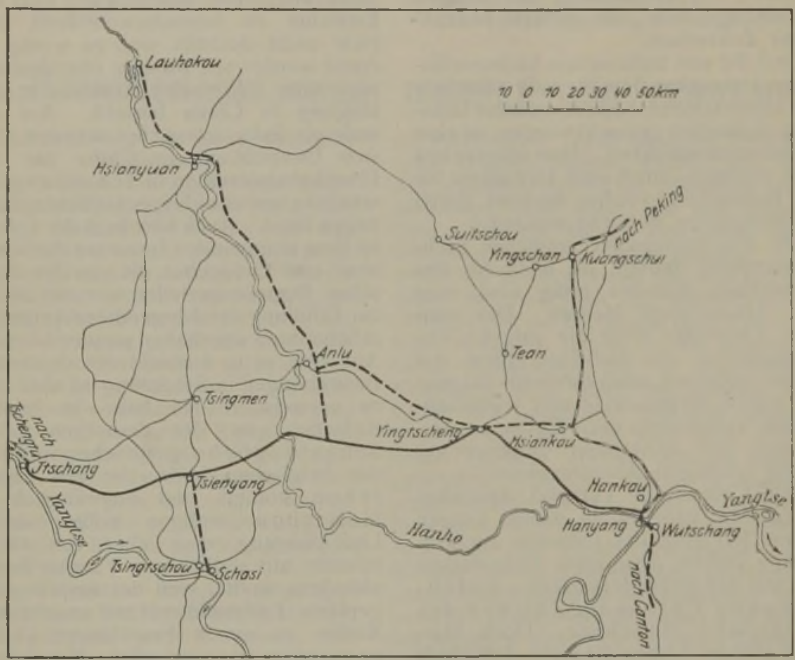
W. Matschoß.

Neue Bahnen in China.

Im Februarhefte dieser Zeitschrift wurden hier die jüngsten Bahnkonzessionen in China einer Besprechung unterzogen, der noch einiges nachzutragen ist, was inzwischen durch Mitteilungen der ostasiatischen Presse bekannt geworden oder durch private Nachrichten an den Verfasser gelangt ist. Es darf bei den folgenden Erläuterungen stets auf die an jener Stelle gegebene Eisenbahnkarte Chinas verwiesen werden. Was zunächst die deutschen Bahnen angeht, so ist das neue Bahnabkommen von der deutschen Öffentlichkeit im allgemeinen gut aufgenommen worden, wenn auch auf Seiten der Bank- und Geldleute keine allgemeine Befriedigung über das Erreichte zu herrschen scheint, und zwar nicht deshalb, weil zu wenig erreicht worden sei, sondern eher deshalb, weil eine allgemeine Unlust zur Betätigung in China besteht. Auf der anderen Seite ist gerügt worden, daß sich Deutschland in China nur auf Eisenbahninteressen in Schantung beschränke und alle übrigen Gebiete achtlos liegen lasse. Auch hier liegt die Schuld an dem mangelnden Interesse der Kaufleute und Geldgeber, die von den deutschen Regierungsstellen nur mit Mühe zur Erfüllung der dringendsten Aufgaben in Schantung angehalten werden können. Auf eine neue Aussicht der deutschen Bestrebungen in Schantung ist aber hier zu verweisen. Ich habe im letzten Aufsatze von der deutschen Süd-Schantungbahn gesprochen und von der belgischen Linie, die von Lantschou kommt und ursprünglich in Haitschou endigen sollte, deren Linienführung man aber von Hsütschoufu aus südlich zum Yangtse herab abändern wollte, weil der ursprünglich geplante Endpunkt nur mit ungeheuren Kosten zu einem brauchbaren Hafen zu gestalten gewesen wäre. Nun haben die Engländer gegen die Herabführung der Linie zum Yangtse Protest eingelegt. Sie haben ja einen alten Vertrag mit China (9./11. Februar 1898), worin China sich verpflichtet, niemals irgendwelches Gebiet in den an den Yangtse grenzenden Provinzen an irgendeine fremde Macht abzutreten, und sie scheinen diesen Vertrag vom politischen auch aufs wirtschaftliche Gebiet ausdehnen zu wollen, um den Begriff der »Interessenphäre« zu erweitern. So haben sie jetzt gegen die belgische Bahn Einspruch erhoben und nach einer Meldung erreicht, daß China die belgische Option widerrief, weil die Hinabführung der Linie bis zum Yangtse nahe bei Schanghai die dort überragende

englische Handelsstellung hätte gefährden können. Gleichzeitig sollen die Engländer übrigens die Chinesen gezwungen haben, die an Frankreich erteilte Konzession zum Ausbau des Hafens Pukou zu widerrufen, um auch hier die englische Vorherrschaft aufrecht zu erhalten. Da also nun die Hinabführung zum Yangtse unmöglich erscheint, Haitschous sandige Bucht aber als Ausgangspunkt nicht in Betracht kommen kann, eröffnet sich für Deutschland eine überaus günstige Gelegenheit, den Belgiern einen Anschluß an das deutsche Bahnnetz und den deutschen Hafen Tsingtau nahezulegen. Dieser Zusammenschluß der Bahnnetze wäre bei Hsütschoufu unschwer zu vollziehen, an dem Entgegenkommen der deutschen Schantungbahn und des deutschen Hafens Tsingtau hinsichtlich einer Frachtenvereinbarung usw. ist wohl kaum zu zweifeln. Allerdings steckt hinter der belgischen Gesellschaft französisch-russisches Kapital, dem jegliche Stärkung der deutschen Stellung im fernen Osten fernliegt, aber bei geschicktem Verhandeln sollte ein Erfolg nicht unmöglich sein. Das reiche Gebiet von Schensi, Südschansi und Nordhonan würde dadurch für den deutschen Hafen nutzbar gemacht, und auch das noch wenig erschlossene Kansu wäre an den deutschen Hafenplatz angeschlossen.

Was wir außerhalb Schantungs zur Zeit an deutschen Bahnen planen, ist herzlich wenig. Der Hukuang-Bahn-Vertrag der vier Mächte, der kurz vor dem Ausbruch der großen Revolution gezeichnet wurde, wies den Engländern den Bau der Teilstrecke der Hankau-Canton-Bahn zu, der von Wutschang südlich bis zur Grenze von Hunan führt, das sind ungefähr 900 km, während die Deutschen eine Strecke westwärts bis Itschang von ungefähr 600 km, die Amerikaner daran anschließend eine Fortsetzung westwärts bis Kueitschou von ungefähr 300 km und später dann die Franzosen die Fortsetzung bis Tschengtu mit etwa 1050 km bauen sollten. Am weitesten sind hier die Engländer, deren Chefingenieur rund zwei Jahre vor dem deutschen und dem amerikanischen ernannt worden ist, und die auch während der chinesischen Unruhen dank der Unterstützung des Vizepräsidenten Liyuenhung ihre Arbeiten fortsetzen konnten. Die



Eisenbahnen: ———— im Bau, – – – – – – geplant, ═══ in Betrieb.

Vermessungsarbeiten auf ihrer Strecke sind bis Tschangscha fertig; vor etwa 5 Monaten ist hier mit den Erdarbeiten begonnen worden. Auf der ganzen Länge wird lebhaft gearbeitet. Die Vermessungsarbeiten auf der Südstrecke sind ebenfalls im Gange und sollen bald abgeschlossen sein. Am wenigsten haben bisher die Amerikaner geleistet, die erst Vermessungsarbeiten etwa über ein Drittel ihrer Strecke vornehmen konnten. Ueber Kueitschou hinaus ist überhaupt noch kein Vermessungsingenieur gedrungen. Die Amerikaner arbeiten mit dem geringen Personal von 5 Ingenieuren im ganzen, und ihr zuerst ernannter Chefingenieur wurde wegen Unstimmigkeiten mit den Chinesen vor kurzer Zeit wieder entlassen, was natürlich auch hemmend auf den Gang der Arbeiten einwirkte. Ueber die deutsche Strecke unterrichtet am besten die Karte. Im eigentlichen Vertrage war die Linienführung nicht von Hankau aus, sondern von Kuangschui über Hsianyuan westwärts und dann nach Süden bis Itschang vorgesehen, wohl um bei diesem Umweg den drohenden Wettbewerb des Yangtseflusses zu vermeiden. Für Hankau hätte diese Führung allerdings keinen Nutzen gebracht. Die Nutzlosigkeit einer solchen Umgehungsbahn scheinen nun auch die Chinesen erkannt zu haben. Die deutschen Vermessungsarbeiten sind deshalb so geführt worden, daß eine mehr unmittelbare Verbindung von Hankau und Itschang erzielt würde. Es sind für diese Strecke eine lange Reihe Linienführungen vorgeschlagen gewesen; am meisten Aussichten scheint die auf unserer Karte ausgezogene Linie zu haben, während die übrigen Linien entlang den in der Karte eingezeichneten chinesischen Handelsstraßen jetzt kaum mehr in Betracht kommen. Ziemlich sicher erscheint die Stichbahn nach dem Süden zum Anschluß an das jüngst besprochene englische Bahnnetz, das in Schasi seinen Anfang nimmt, und ziemlich sicher erscheint auch eine Stichbahn hinauf nach Hsianyuan oder noch weiter hinauf nach Lauhokou, von der nur noch nicht sicher bestimmt ist, ob sie in Yintscheng abzweigen soll oder erst später mehr südlich von Anlu. Die Vermessungsarbeiten auf der deutschen Strecke sind soweit gediehen, daß in der nächsten Zeit von den beiden Endpunkten, von Hankau und Itschang aus, mit den Absteckungsarbeiten und dem Grunderwerb begonnen werden soll, desgleichen auch auf der Strecke Anlu-Lauhokou.

Da die Strecke von Hankau bis Itschang infolge des Wettbewerbes des hier für kleine Flußdampfer das ganze Jahr hindurch schiffbaren Yangtseflusses wohl nur rentabel sein wird, falls sie die amerikanische Strecke von Szetschuan her als Zubringerin hat, wird es vielleicht wirtschaftlicher sein, zunächst die Strecke Lauhokou-Hankau auszubauen, die genügend Frachten für den Handelsplatz Hankau liefern dürfte. So ist wohl ein am 2. März hier eingetroffenes Telegramm zu verstehen, der deutsche Chefingenieur habe der Regierung vorgeschlagen, daß man mit dem Bau der Strecke Hankau-Itschang nicht fortfahren solle, ehe die Vermessung der Teilstrecke Itschang-Tschunking beendet sei. Denn erst diese letztere Strecke, die den Yangtse entlang führt, dort, wo die berühmten Stromschnellen jeden Flußschiffahrtsverkehr unmöglich machen, könnte die deutsche Strecke, die ja an sich unter dem Wettbewerb des Yangtse schwer leiden müßte, durch Zuführung von Durchfrachten nach Hankau gewinnbringend machen. Es sollte aber von deutscher Seite schon jetzt daran gedacht werden, die Hankau-Lauhokou-Strecke nach Norden zu verlängern. Zwar bietet die Scheidewand der Tsinling-Berge einige Schwierigkeiten technischer Natur, doch kann man weit hinauf im Tale des Han-Flusses bauen, dessen berühmter Reis- und Baumwollenanbau mit zwei Jahresernten neben Getreide, Bohnen und anderen Oelfrüchten der Bahn reiche Frachten sichern würde, ganz abgesehen von der Erschließung von Kohlen- und Erzfeldern, die bisher noch kaum in Angriff genommen worden ist. Sianfu selbst hat eine Million Einwohner, in der Stadt mit ihrer berühmten Geschichte ist der Sitz einer starken Hausindustrie in Seide, Porzellan, Weberei und Spinnerei. Der Anschluß dieser ganzen Gegend an das Verkehrsnetz des Yangtse wäre von unberechenbarem Wert für das ganze mittelchinesische Wirtschaftsleben. Es gibt übrigens schon heute eine stark beanspruchte Handelsstraße von Sianfu nach Szetschuan über den 1700 m hohen Tschienschaling-Paß (Sianfu liegt 500 m hoch), die sogenannte Straße des goldenen Ochsen, die mit großen

Kosten erbaut worden ist. Der deutschen Betätigung winkte hier eine dankbare Aufgabe, die Chinesen würden uns sicherlich als Bahnbauer nicht ungern sehen, umsomehr, als die deutschen Erfolge beim Bau der Nordstrecke der Tientsin-Pukou-Bahn immer mehr in China gewürdigt werden. Ich möchte hier auf einen Angriff in einer englischen Tageszeitung antworten, der die Baukosten der deutschen Tientsin-Pukou-Strecke mit denen der deutschen Schantung-Bahn in Vergleich stellte und daraus folgerte, für sich selbst hätten die Deutschen billiger gebaut als für die Chinesen. Das ist eine merkwürdige Kampfesweise. Die Schantungbahn hatte ihr Baukapital mit 4 vH zu verzinsen, die Tsinpu-Bahn (so lautet die Abkürzung für Tientsin-Pukou) mit 5 vH, die Vorschüsse sogar mit 7 vH; die Schantungbahn hatte ihr Kapital zu pari, die Tsinpu-Bahn erhielt nur einen Kurs von 93 bzw. 94½ vH und mußte trotzdem den vollen Nennbetrag verzinsen. Man wird ausrechnen können, daß das allein den Kilometer um rd. 10000 M verteuert, während der Zinsunterschied eine Verteuerung von ungefähr 6000 M ausmacht. Die Schantungbahn wurde während des Baues von chinesischem Militär bewacht, die Tsinpu-Bahn hatte während der Bauzeit erhebliche Polizeikosten zu bezahlen. Die Ablösung des ursprünglichen Bauvertrages, der dem Bausyndikat einen Gewinnanteil von 20 vH am Verdienst zubilligte, erforderte eine hohe Summe, deren Verzinsung nötig wurde. Man halte dazu den infolge der chinesischen Wünsche unnötig teuren Bau der großen Hoangho-Brücke (ungefähr 12 Millionen M!), die Schwierigkeit der Heranschaffung für die Eisenbahnmaterialien und anderes, so wird man finden, daß rein durch äußere Umstände der Tsinpu-Kilometer um viele tausend Mark teurer kommen mußte als der Schantungbahn-Kilometer, ganz abgesehen davon, daß infolge der im letzten Jahrzehnt gesteigerten Anforderungen die Tsinpu-Strecke einen viel besseren Ausbau, kräftigere Brücken, ein schwereres Schienenprofil erhielt, schönere Bahnhofsbauten und anderes mehr. Das sind alles Umstände, die außerhalb der Verantwortlichkeit der deutschen Ingenieure liegen, die aber auch ein Kritiker in Rechnung stellen muß, ehe er solche verhetzende Behauptungen aufstellt, die Deutschlands und seiner Ingenieure Ehrlichkeit vor den Chinesen herabzusetzen geeignet sind. Uebrigens sind die Betriebsergebnisse der deutschen Tsinpustrecke dauend günstiger geworden, obgleich doch die Revolution und Gegenrevolution gerade diese Strecke und ihre wirtschaftliche Ausnutzung dauernd gestört hat. Im Mai 1912 gab es 192000 Dollar Einnahme, ein Jahr später 363000, und der letzte bekannt gewordene Monat Dezember 1913 weist 475000 Dollar auf. Das dürfte nun nahe an die Grenze herankommen, wo die eigenen Einnahmen der Bahn zur Verzinsung ausreichen und wo es an das Verdienen gehen kann. Und das trotz chinesischer Verwaltung!

Anzufügen ist den Angaben in meinem Aufsatze über die neuen Bahnbauten noch eine Konzession, die in der Zwischenzeit erteilt worden ist, nämlich der Bau einer Tschunking-Pakhoi-Bahn, die an die Franzosen konzessioniert worden ist, und zwar an die Banque industrielle. Die Bahn soll in dem internationalen Hafenplatze Pakhoi beginnen, über Nanning und Singyifu (man erinnert sich, daß das der Endpunkt der englischen Schasi-Südbahn ist, über die im vorigen Aufsatz gesprochen wurde) nach Yünnan führen und von dort ziemlich unmittelbar hinauf nach Tschunking gehen. Das sind ungefähr 1500 km, für die eine erste 5-prozentige Anleihe von 100 Mill. Fr, rückzahlbar in 40 Jahren, vorgesehen ist, die die Chinesen mit 5½ vH unter dem Ausgabepreis erhalten sollen. Die Eisenbahn selbst soll als Sicherheit dienen. Bei der endgültigen Zeichnung des Vertrages soll China 20 Mill. Fr Vorschuß erhalten, woraus die ganze Art dieses Eisenbahngeschäftes klar wird: es handelt sich um eine geschickte Ausnutzung der finanziellen Notlage Chinas zugunsten der französischen Industriebetätigung. Ueber die strategische und wirtschaftliche Bedeutung einer solchen großen Linie ist hier nicht zu sprechen; es sei nur darauf verwiesen, daß der wirtschaftliche Einfluß der Franzosen in dem bisher ziemlich wenig bedeutenden, aber einer großen Zukunft sichern Pakhoi und damit in ganz Südchina gewaltig steigen wird.

Von den Japanern ist noch zu sagen, daß sie, noch nicht zufrieden mit ihren zahlreichen Konzessionen in der Mand-

schurei, gegenwärtig auf eine Konzession in der Fukien-Provinz hinarbeiten, die von Amoy nach Futschau führen soll. Das hängt zusammen mit den alten Bestrebungen der Japaner, in dieser ihrer Kolonie Formosa gegenüberliegenden Provinz Interessen und Kapitalien festzulegen, die einem späteren militärischen Zugreifen den Weg ebnen sollen. Amoy hat ja einen brauchbaren Kriegshafen, und das Uebergreifen von Formosa aufs Festland ist ein Ziel, ähnlich dem des Uebergreifens von Korea auf die Mandschurei, über das in den nächsten Jahren noch mancher Kampf entbrennen wird.

Dr. Fritz Wertheimer.

Durch die Technisch-Wirtschaftlichen Blätter, die seit Januar d. J. erscheinen, tritt der Chinesische Verband deutscher Ingenieure als Vortrupp deutscher Industrie und Technik in China mit seinen Zielen und Bestrebungen aus dem engeren Vereinsleben in die Oeffentlichkeit.

»Als Tochtergesellschaft des Vereines deutscher Ingenieure«, so führt der Schriftleiter, M. Th. Strewe, aus, »sind selbstverständlich die Ziele dieser bedeutendsten, technischen Vereinigung Deutschlands unsere Ziele. Jedoch fern von den Quellen technischer Wissenschaft, die Fortschritte deutscher Industrie gleichsam nur aus der Vogelschau betrachtend, können wir den Hauptzielen des Vereines deutscher Ingenieure: Förderung technischer Kenntnisse und Forschungen, nur in langsamem Schritt zustreben.

»Anderseits wollen wir, über die Ziele des Vereines deutscher Ingenieure hinausgehend, alle und alles in unserem Verband zusammenführen, um die große wirtschaftliche Aufgabe, zu deren Lösung wir durch unseren Beruf in erster Linie berufen sind, zu erfüllen: »Eine friedliche Durchdringung Chinas im Zeichen der deutschen Maschine«. Mit einem gesunden Optimismus müssen wir an diese Aufgabe herantreten, ohne uns aber der Einsicht zu verschließen, daß wir nicht nur keine Fortschritte machen werden, sondern gegenüber den technisch ungeschulten chinesischen Unternehmern und den Bestrebungen der internationalen Konkurrenz unseren mühsam eroberten Platz verlieren werden, wenn wir nicht alle Hebel in Bewegung setzen und alle verfügbaren Kräfte in den Dienst unserer Sache stellen. Die Zeit ist vorbei, in der sich die Vertreter der weißen Rasse zusammenschlossen, um gemeinsam China ihre Kultur aufzuzwingen. Heutzutage ist es nicht mehr die chinesische Reaktion, gegen die wir uns durchsetzen müssen, sondern es sind die fremden Mächte, allen voran England, die uns den Weg zum chinesischen Markt verlegen wollen. Nicht mehr europäischer Fortschritt gegen chinesischen Stillstand, sondern angelsächsische Kultur gegen deutsche Kultur wird ausgespielt und daher auch der Kampfruf: »Hie deutsche, hie englische Maschine«. England hat uns den Fehdehandschuh zugeworfen durch Gründung von Vereinigungen und Zeitschriften, die offen den Kampf gegen das Vordringen der deutschen Industrie in China predigen. Sie haben dem wirtschaftlichen Kampf in China ein nationales Gepräge aufgedrückt und haben unter dieser Werbeformel das Interesse weiter englischer Kreise für China gehoben und mit Hülfe ihrer Regierung, des Kapitals und der Industrie eine großzügige Propaganda in China eingeleitet, die verderblich für den deutschen Einfluß in China werden muß, wenn nicht deutsches Kapital und deutsche Industrie sich zu gleichem Zweck hinter uns stellen. Zu anderen Zeiten würde das politisch und finanziell geschwächte China dazu dienen, die Kolonien der Fremdmächte zu erweitern. Wenn heutzutage die politische Konstellation keine kriegerische Eroberung des Landes, sondern nur eine friedliche Aufschließung Chinas für die heimische Industrie und den Handel gestattet, so verliert dadurch die chinesische Frage für uns nichts an nationaler Bedeutung. Die wirtschaftlichen Werte und die Aufnahmefähigkeit eines fremden Landes für unsere Industrieprodukte sind es ja gerade, welche uns den Besitz oder zum wenigsten die offene Tür des Landes wertvoll erscheinen lassen ... Ein Zurückdrängen unseres Einflusses bei der wirtschaftlichen Eroberung eines Gebietes von der Bedeutung und Ausdehnung Chinas kommt einem verlorenen Kriege gleich.

»Geld, Geld und nochmals Geld gehört aber zu erfolgreicher Durchführung auch eines wirtschaftlichen Feldzuges in China. Mehr als bisher muß das deutsche Kapital für die deutschen Interessen in China mobil gemacht werden. Finanzierungen bedeutender

Produktions- und Verkehrsunternehmungen werden zurzeit von dem internationalen Kapital heiß umstritten, nur die deutsche Finanz fehlt. Die Deutsch-Asiatische Bank arbeitet in den Grenzen ihres Programmes. Für Industrie- und andere Banken, aber auch für das Privatkapital, das sich auf einzelne Unternehmungen beschränkt, bietet China ein weites, fruchtbares Feld. Eines ist sicher: ohne genügende Unterstützung des deutschen Kapitales können wir bei der wirtschaftlichen Eroberung nicht Schritt halten mit der internationalen Konkurrenz. Vielleicht können wir in Zukunft noch einige erfolgreiche geschäftliche Patrouillenritte unternehmen, an eine wirtschaftliche Erorberung, oder gar an ein Festhalten größerer Gebiete Chinas für unsere Industrie kann ohne das schwere Geschütz des wirtschaftlichen Kampfes, ohne heimisches Kapital nicht gedacht werden. Die Folge des Zurückhaltens des deutschen Kapitales wird sein, daß fremdes Kapital dort ernten wird, wo wir gesät haben, ohne die Mühe und das Risiko jahrelanger Pionierarbeit im alten China auf sich genommen zu haben. Das Ende wird sein, daß die deutschen Ingenieure in die Frohn fremden Kapitales treten müssen, um nach Ausnutzung ihrer Erfahrungen den Landsleuten des Kapitalisten Platz zu machen. Kein schöner Ausblick in die Zukunft, dessen Verwirklichung aber bei den nationalistischen Geschäftsmaximen des fremdländischen Unternehmertums und bei künftiger Zurückhaltung des deutschen Kapitales sehr wahrscheinlich ist!

Mit Hülfe der deutschen Presse und unter Anlehnung an bereits bestehende Korporationen zur Förderung deutscher Interessen in China werden wir daher mit allen Mitteln versuchen, das Interesse des deutschen Kapitales für China zu steigern. Dies bedingt jedoch eine genaue Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse Chinas und ein rechtzeitiges Erkennen der Maßnahmen, welche von chinesischer Regierungsseite oder durch Privatinitiative zur weiteren industriellen Entwicklung des Landes getroffen werden. In bezug auf diesen Punkt hoffen wir auf eine besonders rege Mitarbeit aller Mitglieder, die schließlich jedem einzelnen wieder zugute kommen wird.

Ein weiter wichtiger Punkt unseres Programmes ist die Aufklärung unserer heimischen Industrie über die chinesischen Verhältnisse. Viele Gebiete haben wir bisher kampflos der Konkurrenz überlassen, anderseits ist auch eine gewisse Schwerfälligkeit verschiedener deutscher Industriezweige in bezug auf die Anpassungsfähigkeit und die Bedürfnisse des chinesischen Marktes, ein geringes Entgegenkommen gegenüber den Wünschen des chinesischen Kunden nicht zu leugnen. Der Fabrikant muß sich gerade in seiner Werbe- und Akquisitionstätigkeit der Eigenart des chinesischen Marktes anpassen, wie dies der japanische und amerikanische Kaufmann mit besonderem Erfolg getan hat. Wie wir denn überhaupt mehr als bisher die Geschäftsmethoden fremder Fabrikanten und Kaufleute in China studieren und zur Kenntnis der von uns vertretenen Fabrikanten bringen müssen. Bei den direkt an dem Handel Chinas interessierten industriellen und kaufmännischen Kreisen Deutschlands dürfen wir aber mit unserer Akquisitionstätigkeit nicht stehen bleiben. Für weite Kreise unserer Landsleute zu Hause ist China leider noch die »Ultima Thule«, und es ist wenig Verständnis dafür vorhanden, um welche großen wirtschaftlichen aber auch ideellen Güter der Kampf der fremden Nationen in China geführt wird.

»Der Schwerpunkt unserer Arbeit liegt naturgemäß in China: Aufklärung und Erziehung des Chinesen zum Industriellen und Techniker ist unsere Hauptaufgabe. Soweit es sich darum handelt, die Chinesen über die industriellen Möglichkeiten ihres Landes und die Vorteile moderner technischer Betriebe aufzuklären, arbeiten wir mit den anderen Nationen Hand in Hand. Von unserer Arbeit allein wird es abhängen, welche Rolle die deutsche Maschine in der künftigen Einfuhr Chinas spielen wird, welchen Einfluß der deutsche Techniker und Ingenieur als technischer Lehrer, Berater der Zentral- und Provinzialbehörden und als Leiter industrieller Betriebe im neuen China erlangt. Einfluß auf die chinesische Jugend zu bekommen, sie in unseren Ideen aufzuziehen, sie zu veranlassen, auf unseren Schulen in Deutschland oder China zu studieren, sowie ihnen unsere Sprache beizubringen, ist das Alpha und Omega einer erfolgreichen

Beeinflussung des kommenden neuen Chinas zu unseren Gunsten. Den Vorsprung, welchen in dieser Beziehung andere Nationen bereits vor uns haben, werden wir allerdings kaum einholen können.

In großen Zügen ist dies die Aufgabe, welche der Chinesische Verband deutscher Ingenieur verfolgen will. Die Aufgabe ist riesengroß, und der Mitarbeiter sind vorläufig noch wenige. Während sieben magerer Jahre hat die deutsche Industrie und Kaufmannschaft mit Zähigkeit an der Erschließung des chinesischen Marktes gearbeitet. Sorgen wir dafür, daß die fremde Industrie, die sich jetzt mit großer Energie dem chinesischen Markte zuwendet, nicht auf deutscher Pionierarbeit weiterbaut. Vom rein geschäftlichen Standpunkte aus ist der Zusammenschluß gegen die internationale Konkurrenz der einzig gangbare Weg zum Erfolg. Erfüllen wir damit zugleich einen Teil der Kulturaufgabe, welche dem deutschen Volk in China gestellt ist, so kann das nur ein weiterer Antrieb sein, die Ziele des Verbandes zu verfolgen.

In den letzten drei Jahren hat China größere soziale, wirtschaftliche und politische Veränderungen erlebt als während der Dauer der Regierungsepoche der Mandschudynastie. Ob eine ähnlich schnelle industrielle Entwicklung Chinas nachfolgen wird, ist wahrscheinlich — jedenfalls ist es nicht ausgeschlossen —, wie die Wirtschaftsgeschichte verschiedener Länder, denen nicht einmal das unerschöpfliche Arbeitermaterial Chinas zu Gebote stand, zeigt. Wie dem auch sei, überlassen wir völkerpsychologische Studien über das Warum und Wieso derartiger Erscheinungen im Völkerleben unseren heimischen Geschichtsphilosophen. Uns rufen die Forderungen des Tages, und jeder Tag stellt uns in dem jetzigem Entwicklungsstadium Chinas vor neue Aufgaben, von deren schneller und richtiger Lösung unsere geschäftlichen Erfolge — an diesen können wir in erster Linie unsere Fortschritte in China erkennen — abhängen. Das stärkste Bollwerk Chinas, an dem sich lange Jahre die fortschrittlichen Wellen moderner Weltanschauung brachen, die auf Jahrtausend langer Tradition beruhende egoistische Abschließung gegen die übrige Menschheit, ist durch die Revolution in Trümmer gegangen, und China ist in die Weltwirtschaft eingegliedert. Mit fliegenden Fahnen marschiert die internationale Konkurrenz, voran das kleine Belgien, durch die Bresche zur wirtschaftlichen Eroberung des Landes, während wir in deutscher Gründlichkeit erst noch die ganze Marke abtragen wollen, erst noch alle andern Hindernisse forträumen müssen, ehe wir zum allgemeinen Vormarsch blasen. Will unser heimisches Kapital und unsere Industrie warten, bis das Chinageschäft für jeden Laien durchsichtig geworden ist, bis Bilanzen chinesischer Kompanien eine Beteiligung von dem in Europa üblichen geschäftlichen Standpunkt aus rechtfertigen, dann sind, das ist sicher, der Rahm abgeschöpft und die besten Futterplätze besetzt . . .

Alle Zeichen deuten auf eine schnelle wirtschaftliche Auferstehung Chinas, die der Industrialisierung und damit im Gefolge der Maschineneinfuhr günstig ist. Der Gedanke lag nahe, in dieser Entwicklungsperiode in dem Chinesischen Verband deutscher Ingenieure eine Sonderorganisation zu schaffen, die ausschließlich die Interessen der deutschen Technik und Industrie vertritt. Gegenüber dem deutschen Import- und Exporthandel in China, der durch die Jahrzehnte lange Arbeit deutscher Kaufleute ein festes Gefüge bekommen hat, steckt das deutsche Maschinengeschäft in China gewissermaßen noch in den Kinderschuhen und ist daher durch eine energische Konkurrenz leichter zu verdrängen. Eine gesteigerte Ein- und Ausfuhr muß vorläufig auf den alten Handelswegen ein- und abfließen, eine außergewöhnlich große Steigerung kann zudem nicht eintreten ohne Verbesserung von Wasserwegen oder Schaffung neuer Eisenbahnlinien. Aus diesen Gründen untersteht der Handel stets der Kontrolle des landeskundigen Kaufmannes. Anders verhält es sich mit den industriellen Anlagen. Diese entwickeln sich in China unabhängig von den alten Verkehrswegen überall dort, wo die Rohprodukte vorhanden und ein ausreichender Markt für die Fabrikate ist. Bei der wirtschaftlichen Selbständigkeit der einzelnen Provinzen Chinas und der dichten Bevölkerung sind hier große Möglichkeiten. Es sei nur

darauf hingewiesen, daß heutzutage in modernen Spinnereien Chinas noch nicht 1 vH des Verbrauches von Baumwollgeweben in China hergestellt wird. Es ist daher nicht eine schrittweise Entwicklung der Industrie zu erwarten, sondern die industriellen Anlagen werden wie Pilze aus der Erde schießen. Erstanlagen bedingen bei dem konservativen Geist der Chinesen meist für Jahre ein Monopol für die weitere Industrialisierung des benachbarten Wirtschaftsgebietes. In diesem Stadium der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas ist es leichter, Aufträge zu guten Preisen mit weniger Unkosten für die deutsche Maschinenindustrie hereinzuholen, als später gegenüber einer eingearbeiteten Konkurrenz. Möglichst bald in möglichst allen Teilen Chinas industrielle Anlagen deutscher Herkunft aufstellen, ist die beste Politik.

»Rechtfertigen diese Verhältnisse in China schon allein die Schaffung einer besonderen Interessenvertretung der deutschen Maschinenindustrie, so darf auch nicht verschwiegen werden, daß die Interessen der deutschen Kaufmannschaft in China nicht immer identisch sind mit den Interessen der deutschen Maschinenindustrie. Berechtigte Privatinteressen der Kaufleute stehen in diesem Punkte häufig dem allgemeinen Interesse der deutschen Industrie entgegen. Die erste Bedingung für ein gemeinsames Zusammenarbeiten des deutschen Kaufmannes und Fabrikanten ist allerdings, daß die Fabrikate der deutschen Industrie auf dem chinesischen Markte konkurrenzfähig sind. Die Lösung dieser Interessenfrage kann natürlich nicht von heute auf morgen geschehen, aber bei gutem Willen auf beiden Seiten ist es jedenfalls möglich, sie zu lösen. Notwendig ist es aber, eine Lösung zu finden, da die bestehenden Verhältnisse eine Schwäche unserer Stellung bedeuten, an der die fremde Konkurrenz nicht oder wenigstens nicht in gleichem Maße leidet.

»So zeigt zurzeit kein Wirtschaftsgebiet der Erde gleiche Möglichkeiten wie China, und kein anderes Land wird noch auf Jahrzehnte hinaus der wirtschaftlichen Expansionspolitik fremder Völker ähnliche Aussichten bieten. Hinzu kommt, daß der wirtschaftliche Aufschluß Chinas in eine Zeit fällt, in der der Imperialismus, das wirtschaftspolitische Evangelium unserer Zeit, die führenden Kulturvölker über Land und Meer treibt, um nach territorialer Aufteilung der Erde der wachsenden nationalen Volkskraft und der durch die moderne Technik ins Ungemessene gesteigerten Produktion in den Wirtschaftsgebieten fremder Völker ein Ventil zu schaffen . . .

Der Staat sieht in dem Imperialismus den »Weltwachstumswillen« des Volkes, das Platz und Schutz für seine Arbeit auch über seine Landesgrenzen hinaus verlangt. Wie ein bonus pater familias, der mit Rücksicht auf zahlreiche Nachkommenschaft möglichst viel Boden unter Kultur nimmt, sucht auch der moderne Staat in möglichst allen Wirtschaftsgebieten der Erde seinem Volke die Wege zu ebenen und ihm einen Platz an der Sonne zu sichern. Auf diese Weise führte der Imperialismus England vom Kap nach Kairo und treibt es von Aegypten über Indien zum Yangtsetal, führte er das Land der Monroe-Doktrin nach Cuba und den Philippinen, Rußland nach der Mongolei und Japan nach der Mandschurei. Aber der imperialistische Gedanke baute auch die Dämme von Assuan, die sibirische Bahn, den Panama-Kanal und schuf die großen Baumwollgebiete in den Wüsten Zentralasiens. Wiederum ist es der Imperialismus, der die Völker in China im Ringen um die wirtschaftliche Vormacht gegenüber stellt, von dessen Ausgang großen Teils die weltwirtschaftliche Zukunft und Stellung Deutschlands am Stillen Ozean, dem Mittelmeer der Zukunft, abhängt.

»Lernen wir aus der Geschichte, lesen wir die Zeichen der Zeit! Halten wir uns fern in gleicher Weise von einem kosmopolitischen Humanismus und einem nationalen Chauvinismus, verbrämen wir unsere Berufsarbeit mit einem gesunden nationalen Selbstbewußtsein und Egoismus, so werden wir, dem Beispiel der anderen in China tätigen Nationen folgend, am vorteilhaftesten für uns selbst und für die von uns vertretene deutsche Industrie arbeiten. Mit Worten allein ist allerdings noch nichts getan, was den endlichen Erfolg bedingt, ist die Tat!«

Das Deutsch-Südamerikanische Institut, das Mitte vorigen Jahres begründet wurde, ist eine Vereinigung der Deutschen, welche mit den Ländern des

lateinischen Amerikas, sowie der Latino-Amerikaner, welche mit Deutschland auf Gebieten geistiger Arbeit Beziehungen unterhalten. Das Institut hat die Aufgabe, diese Beziehungen zu pflegen, die Arbeit der Mitglieder zu erleichtern, den Austausch und die Verwertung der Arbeitserfahrungen zu fördern. Politische und religiöse Zwecke sind ausgeschlossen.

Das Institut sucht seine Aufgabe insbesondere zu erfüllen durch Herausgabe regelmäßig erscheinender Mitteilungen, eines nach Ländern und Fachgebieten systematisch geordneten Adreßbuches sowie von Auskunftsbüchern; durch Vermittlung des Austausches der Veröffentlichungen seiner Mitglieder, insbesondere auch von Behörden, Instituten, Gesellschaften usw., welche periodische Veröffentlichungen herausgeben; durch Veranstaltung spanischer und portugiesischer oder deutscher Ausgaben geeigneter Werke und Abhandlungen aller Wissenschaften und Künste; endlich durch Unterhaltung von wissenschaftlichen Auskunft- und Studienstellen in Deutschland sowie im lateinischen Amerikas. Der Sitz des Institutes ist Bonn.

Die bis jetzt vorliegenden Veröffentlichungen, die bei der Deutschen Verlagsanstalt erscheinen, machen einen vortrefflichen Eindruck, inhaltlich wie äußerlich. Die »Mitteilungen des Deutsch-Südamerikanischen Institutes« enthalten im ersten »Südamerika-Archiv« benannten Teile Aufsätze von gut unterrichteten Südamerikanern und Deutschen, die zum bessern Verständnis der Eigenart der latino-amerikanischen Volksstämme beitragen.

Skizzen wie »Schlafendes Land« von José M. Salaverria, »Zur Zeit der mageren Kühe« von A. Edwards geben einen trefflichen Einblick in uns unbekannte fremdartige Lebensverhältnisse argentinischer Provinz und chilenischer Spekulation. Die Art der Erzählung bereitet ästhetischen Genuß, wie überhaupt das Bestreben, auch rein sprachlich gute Arbeit zu leisten, unverkennbar ist. Besonders wertvoll erscheinen mir die Literatur- und Presseberichte, die gute Uebersichten über die geistigen Erzeugnisse latino amerikanischen Ursprunges geben.

Die vom Institut weiterhin herausgegebene spanische und portugiesische Zeitschrift macht einen gediegenen Eindruck; auch die Technik kommt nicht zu kurz, wie es bei einem Institut nicht anders zu erwarten war, dessen Schwerpunkt bei der Technischen Hochschule Aachen liegt. Bleibt das Südamerikanische Institut in weiser Selbstbeschränkung dabei, lieber quantitativ weniger, dafür aber qualitativ Bestes zu leisten, folgt es nicht dem einigermaßen komisch anmutenden Beispiel neuerer Gesellschaften, die mit allumfassenden Namen und Absichten — und einem Etat von 10 bis 20000 M die gesamte Weltwirtschaft zu bemeistern proklamieren, so wird der Erfolg nicht ausbleiben. W. Matschoß.

Der Außenhandel der deutschen Eisenindustrie.

Im vergangenen Jahre hat der Wert der gesamten deutschen Ausfuhr zum erstenmal den Betrag von 10 Milliarden M überschritten. Er betrug 10,18 Milliarden M gegenüber 9,03 im Jahre 1912. An diesem Ergebnis ist die deutsche Ausfuhr von Eisen, Eisenwaren und Maschinen mit rd. 2 Milliarden M beteiligt gewesen, wie aus nachstehender Uebersicht hervorgeht[1]).

Ausfuhr	1912	1913
	Mill. M	
Eisen und Eisenwaren	1185,8	1339,2
Maschinen	630,3	678,4
zusammen	1816,1	2017,6

Diesen Ausfuhrwerten stehen folgende verhältnismäßig geringe Einfuhrwerte gegenüber:

Einfuhr	1912	1913
	Mill. M	
Eisen und Eisenwaren .	110,2	104,1
Maschinen	77	80,9
zusammen	187,2	185,0

Der Menge nach hat die Ausfuhr von Eisen und Eisenwaren (ausschließlich der Maschinen) im vergangenen Jahre die Höhe von rd. 6,5 Mill. t bei einer Gesamtroheisenerzeugung Deutschlands und Luxemburgs von 19,1 Mill. t erreicht. Sie hat damit die Zahl für 1912 um 7,5 vH übertroffen. Die Ergebnisse der letzten drei Jahre sind:

Ausfuhr von Eisen und Eisenwaren.

Jahr	Mill. t
1911	5,38
1912	6,042
1913	6,497

[1]) Nach Stahl und Eisen vom 12. Februar 1914.

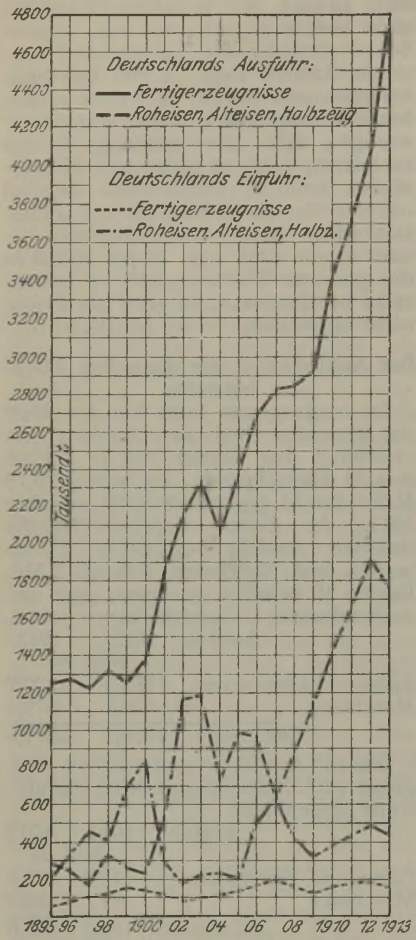


Abb. 1.

Dem Werte nach ist die Steigerung der Ausfuhr von Eisen und Eisenwaren für das Jahr 1913 gegenüber 1912 noch erheblicher, nämlich 13 vH. Das ist darauf zurückzuführen, daß die Ausfuhr von Roheisen 1913 wesentlich zurückgegangen und die von Halbzeug nahezu dieselbe geblieben ist, während die Ausfuhr von Walzwerkerzeugnissen, also höherwertigen Gütern, um 15 und von sonstigen Eisenerzeugnissen sogar um 17 vH zugenommen hat. Der Anteil des Roheisens an unserer gesamten Eisenausfuhr, der im letzten Jahrzehnt verhältnismäßig stark gestiegen war, beträgt für 1913 wieder 13,2 vH. Eine ähnliche Erscheinung weist übrigens Großbritannien auf, wo der Anteil des Roheisens von 25,7 im Jahre 1912 auf 22,2 im vorigen Jahre gefallen ist. In der nachstehenden Zahlentafel sind die ausgeführten Eisenmengen, nach den eben erwähnten Gruppen getrennt, für die beiden letzten Jahre angegeben und mit den entsprechenden Zahlen der Einfuhr nach Deutschland verglichen, während Abb. 1 eine Uebersicht über die Entwicklung der letzten 18 Jahre gibt. In Abb. 1 sind die Gruppen Walzwerkerzeugnisse und Eisenwaren der nachstehenden Zahlentafel als »Fertigerzeugnisse« zusammengefaßt, die Zahlen der Maschinengruppe dagegen nicht enthalten. Aus ihr geht hervor, daß bei der Ausfuhr stets die Fertigerzeugnisse, bei der Einfuhr die Rohstoffe stark überwiegen. 1913 fielen mehr als 70 vH der Einfuhr auf Roheisen und Alteisen. Die Zahlentafel zeigt ferner, daß unsere Maschinenausfuhr der Einfuhr jetzt um fast das Siebenfache überlegen ist, während sie 1900 noch nicht das $2^1/_2$fache der Einfuhr betragen hat.

Eiseneinfuhr und -ausfuhr Deutschlands, nach Hauptgruppen geteilt.

	Einfuhr		Ausfuhr	
	1912	1913	1912	1913
	1000 t			
Roheisen, Alteisen, Halbzeug	493	451	1911	1754
Walzwerkerzeugnisse	118	125	3304	3801
Eisenwaren	63	42	806	943
Maschinen	78	88	537	594

Abb. 2 gibt im einzelnen die Ausfuhrzahlen der Walzwerkerzeugnisse wieder. Danach stehen an erster Stelle Stabeisen, Platten und Bleche, dann folgen Schienen, Formeisen und Draht, schließlich schmiedeiserne Röhren.

Bemerkenswert für das Jahr 1913 ist die Zunahme der deutschen Eisenausfuhr nach Großbritannien, Britisch-Ostindien, Ostasien und Südamerika, die den Ausfall der Ausfuhr nach den übrigen, namentlich europäischen Ländern

mehr als ausgeglichen hat. Auch die an sich geringfügige Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten hat sich verdoppelt. Ob es sich hier um eine zufällige Erscheinung handelt, muß die Zukunft zeigen. Erwähnenswert ist ferner, daß die deutsche Schienenausfuhr, die seit 1910 in der Welt an erster Stelle stand, im vergangenen Jahre wieder von der englischen Ausfuhr überflügelt worden ist.

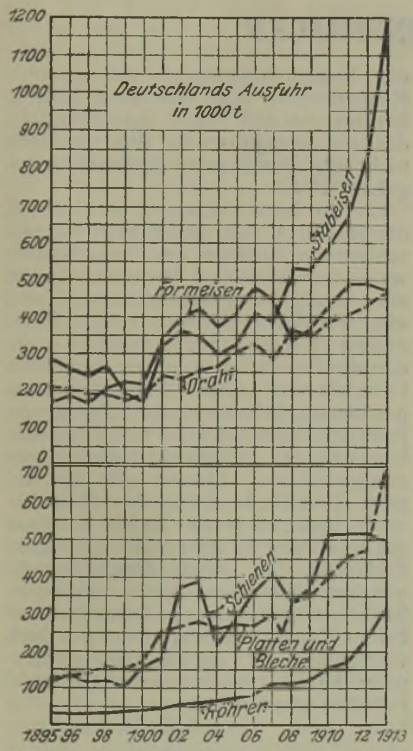


Abb. 2.

Die Hauptabnehmer der deutschen Eisenindustrie und die an sie abgeführten Eisenmengen sind folgende:

Eisenausfuhr nach den hauptsächlichen Ländern.

	1910	1912	1913
		1000 t	
Großbritannien . .	910	1024	1208
Belgien	753	798	648
Niederlande . . .	386	555	595
Brasilien und Argentinien	395	381	471
Schweiz	262	356	333

Etwa an gleicher Stelle wie die Schweiz standen 1913 Oesterreich-Ungarn, China-Japan und Italien. Gr.

Ueber die Verwendung von Katalogen in Mittel- und Südamerika machen die »Daily Consular and Trade Reports« vom 2. Januar 1914 Mitteilungen, die auch für deutsche Fabrikanten wertvoll sind.

Ein Grund für die Abneigung gegenüber dem Gebrauch von Katalogen liegt, selbst wenn sie in Spanisch gedruckt sind, in der Tatsache, daß der Geschäftsmann von Mittel- und Südamerika nicht geneigt ist, auf eine augenblickliche Anregung einzugehen. Wenn ein Irrtum in der Auswahl stattgefunden hat, oder wenn sich die Waren nach Ankunft als nicht passend erweisen, ist es nicht so leicht, sie los zu werden, wie in den Vereinigten Staaten. Deshalb ist sorgfältige Ueberlegung notwendig. Vorzugsweise sollte eine Warensammlung mit Hülfe der persönlichen Bemühungen eines Reisenden oder eines Ortsvertreters eingeführt werden. Wenn die Waren oder die Warensammlung dem Kaufmann bekannt ist, so möge man Kataloge gebrauchen, nicht aber in anderen Fällen; erst recht aber nicht in großem Umfange, wenn sie in Englisch Auskunft geben und die Mithülfe eines Uebersetzers erfordern.

Ob das Geschäft die Herausgabe eines Kataloges in spanischer Sprache verlohnt oder eine Serie von spanischen Zirkularen, ist im einzelnen Falle festzustellen. Es sei aber gesagt, daß das Geschäft, das auf den Gebrauch spanischer Kataloge in Lateinisch-Amerika zurückzuführen ist, im Verhältnis nicht so groß ist wie das, welches durch die Verbreitung von Drucksachen in den Vereinigten Staaten zustande zu kommen pflegt. Der einzige Weg, auf dem Kataloge mit Erfolg benutzt werden mögen, ist vor allem die Einführung einer Warensammlung durch einen sachverständigen Spanisch sprechenden Reisenden von gutem Ruf und geeigneter Persönlichkeit, der persönliche Beziehungen anzuknüpfen vermag, die hier im Geschäft eine so große Rolle spielen. Ein Versuchauftrag wird kein regelmäßiges Geschäft begründen, es wird häufigerer Besuche bedürfen, um den Händler zu gewinnen und das Geschäft auf eine feste Grundlage zu bringen. Erst wenn

dann das Vertrauen des Händlers zu der Ware und dem Handelshause einmal geschaffen ist, mag man Kataloge mit einem beträchtlichen Wirkungsgrad benutzen, vorausgesetzt, daß sie in Spanisch abgefaßt sind.

Es ist ein Verlust an Zeit und Geld, in diese Länder Briefe oder Drucksachen zu schicken, die in einer Sprache abgefaßt sind, welche die Empfänger nicht verstehen. Geschäftshäuser in den Vereinigten Staaten tun das in großem Umfang und verharren darauf. Das wirkliche Unglück besteht darin, daß, wenn die erwarteten Ergebnisse ausbleiben, die Firmen, welche nicht die richtigen Wege eingeschlagen haben, enttäuscht und wahrscheinlich zu weiteren Versuchen nicht geneigt sind.

ORGANISATIONSFRAGEN.

Selbstkostenberechnung und moderne Organisation von Maschinenfabriken von Herbert W. Hall. München und Berlin 1913, R. Oldenbourg. M 4,—.

Im Vorwort bemerkt der Verfasser, daß er grundlegende Kenntnisse der Fabrikorganisation voraussetzt, und daher erwartet man, daß die allgemein bekannten Grundsätze der Materialverwaltung, der Lohnverrechnung wie der Unkostenermittlung wegfallen werden. Allein es sind nur die Formulare fortgeblieben, und die vorangeführten drei Elemente der Selbstkostenberechnung sind auf 76 Seiten ausführlich durchgesprochen, ohne daß wesentlich Neues gebracht wird. Und doch haben in letzter Zeit die Einführung des Schnelldrehstahls und des Automaten, das Bedienen von 2 bis 4 Bänken durch einen einzigen Arbeiter, die Einführung von Tarifverträgen und andere Organisationsneuerungen eine Reihe von Grundsätzen umgestoßen und neue Verrechnungsarten gezeitigt, die in einem neuen Werke unbedingt hätten besprochen werden müssen. Anderseits sind hochwichtige, noch nicht von allen Seiten genügend beleuchtete Gebiete, wie die Berechnung von passenden Verteilungs-Schlüsseln für die Unkosten, die Abschreibungsfrage, das gesamte Kontrollwesen usw. nur ganz flüchtig berührt, so daß selbst dem Praktiker, der mehrere Jahre im Betriebe steht, nicht die gewünschte Uebersicht gegeben wird.

Erst im letzten Abschnitt des Buches, der Kalkulation, findet man die verschiedenen Systeme des Selbstkostenwesens erläutert und daran anknüpfend ein vorzüglich geschriebenes Kapitel über die Aufstellung der periodischen Ergebnisrechnungen, die einwandfrei nachweisen, wie man ohne Inventuraufnahme bei tadellos organisierter Selbstkostenberechnung zu jeder Zeit Klarheit über das finanzielle Ergebnis des laufenden Betriebsjahres erlangen kann. Ebenso gibt das Kapitel »Die Bedeutung der Maschinenstundenkosten« an Hand einiger gut gewählter Beispiele eine sehr gute Erklärung der verschiedenen Berechnungsmöglichkeiten dieses wichtigen Selbstkostenelementes; schon um dieser beiden Kapitel willen erscheint das Buch empfehlenswert, da das oben Bemängelte bei einer nächsten Auflage leicht behoben werden kann.

C. M. Lewin.

WIRTSCHAFT, RECHT UND TECHNIK.

Die Schiedsgerichte in Industrie, Gewerbe und Handel. Ein Handbuch für Industrielle, Ingenieure und Kaufleute sowie für Studierende aller Fachrichtungen der technischen Hochschulen und der Handelshochschulen. Auf Grund langjähriger eigener Erfahrung verfaßt von Dr. phil. et jur. Julius Kollmann, Professor an der Technischen Hochschule Darmstadt. München und Berlin 1914, R. Oldenbourg. 529 Seiten. M 13,—.

Mit dem vorliegenden Werke »Die Schiedsgerichte in Industrie, Gewerbe und Handel« hat der durch seine früheren Arbeiten rühmlichst bekannte Verfasser einem dringenden Bedürfnisse sowohl der Industriellen, der Gewerbe- und Handeltreibenden, wie auch der Gerichte, der Verwaltungsbehörden und der Anwälte entsprochen. Er hat sich die schwierige Aufgabe gestellt, Entwicklung, Zweck und Bedeutung der Schiedsgerichte sowie die Grund-

sätze, nach denen der Schiedsrichter zu verfahren hat, den Bedürfnissen der Praxis gemäß zu erörtern. Diese Aufgabe hat er trefflich gelöst und sein Ziel voll und ganz erreicht. Die systematische Darstellung ist klar und übersichtlich, die Gesetzgebung, Literatur und Rechtsprechung sind eingehend mit außerordentlicher Sorgfalt benutzt. Fassung und Inhalt lassen erkennen, daß das Buch von einem in der Praxis und der Theorie gleich erfahrenen Manne mit größtem Fleiße und besonderer Sachkenntnis geschrieben ist.

Eine solche Arbeit war deshalb notwendig und zeitgemäß, weil einerseits die Bedeutung der Schiedsgerichtsurteile in den letzten Jahren — zumal in Rücksicht auf ihre im Vergleich zu gerichtlichen Urteilen leichte Vollstreckbarkeit im internationalen Verkehr (vergl. das Vorwort) — fortwährend gewachsen ist und noch ständig zunimmt, und weil anderseits die gesetzliche Regelung des Verfahrens in Anbetracht der Wichtigkeit des Institutes als lückenhaft bezeichnet werden muß. Da es zudem in der Natur dieser Regelung liegt, daß sich die Gerichte wenig mit Fragen des schiedsrichterlichen Verfahrens zu beschäftigen haben, ist die einschlägige Judikatur und Literatur nur dürftig. Diese Umstände machen es erklärlich, daß die Materie schon bei den Studierenden der Rechtswissenschaft nur zu oft der Vernachlässigung anheimfällt, und daß man in juristischen Kreisen oft einer fast völligen Unkenntnis des Schiedsgerichtsverfahrens begegnet.

Der Verfasser erörtert zunächst einleitend die Vorteile des schiedsrichterlichen Verfahrens vor dem ordentlichen gerichtlichen Verfahren. Dahin zählt er den rascheren Gang (durch die Verminderung der Instanzen), die Verbilligung (durch Vermeidung des Anwaltszwanges), die Fachkenntnis der Schiedsrichter und endlich einen Umstand, der bisher wenig oder gar nicht gewürdigt worden ist: die Möglichkeit der Benutzung der Schiedsrichter zur Revision und Verbesserung derjenigen Verträge, die zu dem Streite Anlaß gegeben haben. Daneben verkennt er auch die Nachteile nicht, die er vorwiegend darin sieht, daß mancher Schiedsrichter unwillkürlich dazu neigen wird, im Sinne derjenigen Partei zu entscheiden, die ihn benannt hat. Indessen erwartet der Verfasser mit Recht Verminderung dieser Nachteile durch Heranziehung gebildeter und auch juristisch geschulter Schiedsrichter aus den Kreisen der Industrie. Er gibt uns sodann, vom Römischen Recht ausgehend, einen Ueberblick über die geschichtliche Entwicklung der Schiedsgerichte bis in die neuste Zeit. Wenn nun auch das Studium dieses Abschnittes für die Bedürfnisse des Praktikers nicht unbedingt notwendig ist, so wird es doch demjenigen Schiedsrichter, der seinen Beruf von einer höheren Warte auffaßt und nach wissenschaftlicher Vertiefung strebt, einen reichen Schatz wissenswerter Einzelheiten bieten. Der Verfasser geht dann auf die in der neusten Zeit erfolgte Einrichtung ständiger Schiedsgerichtskommissionen der Berliner kaufmännischen Korporationen ein, deren Tätigkeit er an der Hand genauer Tabellen statistisch erläutert.

Nach diesen teils wirtschaftlichen, teils historischen und statistischen Erörterungen beginnt der rechtliche Teil des Werkes. Der Verfasser hat es sich zur Aufgabe gemacht, den zum Schiedsrichter Bestimmten über die wichtigsten materiell- und prozeßrechtlichen Grundsätze, die er zwar nicht berücksichigen muß, aber doch zweckmäßigerweise berücksichtigen wird, zu unterrichten. Denn er geht von der durchaus richtigen Auffassung aus, daß ein Widerspruch zwischen Entscheidungen der Schiedsgerichte und der ordentlichen Gerichte tunlichst vermieden werden müsse, insbesondere Schiedssprüche gegen zwingendes Recht, deren Besprechung er einen ganzen Abschnitt widmet. Indessen kann ihm in einer Hinsicht hier nicht beigepflichtet werden. Der Verfasser wünscht das juristische Element ganz aus den Schiedsgerichten verdrängt zu sehen und tadelt sowohl die Gepflogenheit des Fiskus, der bei den ihn betreffenden Streitigkeiten, soweit sie durch Schiedsgerichte entschieden werden, stets darauf hält, daß der Obmann Jurist ist, als auch die Zuziehung ständiger juristischer Sekretäre zu Schiedsgerichten. Dem ist entgegenzutreten. So wünschenswert es ist, daß auch der kaufmännisch gebildete Schiedsrichter über ein gewisses Maß juristischer Kenntnisse verfügt, um bei Abfassung eines sachgemäßen Spruches behilflich

zu sein, so schwer, ja fast unmöglich ist es für einen nicht von Anfang an juristisch geschulten Schiedsrichter, gerade die schwierigen und doch so häufig auftretenden Fragen der Verteilung der Beweislast, der richtigen Normierung des Eides usw. ohne Mitwirkung eines Juristen zutreffend zu entscheiden. Die vom Verfasser vertretene Auffassung wird auch in den Kreisen der Industrie keineswegs geteilt. Die Verbindung von Juristen und Laien in unseren Schöffen-, Gewerbe- und Kaufmannsgerichten sowie den Kammern für Handelssachen hat sich als in hohem Grade zweckmäßig und richtig erwiesen.

Die materiellrechtlichen Lehren, die der Verfasser dem Schiedsrichter an die Hand gibt, sind geschickt ausgewählt und in lichtvoller, dem Laien verständlicher Kürze gehalten. Ohne in eine bloße Aufzählung der für den Schiedsrichter wichtigen Paragraphen zu verfallen, weiß er doch auch wieder ein ermüdendes Eingehen auf schwierige juristische Einzelheiten zu vermeiden. Insbesondere sind seine stets durch praktische Beispiele erläuterten Ausführungen über Abfassung und Auslegung der für das Gebiet des kaufmännischen Lebens so wichtigen Lieferverträge zum Studium zu empfehlen; sie werden nicht nur dem Schiedsrichter, sondern auch dem kaufmännischen Beirat industrieller Unternehmungen eine wertvolle Unterstützung und reiche Quelle der Belehrung sein. Freilich hätte der Verfasser bei seinen Erörterungen der Systematik des BGB etwas mehr folgen können, weil dies dem Laien die Orientierung erleichtern würde. Auch eine eingehendere Behandlung des wichtigen Abschnittes über den Kauf wäre erwünscht gewesen.

Es werden ferner die Lehren der ZPO über die Beweiswürdigung und Beweisaufnahme, sowie über die Bedeutung der einzelnen Beweismittel besprochen, und endlich wird noch der Fristen und Termine, insbesondere der für das schiedsrichterliche Verfahren in verschiedener Hinsicht bedeutsamen Notfristen gedacht. Der Verfasser ist mit Recht der Ansicht, daß gerade die hier erwähnten Abschnitte der ZPO Grundsätze von solcher Bedeutung enthalten, daß der Schiedsrichter sie, auch ohne gesetzlich dazu verpflichtet zu sein, anzuwenden hat und daher kennen muß.

Das Werk geht sodann auf die gesetzliche Regelung der Schiedsgerichte im materiellen und prozessualen Recht über. Es würde zu weit führen, diese unter Benutzung der gesamten Judikatur aufs sorgfältigste ausgearbeiteten Abschnitte auch nur im Wege einer Inhaltsangabe zu skizzieren. Es seien daher nur einige von dem Verfasser erörterte, für den Praktiker besonders wichtige Fragen gestreift. Eingehend behandelt ist zunächst die Frage der Zulässigkeit des Abschlusses eines Schiedsvertrages unter Hervorhebung der positivrechtlichen Ausnahmen und der persönlichen Fähigkeit zum Abschluß solcher Verträge. Wichtig sind auch die Ausführungen über die Rechtswirkungen des gültig abgeschlossenen Vertrages (Einrede dss Schiedsvertrages), über das Erlöschen des Schiedsvertrages gemäß § 1033 ZPO und über die Ausleggung der Schiedsverträge mit Rücksicht auf Treu und Glauben und auf die Verkehrssitte. Auch der vom Schiedsvertrag verschiedene Gutachtervertrag ist behandelt. Von großer Bedeutung für Parteien, die sich Schiedsgerichten unterwerfen, sind die Anweisungen, die der Verfasser inbezug auf Auswahl der Schiedsrichter gibt, und für diese selbst die Lehren über ihre Befugnisse und Pflichten und über die Wahl und Stellung des etwaigen Obmannes.

Von den Erörterungen über das eigentliche Verfahren vor den Schiedsgerichten seien hier nur einige Punkte hervorgehoben, die sich in dem entsprechenden Abschnitte der Zivilprozeßordnung nicht finden: zunächst die eingehend behandelte und praktisch höchst bedeutsame Frage über die Festsetzung des Honorars der Schiedsrichter, wobei der Verfasser eine möglichst vor Beginn der mündlichen Verhandlung zu treffende Vereinbarung unter Zugrundelegung der Gerichtskostensätze erster Instanz empfiehlt, und sodann die Erörterungen über die Stempelpflicht der Schiedssprüche, die in übersichtlicher und zweckmäßiger Weise für jeden Bundesstaat getrennt gehalten werden. Auch der Frage der Versteuerung des Schiedsrichterhonorares wird gedacht.

In einem lesenswerten praktischen Teil führt der Verfasser alsdann eine

Anzahl in den letzten Jahren ergangener Schiedssprüche von größerer Bedeutung nebst Entscheidungsgründen an, wodurch er den Leser in die Lage versetzt, an Musterbeispielen die praktische Durchführung der zuvor studierten theoretischen Grundsätze zu ersehen. Nachdem der Verfasser sodann verschiedene Schiedsgerichtsordnungen, Muster zu Lieferungsverträgen und Gebührenordnungen im Wortlaut mitgeteilt hat, geht er in scharf durchdachten juristischen Darlegungen auf die Schiedssprüche gegen zwingendes Recht und auf ausländische Schiedssprüche ein und schließt mit sehr beachtenswerten Vorschlägen zur Reform der Gesetzgebung.

Das höchst verdienstvolle Werk, dem in einem Anhang eine Zusammenstellung der in Frage stehenden Vorschriften der Zivilprozeßordnung, des Gerichtskostengesetzes und des Strafgesetzbuches beigegeben ist, ist eine überaus gründliche, vollständige und dabei leicht verständliche Erläuterung der zum Teil schwierigen Normen des schiedsrichterlichen Verfahrens und wird für jeden, der sich mit dem schiedsrichterlichen Verfahren zu befassen hat, von großem Nutzen sein. Es steht den meisten über diese Materie vorhandenen Schriften an Vollständigkeit, Reichtum und Gediegenheit des Inhaltes weit voran.

Dr. G. Eger, Berlin.

Zum preußischen Wohnungsgesetzentwurf.

Der preußische Wohnungsgesetzentwurf ist nach der ersten Lesung im Abgeordnetenhause einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen worden. Zwar hat sich der preußische Städtetag in Breslau lebhaft gegen die Einschränkung des kommunalen Bauverbotes[1]) gewehrt, hat der konservative Redner die Einführung der Wohnungsaufsicht auf dem Lande für überflüssig und unerwünscht erklärt, aber im ganzen steht eine Einigung auf der mittleren Linie zu erhoffen. Denn zu deutlich haben die letzten 10 Jahre, die seit dem Scheitern des ersten Entwurfes verflossen sind, von der Notwendigkeit einer gesetzlichen Bekämpfung der Mißstände im Wohnungswesen überzeugt. Ein Gesetz ist notwendig, wenn man sich auch nicht über die engen Grenzen seiner Wirksamkeit täuschen darf. Der Staat kann die Gemeinden nur zu Reformen im Bau- und Wohnungswesen überhaupt zwingen, die Regelung der Wohnungsverhältnisse im einzelnen überläßt er besser der örtlichen Selbstverwaltung. Auch ist ein Gesetz machtlos gegen die Uebelstände, die sich aus der Natur des Wohnungsmarktes ergeben; die lange Herstellungsdauer des Hauses, die erschwerte und verteuerte Geldbeschaffung in Zeiten industriellen Aufschwunges, die oft große Zahl neuer und leerer Wohnungen, die angeboten werden, wenn der Abwanderungsprozeß schon wieder einsetzt, erschweren mehr als auf anderen Gebieten der Volkswirtschaft einen Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage. Ebenso vollziehen sich Mietpreisgestaltung und -bewegung im Zusammenhang mit allgemein volkswirtschaftlichen Erscheinungen und sind daher nicht durch ein Spezialgesetz zu regeln. Wohl aber hätte sich eine Reform des Taxwesens, die Voraussetzung jeglicher Gesundung der Kreditverhältnisse auf dem Baumarkte, in den Rahmen eines Wohnungsgesetzes gefügt. Der vorliegende Entwurf beschränkt sich indessen auf die Beeinflussung der Wohn- und Ansiedlungsweise (Artikel 1 und 2 über Baugelände und baupolizeiliche Vorschriften) sowie der Wohnungsbenutzung und bringt Bestimmungen über Wohnungsnachweis und Wohnungsaufsicht, Einrichtungen, welche der Gemeindeverwaltung eine beständige, genaue Kenntnis der Zahl und Art der vorhandenen Wohnungen ermöglichen (Artikel 3 und 4).

Ohne das bestehende Fluchtlinien- und Ansiedlungsrecht anzutasten enthält der erste Teil verschiedene, von den Vertretern des neuzeitlichen Städtebaues schon lange erhobene Forderungen; z. B. daß aus besonderen Gründen eine hinter die Straßenfluchtlinie zurückweichende Baufluchtlinie festgelegt werden kann; daß im Interesse

[1]) Nach § 12 des Fluchtliniengesetzes steht den Gemeinden uneingeschränkt das Verbot des Bauens an unregulierten Straßen zu. Der Gesetzentwurf will jetzt im Bezirksausschuß eine Berufungsinstanz schaffen, wenn das Bauverbot mißbräuchlich, ohne Rücksicht auf ein vorhandenes Wohnungsbedürfnis, angewendet wird.

des Wohnungsbedürfnisses »in ausgiebiger Zahl und Größe Plätze (auch Gartenanlagen, Spiel- und Erholungsplätze) vorgesehen, daß für Wohnzwecke Baublöcke von angemessener Tiefe und Straßen von geringerer Breite geschaffen werden, und daß durch die Festsetzung Baugelände entsprechend dem Wohnungsbedürfnisse der Bebauung erschlossen wird; daß rückwärtige Baulinien festgesetzt und in reinen Wohnvierteln gewerbliche Anlagen ausgeschlossen werden können. In bezug auf die einzelnen Bauordnungsbestimmungen legt der Entwurf als allgemeingültig fest, was fortgeschrittene Stadtverwaltungen bereits durchgeführt haben, wie sie auch dazu übergehen, aus der Baupolizei »den alten Polizeigeist, der sich an Paragraphen klammert«, zu entfernen, sie zu der notwendigen »Baubehörde« umzugestalten, die »sachgemäßes Bauen im Dienste der Volkswohlfahrt« fördert.

Der zweite Teil des Gesetzentwurfes und besonders der Artikel 4, der sich mit der Wohnungsaufsicht beschäftigt, hat das größte Interesse in der Oeffentlichkeit erregt. Berührt er doch unmittelbar das häusliche Leben fast eines jeden. Der Entwurf sieht einen Zwang zur Einführung der Wohnungsaufsicht erst für Städte mit 100000 Einwohnern und darüber vor; demgegenüber haben die in der Praxis stehenden Wohnungsreformer einmütig die Herabsetzung der Grenze auf mindestens 50000 Einwohner gefordert. Sie sehen zum Teil in der Wohnungsaufsicht das Rückgrat aller gemeindlichen Wohnungspolitik, und wer nicht nur mit Zahlen, sondern ebenso mit der Eigenart der wirtschaftenden Menschen rechnet, wird eher dieser Auffassung beipflichten, als sich dem Urteil einiger Theoretiker anschließen, welche sich angesichts der geringen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der meisten Mieter von einer erziehlichen Einwirkung nichts versprechen. Soll die Arbeit der Wohnungsaufsicht aber auf die Dauer bei Mietern und Vermietern Unterstützung finden, so kann bei dem Widerwillen der Bevölkerung gegen die Polizei ihr pfleglicher Charakter nicht scharf genug betont, die Auswahl der Wohnungspfleger nicht sorgfältig genug betrieben werden. Da indessen jedes öffentliche Organ für seine Betätigung eine klare rechtliche Grundlage braucht, ist es wünschenswert, daß sich die Gemeinden, da wo königliche Polizei besteht, die Bau- wie die Wohnungspolizei übertragen lassen, damit die Gemeinde gegebenenfalls ihren Verordnungen einen rechtskräftigen Nachdruck verleihen, die Organisation der Bau- und Wohnungspolizei aber auch im Sinne einer fortgeschrittenen Wohnungspolitik durchführen kann.

Von städtischer Seite aus sollte auch eindringlich die Anschauung bekämpft werden, daß sich die Wohnungspflege auf dem Lande erübrige. Die äußerst geringen Ansprüche, welche die aus ländlichen Gegenden in die Städte Abwandernden an eine Wohnung stellen, wirken unter städtischen Verhältnissen niederziehend auf die Wohnsitten, und die Unkenntnis der einfachsten hygienischen Regeln, die dem Stadtbewohner geläufig sind, ist bei dem engen Zusammenlegen vieler Familien in einem großen städtischen Miethause nicht ohne Bedenken.

Dr. Dorothea Bernhard.

IV. NEUE LITERATUR
DER WIRTSCHAFTLICHEN UND SOZIALEN GRENZGEBIETE DER TECHNIK[1]).

Bildungs- und Erziehungswesen; Wissenschaftsbetrieb; Standesfragen.

Baker, James H.: Educational aims and civic needs. London, Longmans, 14. 3 s 6 d.

Cholmeley, R. T.: Secondary education in England: the next step towards a national system. London, E. Smith, 13. 2 s 6 d.

Cohn, Gustav: Die Reform des Promotionswesens der deutschen Universitäten. Int. Mtschr. Febr. 14.

Erbreich, Friedrich: Ziele, Lehrpläne und Einrichtungen der Königlichen Hüttenschule zu Duisburg. Stahl u. Eisen 29. Jan. 14.

Gewerbliche Einzelvorträge der Handelshochschule Berlin. Berlin, G. Reimer, 13. M 2,—.

Hackmann, H: A German scholar in the East: travel scenes and reflections. London, K. Paul, 13. 5 s.

Hellauer, Jos.: Die Bibliographie der Sozialwissenschaften. Z. Handelsw. Febr. 14.

Kammerer: Die Entwicklung der technischen Hochschulen Preußens in den letzten 25 Jahren. Techn. u. Wirtsch. Jan. 14.

Krahmann, M.: Weitere Ausführung meines Systems der Bergwirtschaftslehre. Bergw. Mitt. Jan. 14.

Kranold, Hermann: Die geistigen Typen der heutigen deutschen Studentenschaft. Soz. Monatsh. 12. Febr. 13.

Mayr, Geo: Die Staatswissenschaften und ihr Standort im Universitätsunterricht. München, J. Lindauer-M. Rieger, 13. M —,50.

Sturm, K. F.: Die nationale Einheitsschule. Beiträge zur äußeren Organisation des deutschen Schulwesens. Leipzig, J. Klinkhardt, 13. M 1,25.

Thieß, Karl: Hochschulbildung für Unternehmer. JB. Ges. Verw. 14 H. 1.

Wall, Edward E.: The status of the engineer. Journ. Ass. Eng. Soc. 14 Nr. 1.

Wirtschaftswissenschaft und -politik.

Albrecht, Gerhard: Zur sozialen Theorie der Verteilung. JB. Nat.-Oe. Jan. 14.

Amar, J.: Le moteur humain et les bases scientifiques du travail professionnel. Paris, H. Dunod et E. Pinat, 14.

Amonn, Alfred: Die Probleme der wirtschaftlichen Dynamik. Arch. Sozialw. Jan. 14.

Brentano, Lujo: Ueber einige in der Natur des Beobachtungsobjektes liegende Schwierigkeiten des volkswirtschaftlichen Forschens. Arch. Sozialw. Jan. 13.

Carus, Paul: The mechanistic principle and the non-mechanical. London, Open Court Pub. Co., 13. 4 s.

Le Dantec: La »Mécanique« de la vie, Flammarion, 13. Fr 1,50.

Davenport, H. J.: The economics of enterprise. London, Macmillan, 13. 10 s.

Eggenschwyler, W.: Prinzipielles zur Erforschung der Teuerung. JB. Ges. Verw. 14 H. 1.

Ely, R. T.: Studies in the evolution of industrial society. London, Macmillan, 14. 2 s.

Kampfmeyer, Paul: Marxismus und Ethik. Soz. Monatsh. 26. Febr. 14.

Lotz, Walter: Zum Streit über die Weltwirtschaftslehre. Arch. Sozialw. Jan. 14.

Mitscherlich, Waldemar: Die Weltwirtschaft als Wirtschaftsstufe. Z. Sozialw. 14 H. 1.

Simkhovitch, Vladimir G.: Marxismus gegen Sozialismus. Jena, G. Fischer, 13. M 5,—.

Sulzbach, Walter: Betrachtungen über die Grundlagen der politischen Parteibildung. Arch. Sozialw. Jan. 14.

Schumacher, Georg: Die Kontinentalsperre und ihre Wirkungen auf die links- und rechtsrheinischen Industriezweige. N. Zeit 24. Okt. 13.

---

[1]) Ein Verzeichnis der für diese Übersicht bearbeiteten Zeitschriften ist dem Januarheft beigefügt.

Schwandt, Rudolf: Die ökonomische Geschichtsauffassung als heuristische Maxime. Soz. Monatsh. 12. Febr. 14.

Stieda, Wilh.: Die Kontinentalsperre in Sachsen. Rede zur Feier von Königsgeburtstag (Berichte über die Verhandlungen der königl. sächsischen Gesellschaft der Wissenschaften zu Leipzig 65. Bd. 2 Heft). Leizig, B. G. Teubner, 13. M —,60.

Whitehouse, J. Howard: Essays on social and political questions. Camb. Univ. Press, 13. 3 s.

Zielenziger, Kurt: Die alten deutschen Kameralisten. Ein Beitrag zur Geschichte der Nationalökonomie und zum Problem des Merkantilismus. Jena, G. Fischer, 14. M 12,—.

v. **Zwiedineck,** Otto: Ueber den Subjektivismus in der Preislehre. Arch. Sozialw. Jan. 14.

Industrie und Bergbau; Wasserwirtschaft.

Altmann, Paul Ernst; Die Strohstoff-Fabrikation. Handbuch für Studium und Praxis. Berlin, M. Krayn, 14. M 2,—.

Annual summary of the world's shipbuilding for the year 1913 (Lloyd's register of shipping.) Shipbuild. 29. Jan. 14.

Ausarbeitung des Bewässerungsprojektes im Südosten des Viktoriasees. Verh. Kol. Wirtsch. Kom. 17. Nov. 13.

Bartels, W.: Der Bergbau in der ostsibirischen Küstenprovinz im Jahre 1911. Bergw. Mitt. Jan. 14.

—, Ueber den Goldbergbau in der Mongolei. Bergw. Mitt. Jan. 14.

Bartel: Die Energieversorgung der Ostprovinzen. El. Kraftb. 4. Febr. 14 u. f.

Barthen, Ivar: Swedish iron and steel developments in 1913. Iron Age 22. Jan. 14.

Besson, Paul: L'industrie et les emplois du radium. Mém. Soc. Ing. Civ. France 13 Nr. 11.

Billard de Saint Laumer, J.: Etude critique sur la législation minière et les modifications récemment proposées. Paris, A. Rousseau, 13.

Boyle, A. C.: The geology and ore deposits of the Bully Hill mining district, California. Bull. Am. Inst. Min. Eng. Jan. 14.

Brennecke, L.: Gefährliche Patente. Z. Verb. D. Arch. 24. Jan. 14.

Brewe: Das Schmiergelderunwesen und seine Bekämpfung. Recht u. Wirtsch. Jan. 14.

Bührig, Wilhelm: Die Hirschberger Spitzen-Hausindustrie. JB. Ges. Verw. 14 H. 1.

Christiansen, Carl: Chemische und Farben-Industrie. Tübingen, J. C. B. Mohr, 14. M 3,—.

Coghlan, H. Lake, and J. W. **Hirschley:** Coconut cultivation and plantation machinery. London, C. Loockwood, 13. 3 s 6 d.

Coussieu, M. H.: L'or en Haute-Guinée française. Bull. Soc. Ind. Min. Dez. 13.

Dettmar, Geo: Statistik der Elektrizitätswerke in Deutschland nach dem Stande vom 1. April 1913. Im Auftrage des Verbandes deutscher Elektrotechniker. Berlin, J. Springer, 13. M 8,—.

Drexler, Frz.: Zur Frage der Schweröl-(Teer, Teeröl) Ausnutzung in Verbrennungsmotoren (Aus: »Der Oelmotor«). Berlin, Verlag für Fachliteratur, 13. M 1,50.

Die Erhebungen über die Produktionsverhältnisse des Mühlengewerbes für die Erntejahre 1. Juli 1908/09 und 1. Juli 1909/10 (Bearbeitet im Reichsamt des Innern). Berlin, C. Heymann, 13. M 4,—.

Fernald, R. H.: The commercial trend of the producer-gas power plant in the United States (U. S. Bureau of Mines). London, Wesley, 13. 2 s 6 d.

de Franclieu, M. H.: Transport et embarquement du minerai de fer de la Société des mines de fer de Rouïna (Alger). Bull. Soc. Ind. Min. Jan. 14.

Frölich, Fr.: Die Bedeutung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes. Techn. u. Wirtsch. Jan. 14.

Garforth, W. E.: Coal and stone dust investigations. Inst. Min Eng. 14. 1 s.

Gerold, Oskar: Die technisch-wirtschaftliche Bedeutung der Entstaubung, Heizung und Befeuchtung in einer Hanfspinnerei. Sozial-Techn. 15. Jan. 14.

Die rheinisch-westfälische Industrie. Lebensbilder der bedeutendsten Industriellen und Kaufleute und Darstellung ihrer Unternehmungen. Essen-Ruhr, Deutsche Bergwerks-Zeitung.

Italiens Eisenindustrie. Bergw. Mitt. Dez. 13.

Jenkins, A. Lewis: Die Leistungsfähigkeit der Werkzeugmaschinen. Z. prakt. Maschinenb. 14. Febr. 14.

Jüngst, E.: Die nichtsyndizierten Zechen im niederrheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau. Glückauf 7. Febr. 14.

Käppler, Hermann: Ein untergehendes Kleingewerbe. Zu den Produktionserhebungen im Mühlengewerbe. N. Zeit 13. Febr. 14.

Kellen, Th.: Friedrich Grillo. Lebensbild eines Industriellen aus der Gründerzeit. Essen-Ruhr, Deutsche Bergwerkszeitung, 13. M 1,75.

Lacroix, A.: Les richesses minérales de Madagascar. Paris, A. Davy, 13.

Lander, Cecil H.: Ventilation and humidity in textile mills and factories. London, Longmans, 14. 4 s 6 d.

Lemberg, Heinr.: Jahrbuch der Steinkohlenzechen und Braunkohlengruben Westdeutschlands. Dortmund, C. S. Krüger. M 4,—.

Lincoln, F. C.: Coal washing in Illinois. Chapman and Hall, London. 50 c.

Lucas, Chester L.: The moving picture in the machine tool business. Machinery Jan. 14.

März, Joh.: Rüstungslieferungen und Industrie. D. Ind. 6. Febr. 14.

Olichschläger: Differenzen in- und ausländischer Motorpflüge im Brennstoffverbrauch und in den Betriebskosten bei der ungarischen Motorpflugkonkurrenz in Galantha. Motorw. 10. Febr. 14.

Parma, Alois: Ueber Wahl und Oekonomie der Kraftmaschinen. Mit besonderer Berücksichtigung der Bergwerksanlagen. Teplitz-Schönau, A. Becker, 13. M 4,—.

Practical results of railway electrification in Italy. Eng. 23. Jan. 14 u. f.

Rice, G. S and others: First series of coal-dust explosion tests in the experimental mine (U. S. Bureau of mines). London, Wesley, Nov. 13.

von Rieger, Wilh.: Verzeichnis der im Deutschen Reiche auf Baumwolle laufenden Spindeln und Webstühle. Stuttgart, H. O. Sperling, 13. M 20,—.

Schulz, W.: Die Erdölindustrie in Rumänien. Glückauf 31. Jan. 14.

Strache, H.: Ueber die zentrale Beheizung von Städten. Z. österr. Ing. 6. Febr. 14.

Tookey, W. A.: Commercial test of internal combustion engines. Engineer 30. Jan. 14.

Wieszner, Fr.: Die Regelung der schwedischen Eisenerzausfuhr und die deutsche Eisenerzeinfuhr. Bergw. Mitt. Dez. 13.

Winternitz, Erwin: Der wirkliche Wert der Kohle für den Industriellen und Konsumenten. Wien, A. Hölder, 14. M —,50.

Handel und Verkehr; Geldwesen; Weltwirtschaft.

Alexander, Karl: Gesellschaftsgründung als Mittel zur Sanierung notleidender Unternehmungen und zum Schutze gefährdeter Gläubigerinteressen. Recht u. Wirtsch. Febr. 14.

Axter, Emil: Inhalt des Hypothekenbriefes. Bank-Arch. 15. Febr. 14.

Bassett, H. H.: British commerce. London, W. Collins, 13.

Bartsch, H.: Kritische Betrachtungen über den Plan einer deutschen Rheinmündung. Weltverk. u. Weltwirtsch, Jan. 14.

Baudez, M.: Essai sur la condition juridique des étrangers en Chine. Paris, A. Pedone, 13.

Beigel, R.: Kann der Aufsichtsrat die Bücherrevisoren bei einer Aktiengesellschaft ersetzen? Z. Handelsw. Jan. 14.

Blaustein, Arth.: Deutschlands wirtschaftliche Kriegsbereitschaft (Volkswirtschaftliche Zeitfragen. 278. Heft). Berlin, L. Simion, 14. M 1,—.

Blüher: Wehrbeitragsfragen. D. Jur. Ztg. 15. Febr. 14.

Böse, Emil: Die wirtschaftlichen und staatlichen Verhältnisse der Republik Mexiko. Marine-Rdsch. Febr. 14.

Boutroux, E., D. J. **Hill** etc.: Les Etats-Unis et la France. Leurs rapports historiques, artistiques et sociaux. Paris, F. Alcan, 14. Fr 5,—.

Brasilien. Zolltarifentwurf, veröffentlicht im Diario do congresso national Nr. 75 vom 2. August 13. Bearbeitet im Reichsamt des Innern. Berlin, E. S. Mittler & Sohn, 13. M 2,—.

Calwer, Rich.: Das Wirtschaftsjahr 1911. Jahresberichte über den Wirtschafts- und Arbeitsmarkt. Jena, G. Fischer, 13. M 15,—.

Chaudoir, P.: Essais sur la détermination de la vitesse la plus économique dans les transports maritimes. Bull. Scient. Liège Dez. 13.

Danz: Ueber Verträge zur Sicherung gegen Kursschwankungen. Bank-Arch. 15. Febr. 14.

Dehn, Paul: Das Stille Meer. JB. Ges. Verw. 14 H. 1.

Delius: Die Haftung für Verkehrssicherheit. D. Jur.-Ztg. 1. Febr. 14.

Die Entwicklung der städtischen Straßenbahnen im 10jährigen Eigenbetriebe der Gemeinde Wien. Von der Direktion. Wien, Gerlach & Wiedling, 13. M 4,—.

Eckert, Christian: Die wirtschaftliche Bedeutung des Wehrbeitrages. Recht u. Wirtsch. Jan. 14.

Elliott, Howard: The truth about the railroads. Boston, Houghton Mifflin, 13. $ 1,25.

Fehlinger, Hans: Die Küstenschiffahrt in den Vereinigten Staaten von Amerika. Weltverk. u. Weltwirtsch. Jan. 14.

—, Die Industrie in den Vereinigten Staaten von Amerika. Soz. Monatsh. 29. Jan. 14.

Finanzielles und wirtschaftliches Jahrbuch (Herausgegeben vom kaiserlichen Finanzministerium). Tokio, Geiser & Gilbert. M 10,—.

Fischer, Edmund: L'Amérique bancaire et monétaire. Rev. écon. int. 20. Jan. 14.

Freemann, Lewis R.: American trade with China: its possibilities and limitations. Eng. Mag. Jan. 14.

Gariel, Georges: Les chemins de fer Suisses. Rev. écon. int. 20. Jan. 14.

Gopcevic, Spiridion: Der Stand des Bahnbaues in Süd- und Mittelamerika. Weltverk. u. Weltwirtsch. Jan. 14.

Großmann, H.: Die Entwicklung des deutschen Außenhandels seit dem Inkrafttreten des Zolltarifes vom Jahre 1902. Techn. u. Wirtsch. Jan. 14.

Grotewold, Christian: Seehafen-Ausnahmetarife und Binnenhäfen. Z. Binnensch. 15. Febr. 14.

Guglielminetti: L'entretien des routes et les taxes sur les voitures et les automobiles. Génie civ. 17. Jan. 14.

Hahmann: Das Heimatsrecht der Auslanddeutschen. Recht u. Wirtsch. Febr. 14.

Hutchinson, Rollin W.: Motor trucks in the dock and terminal problems of large cities. Eng. Mag. Jan. 14.

Jöhlinger, Otto: Die koloniale Handelspolitik der Weltmächte (Volkswirtschaftliche Zeitfragen 276. u. 277. Heft). Berlin, L. Simion, 14. je M 1,—.

—, Die Diamanten Südwestafrikas. JB. Ges. Verw. 14 H. 1.

Köhler, J.: Betrachtungen über den deutschen Außenhandel. München, G. D. W. Callwey, 13. M 1,—.

Katzenelsohn, P.: Zur Entwicklungsgeschichte der Finanzen Rußlands. Berlin, E. Ebering, 13. M 2,80.

Kempkens, Joh.: Die Ruhrhäfen, ihre Industrie und ihr Handel (Moderne Wirtschaftsgestaltungen 2. Heft). Bonn, A. Marcus u. E. Weber, 14. M 5,60.

de Keppen, A.: Documents statistiques sur le mouvement des combustibles minéraux dans les principaux ports français. Paris, Comité central des houillères de France, 13.

Kramer, G.: Die Revision von städtischen Kassen und Verwaltungen. Z. Handelsw. Jan. 14.

Lavis, F.: Buenos Aires and some minor Argentine ports. Eng. News 29. Jan. 14.

Lawson, W. R.: British railways: a financial and commercial survey. London, Constable, 13. 6 s.

Les chemins de fer électriques d'interêt local du Haut-Rhin, dans la région de Belfort. Génie civ. 17. Jan. 14.

Leuzinger, J.: Die Rheinschiffahrt Straßburg-Basel-Bodensee. Z. Binnensch. 15. Febr. 14.

Liard, A.: Un grand port français: Rouen. Rouen, A. Laine, 13.

de la Mazelière: Le Japon. Histoire et civilisation. Paris, Plon-Nourrit, 13.

Menz, Gerhard: Tsingtau und die chinesischen Eisenbahnpläne. Weltverk. u. Weltwirtsch. Jan. 14.

Michell, F.: Zur Eisenbah-n und Schiffahrtsfrage in Kamerun. Verh. Kol. Wirtsch. Kom. 17. Nov. 13.

Morgan, Evan: Chinese now terms and expressions, with English translations. London, Probsthain, 13. 4 s.

Pepper, Charles M.: Chiles as a buyer of our steel products. Iron Age 5. Febr. 14.

Quessel, Ludwig: Von der Ungleichheit der Völker im wirtschaftlichen Leben. Soz. Monatsh. 29. Jan. 14.

Rathgen, Bernhard: Die Eisenbahnpolitik Frankreichs in Nordafrika. JB. Ges. Verw. 14 H. 1.

Riesenfeld, Conrad Ernst: Kursabzüge für die Wehrbeitrags- und Besitzsteuererklärung. Bank-Arch. 1. Febr. 14.

Rist, Charles: Der Tiefstand der französischen Rente und die nächste Anleihe. Bank-Arch. 1. Jan. 14.

Rodes, J.: La Chine et le mouvement constitutionnel (1910—1911). Paris, Felix Alcan, 13.

Statistische Rückblicke aus Oesterreich. Der 14. Tagung des internationalen statistischen Institutes überreicht von der k. k. statistischen Zentralkommission. Wien, Manz, 13. M 2,60.

Sakolski, A. M.: American railroad economics. London, Macmillan, 14. 5 s 6 d.

Siebert, A.: Ueber die Entwicklung der Reichsfinanzen bis zur Einführung der ersten direkten Reichssteuern. Z. Sozialw. 14 H. 1.

Seiff, K.: Drahtlose Telegraphie in und mit den Kolonien. Verh. Kol. Wirtsch. Kom. 17. Nov. 13.

Schippel, Max: Einige Lehren des Weltwirtschaftsjahres 1913. Soz. Monatsh. 12. Febr. 14.

Schmick: Entwicklung der Schiffahrt in unseren Kolonien im allgemeinen. Verh. Kol. Wirtsch. Kom. 17. Nov. 13.

Statistiques de la navigation dans les colonies françaises pendant l'année 1911, publiées sous l'administration de M. Jean Morel, ministre des colonies. Paris, bureau de vente des publications coloniales officielles, 20, Galerie d'Orléans (Palais-Royal), 13. Fr 6,—.

Termier, M. P.: Le congrès géologique international du Canada. Bull. Soc. Ind. Min. Jan. 14.

v. Tschudi: Flugwesen in den Kolonien. Verh. Kol. Wirtsch. Kom. 17. Nov. 13.

Waltemath, Kuno: Die wahre Grundlage der Größe der britischen Industrie. Z. Sozialw. 14 H. 1.

Wenger, L.: Le pétrole. Production. Transformations industrielles. Commerce. Paris, A. Rousseau, 13.

Weisbart, J.: Die Beleihung der vom Bankier weitergegebenen fremden Wertpapiere. Bank-Arch. 15. Jan. 14.

Zimmermann, Alfr.: Geschichte der deutschen Kolonialpolitik. Berlin, E. S. Mittler & Sohn, 14. M 8,50.

Zur Organisation in Deutsch-Ostafrika. Verh. Kol. Wirtsch. Kom. 17. Nov. 13.

Organisationsfragen.

Anderson, Henry W.: The relations of public service companies and the public. El. Railw. Journ. 31. Jan. 14.

Beike, Joseph: Organisation und Buchhaltung einer Großbankfiliale. Z. Jan. 14 u. f.

Borrissowitsch, B.: Gemischte wirtschaftliche Unternehmung auf dem Gebiete des Wohnungswesens. Komm. Prax. 21. Febr. 14.

Brandenburger, W.: Materialienverwaltung in Zechen. Z. Schmalenbach Jan. 14.

Bricard, P.: Des sociétés par actions en droit anglais au point de vue de leur constitution. Paris, A. Rousseau, 13.

Brodnitz, Georg: Die Stadtwirtschaft in England. JB. Nat.-Oe. Jan. 14.

von der Burchard: Staatliche Beratungsstellen für Technik und Wirtschaft. Techn. u. Wirtsch. Jan. 14.

Carter, George W.: The tendency towards industrial combination. London, Constable, 13. 6 s.

Cary, E. R.: Solution of railroad problems by the slide rule. London, Constable, 13. 4 s 6 d.

Clambus, Erich: Namen und Nummern im Fabrikbetrieb. Werkst.-Techn. 1. Febr. 14.

Coes, Harold V.: Can big business by permanently dissolved? (Trustfrage). Iron Age 5. Febr. 14.

Colvin, Fred H.: Die Normalisierung im Maschinenbau. Z. prakt. Masch. 24. Jan. 14.

Commons, J. R.: Labour and administration. London, Macmillan, 13. 7 s.

Crain, G. D.: Cost records in small shops. Am. Mach. 24. Jan. 14.

Dreyfus, P.: Les amortissements dans les sociétés anonymes. Paris, A. Rousseau, 13.

Erickson, Halford: Regulation or profit-sharing. El. Railw. Journ. 31. Jan. 14.

Evans, H. D.: Systematizing the purchasing department. Iron Age 5. Febr. 14.

Franklin, Benj. A.: Experiences in efficiency reducing the factory expense. Eng. Mag. Jan. 14.

Fréminville, Ch.: Le système Taylor. Génie civ. 24. Jan. 14.

Furer, J. A.: Hiring men on basis of physique and skill. Am. Mach. 31. Jan. 14.

Guillaume, C. E.: Les récents progrès du système métrique. Rapport présenté à la cinquième conférence générale des poids et mesures réunie à Paris en octobre 1913. Paris, Gauthier-Villars, 13.

Hochstetter, Franz: Zoll, Regie oder Syndikat im Schiffbau. Schiffbau 11. Febr. 14.

Jones, Robert: The nature and first principle of taxation. London, P. S. King, 14. 7 s 6 d.

Kimball, Dexter Simpson: Principles of industrial organization. New York, Mc Graw-Hill. $ 2,50.

Kempkens, Joh.: Selbstkosten plus x Prozent. Z. Handelsw. Febr. 14.

Kirkbride, Franklin Butler, and Jos. Edm. **Sterrett**: The modern trust company; its functions and organization. New York, Macmillan. $ 2,50.

Knapp, Edw. J.: Shop efficiency as affected by drawings. Iron Age 5. Febr. 14.

Knowlson, T. Sharper: How to become efficient: an introductory study of first principles. London, T. W. Laurie, 14. 1 s.

Krumbiegel, Hermann: Ordnung über die Vergebung von Arbeiten und Lieferungen für die Stadt- und Schulgemeinde Dresden und die der Verwaltung des Rates unterstehenden Stiftungen. Dresden, C. Meinhold & Söhne, 13.

Kupferberg, A.: Amerikanische Reklamemethoden. D. Ind. 6. Febr. 14.

Lewin, C. M.: Oekonomischer Fabrikbetrieb und handelswissenschaftliche Forschung. Die Welt des Kaufmanns Nov. 13.

—, Wirtschaftsanwälte, Beratende Ingenieure oder Organisationsanwälte? Mag. Techn. u. Ind.-Pol. 13/14 H. 9.

Mannert, Willy: Das Lohnwesen in einer Schokoladen- und Zuckerwarenfabrik. Z. Schmalenbach Febr. 14.

Martin, G.: Le petit commerce et le progrès économique. Peyriller, Bouchon et Gamon, 13.

Martin, A.: Statistische Arbeiten im Bankgewerbe mit besonderer Berücksichtigung von Genossenschaftsbanken. Z. Handelsw. Febr. 14.

Nicholson, Jerome Lee: Cost accounting; theory and practice. New York, Ronald Press. $ 4,—.

Passow, Richard: Ueber die Bewertung der Betriebsanlagen in den Bilanzen. Bank-Arch. 1. Febr. 14.

Pinner, Felix: Die halböffentliche Unternehmung. Bank Nov. 13.

Redlmann, Carl: Die Versandabteilung in Fabrikbetrieben. Z. Handelsw. Febr. 14.

Schinze, Otto: Organisation und Buchführung in Installationsgeschäften. Leipzig, Dr. M. Jänecke, 14. M 6,80.

Schippel, Max: Das Budget in Wirklichkeit und in der radikalen Einbildung. Soz. Monatsh. 26. Febr. 14.

Schmid, A.: Die Technik der Bücher und Bilanzrevision. Z. Handelsw. Jan. 14.

Stapff: Die neue Lohnordnung der preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft. Ztg. Ver. D. Eisenbahnverw. 31. Jan. 14.

Taylor, Fred Manville: Principles of economics. Univ. of Mich. $ 2,—.

—, Die Betriebsleistung insbesondere der Werkstätten. Berlin, J. Springer, 14. M 6,—.

Tripp, Guy E.: Public relations. El. Railw. Journ. 31. Jan. 14.

Tupper, C. A.: Making a profit on special equipment. Iron Age 5. Febr. 14.

Wienecke, Carl: Gedanken über Betriebsleitung und Erfahrungen. Ztg. Verw. D. Eisenbahnverw. 21. Jan. 14.

Witt, Carl: Der kaufmännische Betrieb in der Staats- und Gemeindeverwaltung. ETZ 12. Febr. 14.

Wölbling, Paul: Die preußische Verwaltungsreform. Gedanken und Anregungen. Berlin, F. Vahlen, 14. M 1,80.

Zahn, Friedrich: Das Reich und die Reichsstatistik. Ann. D. Reichs 13 H. 12.

Unternehmer, Angestellte und Arbeiter; Soziales.

Backhaus, H.: Ist eine Aenderung der Organisationsform der Gewerkschaften notwendig? N. Zeit 27. Febr. 14.

Behrens, Frz.: Die deutsche Volksversicherung. Ihre Gründung und Bedeutung. Eine aktenmäßige Darstellung. Berlin, Vaterländische Verlags- u. Kunstanstalt, 14. M 0,80.

Beyschwang, H.: Die Organisationsform der Gewerkschaften. N. Zeit 30. Jan. 14.

Booth, Charles: Industrial unrest and trade union policy. London, Macmillan, 14. 1 s.

Busch, Josef: Der Entwurf eines preußischen Wohnungsgesetzes und der Wohnungszwang beim Arbeitgeber. Corr. Gewerksch. 3. Jan. 14.

Butterworth's workmen's compensation cases. Butterworth, 14. 10 s 6 d.

Castel, C.: Les sociétés de secours mutuels et les retraites ouvrières. Paris, A. Rousseau, 13.

Cohendy, G.: Le risque professionnel et les ouvriers et employés de l'Etat des départements et des communes. Paris, A. Rousseau.

Damaschke, Adolf: Volksgesundheit und Bodenreform. Dokumente des Fortschritts 7. Jahrg. H. 1.

Das Vereins- und Versammlungsrecht im Deutschen Reirhstage. Corr. Gewerksch. 14. Febr. 14.

Der französische Arbeiterschutz in gesundheitsschädlichen Industrien. Corr. Gewerksch. 17. Jan. 14.

Der Polizeikampf gegen die Gewerkschaften. Corr. Gewerksch. 10. Jan. 14.

Der Werftstreik 1913. Bericht an die Mitglieder der deutschen Holzarbeiterverbandes. Berlin, Deutscher Holzarbeiterverband, 13. M 1,—.

Die 33. Jahresversammlung des amerikanischen Arbeiterbundes. Corr. Gewerksch. 10. Jan. 14.

Die Interpretation über die christliche Gewerkschafts-Enzyklika — aufgehoben. Corr. Gewerksch. 21. Febr. 14.

Eggerstedt, Otto: Wo fehlt es uns? N. Zeit 7. Nov. 13.

—, Fusion der Organisationen oder gemeinschaftlicher Kampffonds? Soz. Monatsh. 26. Febr. 14.

Eisner, Fritz: Zur Kinofrage. N. Zeit 30. Jan. 14.

Erdmann, Aug.: Die christlichen Gewerkschaften, insbesondere ihr Verhältnis zu Zentrum und Kirche. Stuttgart, J. H. W. Dietz, 14. M 1.50.

—, Zur Beurteilung der christlichen Gewerkschaften. Soz. Monatsh. 15. Jan. 14.

—, Haben die christlichen Gewerkschaften sich Rom unterworfen? N. Zeit 16. Jan. 13.

Erkelenz, Anton: Streikrecht oder Arbeitsrecht für die Staatsarbeiter? Soz. Prax. 1. Jan. 14.

Ferch, Joh.: Liebe und Ehe in der arbeitenden Klasse. Oranienburg, Orania-Verlag, 13. M 1,20.

Fischer, Edmund: Arbeitslosigkeit und Arbeitsscheu. Soz. Monatsh. 26. Febr. 15.

Francke, E.: Das ganze Halt? Soz. Prax. 5. Febr. 14.

Gefahr für unsere Arbeitsnachweise in Sicht! Corr. Gewerksch. 7. Febr. 14.

Gephart, W. F.: Insurance and the State. London, Macmillan, 14. 5 s 6 d.

Geschäftsbericht des Gewerkschaftkartells Frankfurt a. M. für das Jahr 1912. Frankfurt a. M., Volksstimme.

Günther, Adolf: Gebiete und Methoden der amtlichen Arbeitsstatistik in den wichtigsten Industriestaaten. Soz. Prax. 5. Febr. 14.

Hamilton, William Fred.: Compulsory arbitration in industrial disputes. London, Butterworth and Co. 3 s 6 d.

Hartmann, Konrad: Die sozialtechnischen Museen im In- und Auslande. Verh. Gewerbfl. Jan. 14.

Heiß, Cl.: Die Berufsvereine des Auslandes. I. Gewerkschaftsbewegung in England. Volksw. Bl. Jan. 14.

Hutton, Mancius S.: Progress of the safety movement. Machinery Jan. 14.

Junghann: Sozialismus in Australien. Z. Sozialw. 14 H. 1.

Kampffmeyer, Paul: Die Arztfrage und die Bewertung der geistigen Arbeit in der Sozialdemokratie. Soz. Monatsh. 15. Jan. 14.

Kleeis, Frdr.: Die Arbeitsordnung in den gewerblichen Betrieben Deutschlands. Stuttgart, J. H. W. Dietz, 14. M 1,—.

Kleine: Neues zur Gewerbeordnung. D. Jur.-Ztg. 15. Jan. 14.

Krückmann: Der Boykott im Lohnkampf. Arbtgb.-Ztg. 22. Febr. 14.

Legien, Carl: Die gewerkschaftliche Internationale 1910 bis 1913. Soz. Monatsh. 15. Jan. 14.

Serini, Heinrich: Die bauliche Bodenausnutzung bei verschiedener Geschoßzahl. Weiträumigkeit und Hausform. München, Ernst Reinhardt, 13.

Leubuscher, Charlotte: Der Arbeitskampf der englischen Eisenbahner im Jahre 1911. Mit einem einleitenden Ueberblick über die allgemeinen Entwicklungstendenzen in der heutigen Arbeiterbewegung (Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen 174. Heft). München, Duncker & Humblot, 13. M 3,—.

—, Der Syndikalismus in England. Soz. Prax. 29. Jan. 14.

Levy-Rathenau, Josephine: Die Frau als technische Angestellte (Schriften des Frauenberufsamtes des Bundes deutscher Frauenvereine 1. Heft). Leipzig, B. G. Teubner, 14. M 1,—.

Liebknecht, Karl: Kirchenaustrittsbewegung und Sozialdemokratie. N. Zeit 16. Jan. 14.

Liebmann, Hermann: Zeigen sich in der deutschen Gewerkschaftsbewegung syndikalistische Tendenzen? N. Zeit 6. Fnbr 14.

Löhner, Otto: Die Wohnungsfürsorge in Bayern in den Jahren 1910, 1911 und 1912. München, J. Lindauer, 14. M 1,—.

van Manen, Charlotte A.: Zum Stande der niederländischen Arbeiterbewegung. JB. Ges. Verw. 14 H. 1.

Marcus, Max: Umlage und Kapitaldeckung. Untersuchungen zur Frage der Rücklagen der gewerblichen Berufsgenossenschaften. Berlin, W. Möser, 13. M 11,—.

Markwald, Hans: Zur Kirchenaustrittsbewegung. N. Zeit 16. Jan. 14.

Matschoß, W.: Das Gut Geeste der Harpener Bergbau-A.-G. Techn. u. Wirtsch. Jan. 14.

Meerfeld, J.: Kirche und Sozialdemokratie. N. Zeit 16. Jan. 14.

Morrison, C. J.: Short-sighted methods in dealing with labor. Eng. Mag. Jan. 14.

Parod, R.: Nous gagnons moins qu'en l'an 1500! Etude sur les salaires à travers les âges. Causes et conclusions pratiques, avec de nombreux tableaux statistiques. Paris, M. Rivière et Cie., 14.

von Philippovich, Eug.: Le mouvement ouvrièr et la réforme sociale en Angleterre. Rev. écon. int. 20. Jan. 14.

Picard, Max: Individuum und Organisation. Soz. Monatsh. 29. Jan. 14.

Rademaker, Fritz: Arbeitslosenversicherung und Sparkassen. Hannover, Göhmann, 14. M —,90.

Riepl, Georg: Die Organisationsform der Gewerkschaften. N. Zeit 23. Jan. 15.

Rüdenberg, Alfred: Der Schutz der Arbeitswilligen und die Kartelle der verarbeitenden Industrie. D. Ind. 20. Febr. 14.

Sachse, J.: Probleme der britischen Arbeiterpartei. N. Zeit 13. Febr. 14.

—, Die Arbeitslosenversicherung in Großbritannien. N. Zeit 24. Okt. 13.

Seidel: Die Spartätigkeit auf dem Lande und deren Rückwirkung auf die industriellen Schichten der Bevölkerung. D. Arbeitgeber-Ztg. 18. Jan. 14.

de Seilhac, L.: Une expérience socialiste. La verrerie ouvrière d'Albi. Paris, A. Rousseau, 13.

Sinzheimer, Hugo: Das Recht auf Offenlegung im Arbeitsvertrag. Soz. Prax. 12. Febr. 14.

Sousek, Jak.: Der rechtliche Charakter der Arbeitskonflikte. Wege zur Sicherung rechtlicher Zustände auf dem Gebiete des Arbeitsvertrages. Wien, W. Perles, 14. M 3,20.

Schäfer, Heinrich: Der Konsumverein als Arbeitgeber. Soz. Monatsh. 12. Febr. 14.

Schmidt, K.: Eine amtliche Denkschrift zur Arbeitslosenversicherung. Corr. Gewerksch. 17. Jan. 14.

Schmidt, Robert: Weshalb noch ein Arbeitswilligenschutz? Soz. Monatsh. 29. Jan. 14.

Schmoller, Gustav: Die soziale Bewegung in England im Lichte der marxistischen Klassenkampfidee. JB. Ges. Verw. 14 H. 1.

Schweighoffer: Industrielle Aufgaben und Ziele. D. Ind.-Ztg. 31. Jan. 14.

Staudinger, F.: Die Behandlung der Konsumgenossenschaft. Corr. Gewerksch. 14. Febr. 14.

Steinitz, Kurt: Aerzte und Krankenkassen. Soz. Prax. 25. Dez. 13.

Terrorismus und Volksempfinden. Corr. Gewerksch. 31. Jan. 14 u. f.

The economic aspect of benefit association work at Montreal. El. Railw. 27. Dez. 13.

The Ford plan for employees' betterment. Iron Age 29. Jan. 14.

Thulesius, Eberh.: Die Konkurrenzklausel mit besonderer Berücksichtigung des Entwurfs eines Gesetzes zur Aenderung der §§ 74, 75 und des § 76 Absatz 1 des Handelsgesetzbuchs. München, J. Schweitzer, 13. M 3,—.

Tils, Wilhelm: Das Konsumvereinswesen in Deutschland. JB. Ges. Verw. 13 H. 4.

Verhandlungen des ständigen Arbeitsbeirates über den Entwurf eines Gesetzes betr. die Regelung der Arbeitsverhältnisse in der Heimarbeit. Wien, Hof- u. Staatsdruckerei, 13. M 4,20.

Verhandlungen des ständigen Arbeitsbeirates über die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit in den gewerblichen Unternehmungen. Wien, A. Hölder, 13. M 2,60.

Wagemann, Arnold: Wesen und Technik der heutigen Wirtschaftskämpfe. Jena, F. Fischer, 13. M 1,50.

Wagner, M.: Zur Frage der Arbeitslosenversicherung in Deutschland. Berlin, F. Zillessen, 13/14. M 2,—.

Wehberg, Heinr.: Die Bodenreform im Lichte des humanistischen Sozialismus (Zum 25jährigen Jubiläum des »Bundes deutscher Bodenreformer« 1888 bis 1913). München, Duncker & Humblot, 13. M 5,—.

Weil, Herb.: Die gewerblichen Produktivgenossenschaften in Deutschland. München, M. Steinebach, 13. M 3,—.

Weisselberg, Gustav: Umfang und Wirkung des Blaumachens in der Industrie. Soz. Techn. 15. Febr. 14.

Weißhuhn, Ernst: Tarif-Verträge und gerechte Entlöhnung im Maschinenbau. Berlin, J. Springer, 13. M 2,—.

Werner, G.: Ein Beitrag zum Arbeitsverhältnis in den Betrieben der Arbeiterbewegung. Corr. Gewerksch. 24. Jan. 14.

Wichert: Die Arbeiterrentengutskolonie der Porzellanfabrik G. m. b. H. in Kolmar i. P. Concordia 15. Jan. 14.

Widiez, M.: Les étrangers dans les lois sur les accidents de travail et les retraites ouvrières. Paris, A. Rousseau, 13.

Winnig, August: Zur Begründung der öffentlich-rechtlichen Arbeitslosenfürsorge. Corr. Gewerksch. 25. Okt. 13.

Wissell, Rudolf: Krankenkassen und Aerzte. Soz. Monatsh. 26. Febr. 14.

Wölbling, P.: Auf dem Wege zum Reichseinigungsamt. Recht u. Wirtsch. Jan. 14.

Zeiler: Gehalt, Pension und Teuerung. Recht u. Wirtsch. Febr. 14.

Zimmermann, Waldem.: Rechtsfragen des Arbeitstarifvertrags. Haftung. Abdingbarkeit. Auf Grund einer Umfrage des Arbeitsrechts-Ausschusses der Gesellschaft für soziale Reform bearbeitet (Schriften der Gesellschaft für soziale Reform 42. u. 43. Heft, V. Bd. 1. u. 2. Heft). Jena, G. Fischer. 13. M 1,10.

—, Zur Entwicklung des Einigungswesens in Deutschland. Soz. Prax. 22. Jan. 14.

Wirtschaft, Recht und Technik.

Bruggmann, Karl: Das Durchleitungsrecht im schweizerischen Privatrecht (Abhandlungen zum schweizerischen Recht 53. Heft). Bern, Stämpfli & Co., 13. M 2,—.

Eisenbahn- und verkehrsrechtliche Entscheidungen und Abhandlungen. Zeitschrift für Eisenbahn und Verkehrsrecht (30. Bd. 1. Heft). Berlin-Wilmersdorf, Dr. W. Rothschild, 13. M 16.—.

Fischer, Chr.: Die Sicherungsübereignung als Verstoß gegen § 826 BGB. Bank-Arch. 1. Febr. 14.

Gerland, Otto: Zum Recht der gewerblichen Genehmigungen. JB. Ges. Verw. 13 H. 4.

Greif: Noch eine Frage aus dem neuen Reichsstempelgesetz. Bank-Arch. 15. Jan. 14.

Hagens, A.: Der Entwurf eines Patentgesetzes (Aus: »Leipziger Zeitschrift für Handels-, Konkurs- und Versicherungsrecht«). München, J. Schweitzer, 13. M —,60.

Heinsheimer, Karl: Sanierungsversuche als Verstoß gegen die guten Sitten? Ein Beitrag zur reichsgerichtlichen Judikatur über die Sicherungsübereignung. Bank-Arch. 15. Jan. 14.

Isay, Herm.: Das Erfinderrecht im vorläufigen Entwurf des Patentgesetzes. Berlin, F. Vahlen, 14. M —,80.

Jäger: Die Genehmigungspflicht der Dampfkesselanlagen in Betrieben, die keinen gewerblichen Charakter haben. Z. Dampfk. 23. Jan. 14.

Janesch, Raimund: Moralische und unmoralische Bauvertragsbedingnisse. Z. österr. Ing. 13. Febr. 14.

Kohler, Jos.: Der unlautere Wettbewerb. Darstellung des Wettbewerbsrechts. Berlin, W. Rothschild, 14. M 12,—.

Krüger, H. E.: Die praktischen Volkswirte und das einheitliche Arbeitsrecht. Volksw. Bl. Jan. 14.

Kühl, Hugo: Patentrecht und chemische Industrie. Straßburg, J. Singer, 14. M 6,—.

Lang, Alexander: Die Diplomingenieure und die Vereinheitlichung des Arbeitsrechts. Volksw. Bl. Jan. 14.

Luther: Der preußische Wohnungsgesetzentwurf. D. Jur.-Ztg. 1. Febr. 14.

Nußbaum, Arthur: Neue Fragen aus der börsenrechtlichen Praxis. Bank-Arch. 1. Jan. 14.

Oertmann, Paul: Noch einmal die Gratifikationsansprüche der Bankbeamten. Bank-Arch. 15. Febr. 14.

—, Zur Lehre vom Lieferungskauf. D. Jur.-Ztg. 15. Febr. 14.

Rahlenbeck, G.: Das neue belgische Gesetz über Handels- (speziell Aktien-) Gesellschaften. Brüssel, Misch & Thron, 13. M 1,50.

Samuelsdorff: Die Notwendigkeit einer Abänderung des Reichskaligesetzes. Essen-Ruhr, Deutsche Bergwerkszeitung, 14. M 2,—.

Schick, L.: Die Eintreibung von Außenständen in Kroatien. (Ein Beitrag zur internationalen Rechtshilfe.) Wien, M. Perles, 14. M 2,—.

Seiler, F.: Die Entstehung und Entwicklung der Nahrungsmittelkontrolle im Deutschen Reiche. Recht u. Wirtsch. Jan. 14.

Seligsohn, Arnold: Die Entwürfe eines Patentgesetzes und eines Gebrauchsmustergesetzes (Aus: »Ztschr. f. d. ges. Handels- und Konkursrecht«). Stuttgart, F. Enke, 13. M 1,60.

Sessler, Roland: Die Rechtsstellung des Künstlers bei Wettbewerben. Bern, A. Francke, 13. M 2,40.

Strehlow: Zum Entwurf eines Wohnungsgesetzes. JB. Nat.-Oe. Jan. 14.

Thurn, H.: Die Funkentelegraphie im Recht. Eine rechts- und verkehrsgeschichtliche Abhandlung. München, J. Schweitzer, 13. M 4,—.

Waldecker, Ludw.: Ueber den Begriff Korporation des öffentlichen Rechts nach dem preußischen Recht. Ein Beitrag zur Feststellung der Grenze zwischen der Korporation des öffentlichen und des Privatrechts überhaupt. Berlin, J. Guttentag, 13. M 4,—.

Wallerstein, Eugen: Zum neuen Warenzeichengesetz. D. Ind. 6. Febr. 14.

Wedell, Hans: Zur Abwehr von Klagen wegen benachteiligender Einwirkungen durch Geräusch und Erschütterungen. Stahl u. Eisen Nov. 13.

Zum Entwurf eines Patentgesetzes. Stahl u. Eisen 12. Febr. 14 u. f.

Kunst, Kultur und Technik; Geschichtliches.

Bombe, H.: Die Entwicklung der Straßenbahnwagen. Beitr. Gesch. Techn. 13 B. 5.

Caro, Heinr.: Gesammelte Reden und Vorträge. Leipzig, O. Spamer, 13. M 4,—.

Eucken, Rud.: Grundlinien einer neuen Lebensanschauung. Leipzig, Veit & Co., 13. M 4,—.

Fischer, Hermann: Beiträge zur Geschichte der Werkzeugmaschinen. Beitr. Gesch. Techn. 13 B. 5.

Fuchs, H., und A. **Günther:** Die ersten betriebfähigen Dampfmaschinen in Böhmen (Ein Beitrag zur Industriegeschichte Böhmens). Beitr. Gesch. Techn. 13 B. 5.

Keller, Karl: Johann Andreas Segner. Beitr. Gesch. Techn. 13 B. 5.

Kirsten, Gust.: Die Geschichte der Innung der Baumeister zu Dresden. Dresden, Holze & Pahl, 14. M 3,50.

Koehne, Carl: Die Mühle im Rechte der Völker. Beitr. Gesch. Techn. 13 B. 5.

Marwitz: Industrie und Heimatschutz. D. Ind. 6. Dez. 13.

Matschoß, Conrad: Ferdinand von Miller, der Erzgießer. Zur Erinnerung an die 100. Wiederkehr seines Geburtstages. Beitr. Gesch. Techn. 13 B. 5.

—, Geschichte der Maschinenfabrik Nürnberg. Die Begründung und Entwicklung der Werke Nürnberg und Gustavsburg der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg A.-G. (MAN). Beitr. Gesch. Techn. 13 B. 5.

Müller-Breslau: Zur Geschichte des Zeppelin-Luftschiffes. Verh. Gewerbfl. Jan. 14.

Pape, Rich.: Geschichtliche und wirtschaftliche Entwicklung des Gewerbes in Altpreußen unter dem Ritterorden und der Herrschaft der Hohenzollern bis zur Gegenwart. Gumbinnen, Krauseneck, 13. M 1,—.

Rosenthal, Eduard: Der Wandel der Staatsaufgaben in der letzten Geschichtsperiode. Rede. Jena, G. Fischer, 13. M 1,—.

Sanzin, Rudolf: John Haswell. Beitr. Gesch. Techn. 13 B. 5.

Scheffler, Karl: Die Architektur der Großstadt. Berlin, B. Cassirer, 13. M 7,50.

Stur, J.: Die prinzipielle Entwicklung des mitteleuropäischen technischen Baurechts aus dem römischen Rechte. Ein vergleichender Beitrag zur technisch-juristischen Kulturgeschichte. Beitr. Gesch. Techn. 13 B. 5.

de Thierry, G.: Ludwig Franzius, Oberbaudirektor der Freien Hansastadt Bremen 1875 bis 1903. Beitr. Gesch. Techn. 13 B. 5.

Treptow, W.: Das Steinschloßgewehr und seine fabrikmäßige Herstellung in den Jahren 1800 bis 1825. Beitr. Gesch. Techn. 13 B. 5.

Vogel, Otto: Christopher Polhem und seine Beziehungen zum Harzer Bergbau. Beitr. Gesch. Techn. 13 B. 5.

Wettich, Hans: Geschichtliche Entwicklung der Drahtseilschwebebahnen zur Beförderung von Personen. Fördertechn. 1. u. 15. Jan. 14.

Für die Redaktion verantwortlich D. Meyer in Berlin, für die Inserate A. Meyer in Steglitz.
Selbstverlag des Vereines deutscher Ingenieure in Berlin. — Druck von A. W. Schade, Berlin N. 39.